



ÖFFENTLICHE

GESCHÄFTSBERICHT 2010





KENNZAHLEN

Kennzahlen

Öffentliche Sachversicherung Braunschweig

	2010	2009	2008
Beitragseinnahme (Mio Euro)	215,8	218,1	216,5
Versicherungsbestand (Anzahl der Verträge)	1.158.467	1.166.647	1.180.544
Leistungen für Versicherungsfälle (Mio Euro)	133,5	134,4	134,9
Kapitalanlagen (Mio Euro)	574,8	552,9	549,9
Kapitalanlagen (Nettorendite in %)	7,0	2,4	4,4
Solvabilitätsspanne (Bedeckung in %)	636,4	643,1	648,7
Rückstellung für Beitragsrückerstattung (Mio Euro)	13,8	15,2	14,8
Ergebnis nach Steuern (Mio Euro)	22,0	15,8	19,9
Ergebnis nach Steuern in % der verdienten Beiträge	12,7	9,4	11,8

Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig

	2010	2009	2008
Beitragseinnahme (Mio Euro)	159,5	122,5	129,8
Versicherungsbestand (Anzahl der Verträge)	141.780	143.493	144.540
Leistungen für Versicherungsfälle (Mio Euro)	110,8	129,3	122,0
Kapitalanlagen (Mio Euro)	1.414,7	1.313,0	1.281,2
Kapitalanlagen (Nettorendite in %)	5,6	4,1	3,5
Solvabilitätsspanne (Bedeckung in %)	198,8	180,0	204,6
Ergebnis nach Steuern (Mio Euro)	35,7	4,5	0,6
Ergebnis nach Steuern in % der verdienten Beiträge	24,5	3,8	0,5

Gruppe Öffentliche Versicherung Braunschweig

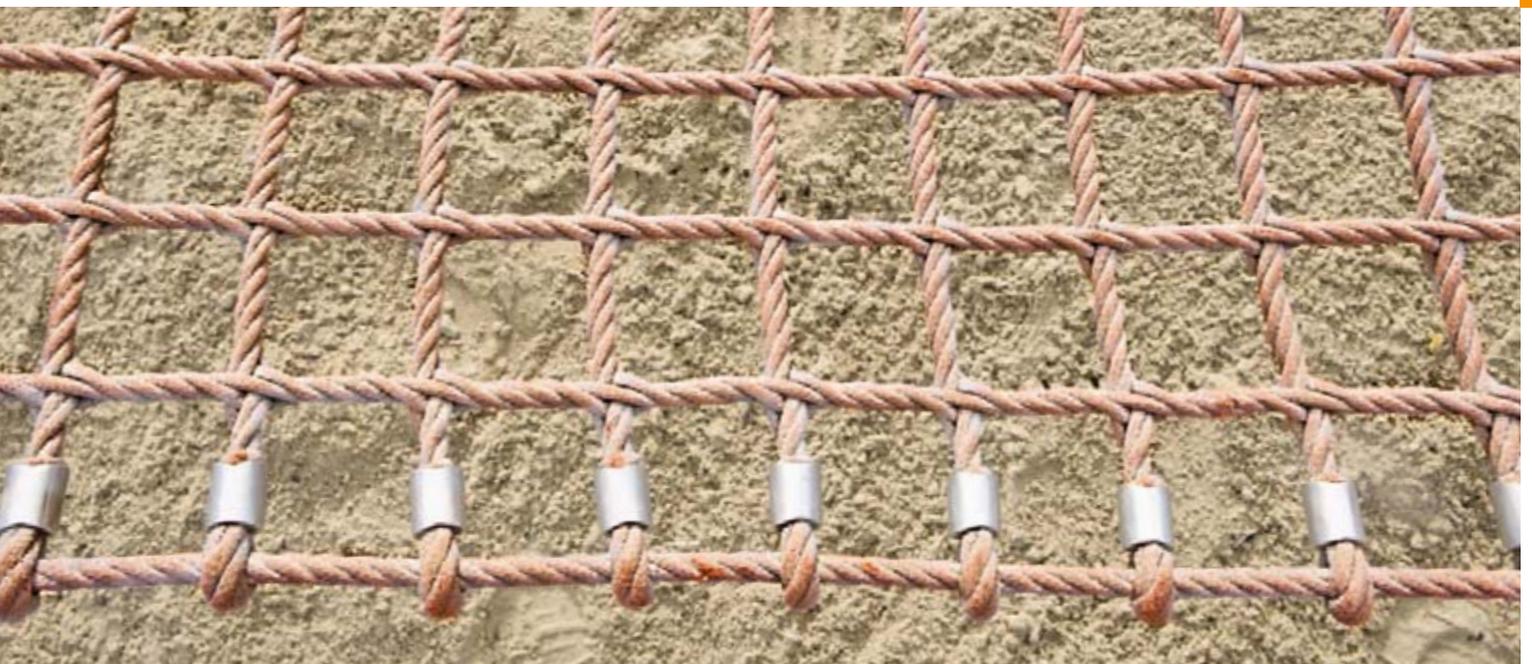
	2010	2009	2008
Beitragseinnahme (Mio Euro)	375,4	340,6	346,2
Versicherungsbestand (Anzahl der Verträge)	1.300.247	1.310.140	1.325.084
Kapitalanlagen (Mio Euro)	1.989,5	1.865,9	1.831,2
Kapitalanlagen (Nettorendite in %)	6,0	3,6	3,8
Ergebnis nach Steuern (Mio Euro)	57,7	20,4	20,5
Ergebnis nach Steuern in % der verdienten Beiträge	18,0	7,1	7,0

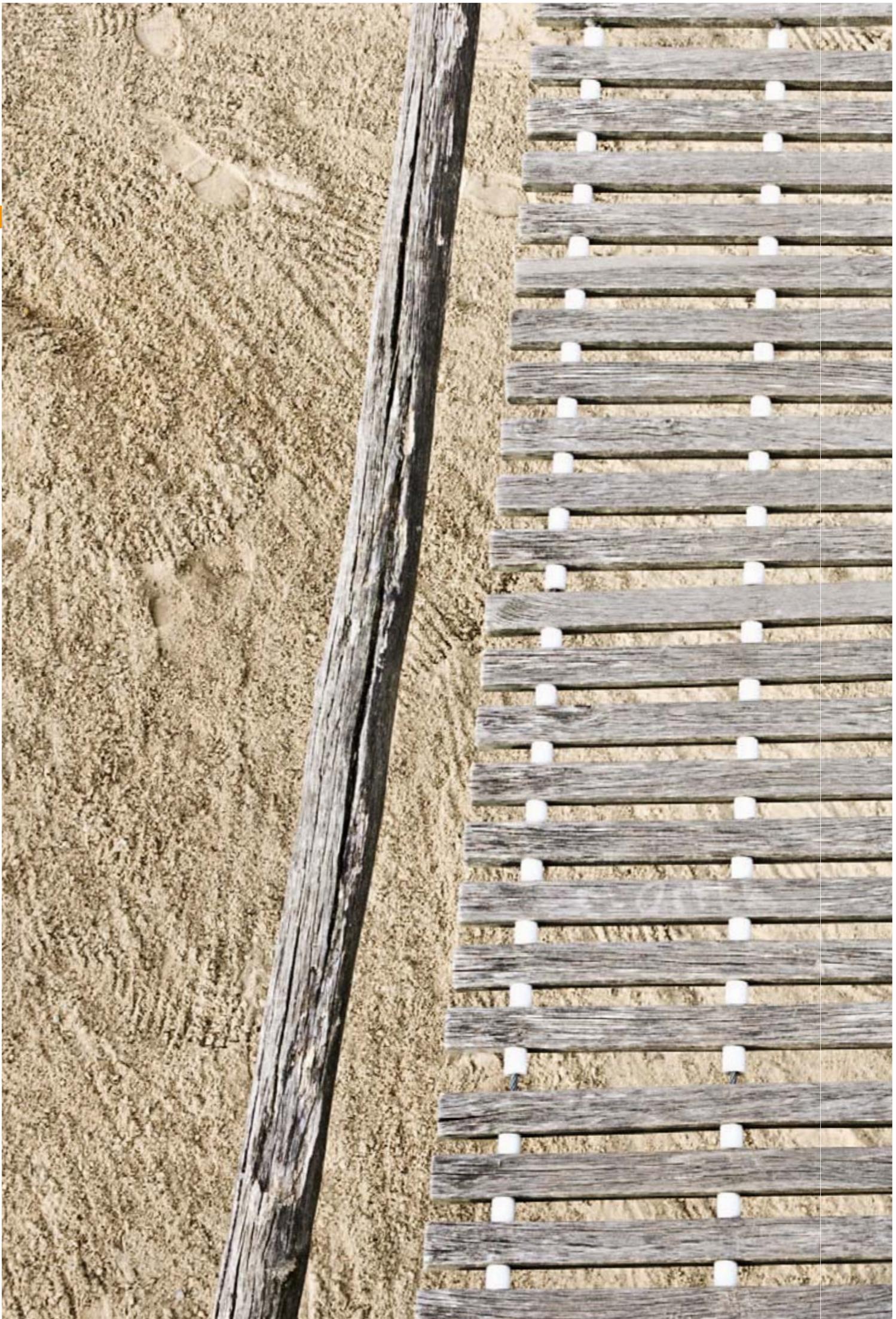




ÖFFENTLICHE

GESCHÄFTSBERICHT 2010





4	VORWORT
6	ZAHLEN UND FAKTEN 2010
14	STARKER PARTNER – STARKE KUNDEN
14	Gut für die Kunden, gut für die Region
18	Traditionelle Produkte – treue Kunden
20	Erfolg mit dem Prinzip Sicherheit
22	Potenzial nutzen – Talente fördern
26	ORGANE DER ÖFFENTLICHEN VERSICHERUNG BRAUNSCHWEIG
31	ÖFFENTLICHE LEBENSVERSICHERUNG BRAUNSCHWEIG
32	Lagebericht
48	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2010
50	Gewinn- und Verlustrechnung
51	Anhang
71	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
72	Bericht des Aufsichtsrates
73	Bericht der Trägerversammlung
74	Weitere Teile des Lageberichtes
75	ÖFFENTLICHE SACHVERSICHERUNG BRAUNSCHWEIG
76	Lagebericht
92	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2010
94	Gewinn- und Verlustrechnung
95	Anhang
104	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
105	Bericht des Aufsichtsrates
106	Bericht der Trägerversammlung
107	Weitere Teile des Lageberichtes

Für viele Kunden zählen heute nicht mehr nur erstklassige Produkte, sondern es zählt das Gesamtpaket. Auch deshalb legen wir so großen Wert auf wirklich guten Service, die Verbundenheit mit der Region sowie eine solide und gleichzeitig moderne Geschäftspolitik.

VORSTANDSVORSITZENDER MICHAEL DOERING



Die Vorstandsmitglieder Knud Maywald, Michael Doering und Dr. Bernd Höddinghaus (v. l.)

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

2010 war für unsere Volkswirtschaft und unsere Region von positiven Entwicklungen gekennzeichnet. Viele Unternehmen konnten ihre Marktpositionen ausbauen. Auch die Entwicklungen an den Kapitalmärkten und am Arbeitsmarkt dokumentieren die Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs.

Die Öffentliche Versicherung Braunschweig erzielte mit einem Gewinn von 57,7 Millionen Euro nach Steuern (Vorjahr 20,4 Millionen Euro) ein herausragendes Ergebnis. In Form von Überschussbeteiligungen schüttet unser Haus gut 2/3 des erzielten Gewinns wieder an die Kunden aus, 25 Prozent des Ergebnisses setzen wir zur Stärkung der Eigenkapitalbasis ein. 5 Prozent des Gesamtgewinns erhalten die Träger der Öffentlichen Versicherung Braunschweig.

Zum Ergebnisanstieg trägt – wie bereits im Vorjahr – das hohe Kapitalanlageergebnis bei. Mit einer Nettoerrendite von über 6 Prozent bei der Öffentlichen Sachversicherung und 5,6 Prozent bei der Öffentlichen Lebensversicherung liegen die Jahresergebnisse auf einem exzellenten Niveau. Diese hohen Erträge sind keine Zufallstreffer, sondern Ergebnis unserer risikoadjustierten Portfoliosteuerung, die wir seit vielen Jahren konsequent verfolgen.

Unser zweistufiger Beratungsansatz und unser ganzheitlicher Betreuungsansatz sind benchmarkgebend in der Branche. Die Öffentliche ist auch in dieser Form der Kundenbetreuung vielen anderen Versicherern einen Schritt voraus. Die erzielten überdurchschnittlichen Umsatzzuwächse verdeutlichen, dass wir mit unserem innovativen Konzept bestehende Kunden überzeugen und neue Kunden für unser Haus gewinnen können.

Erst vor zwei Jahren hatten wir die Grundlagen für die künftige strategische Zusammenarbeit mit der Braunschweigischen Landessparkasse gelegt. Inzwischen sind die Konzepte ausgearbeitet, die strukturellen und organisatorischen Rahmenbedingungen aufgebaut und die Mitarbeiter geschult. Beide Vertriebe sind nun in der Lage, ihren Kunden alle wesentlichen Finanzprodukte

aus einer Hand anzubieten. Auch mit dieser Kooperation geht die Öffentliche einen wichtigen und innovativen Schritt in Richtung Zukunft.

Seit mehreren Jahren leidet unsere Branche im Bereich der Kfz-Versicherungen unter sinkenden Preisen und folglich unter sinkenden Margen. Aus dieser negativen Spirale brechen wir nun aus. Mit unserem neuen, dreistufigen Kfz-Tarif, der neben preiswerten Angeboten auch Tarife mit exzellenter Risikoabsicherung beinhaltet, treten wir bewusst und gezielt dem Branchentrend entgegen. Bereits im Jahreswechselgeschäft waren die ersten Erfolge unserer neuen Strategie sichtbar.

Die Stärke und Attraktivität der Öffentlichen als Arbeitgeber zeigt sich nicht ausschließlich im Markterfolg und in den erzielten Gewinnen. Um auch in Zukunft die besten Mitarbeiter an uns zu binden, haben wir auch 2010 in die Qualität unserer Mitarbeiter und Vertriebspartner investiert. Um junge Menschen für die Öffentliche zu gewinnen, haben wir 2010 48 Auszubildende eingestellt, knapp 30 mehr als in den Vorjahren. Diese zukunftsweisende Personalpolitik werden wir auch in den nächsten Jahren fortsetzen.

Die Öffentliche kommt aus der Region und engagiert sich seit Jahren für Kultur, Sport und Bildung in der Region. Deshalb freuen wir uns besonders über die sportlichen Erfolge 2010 der von uns geförderten Mannschaften Eintracht und Phantoms.

Wie unser Engagement in der Praxis aussieht, sehen Sie auf den nächsten Seiten.

Viel Vergnügen beim Lesen!



Michael Doering
Dr. Bernd Höddinghaus
Knud Maywald



Zahlen und Fakten 2010.

GESAMTFINANZVERSORGUNG IM FOKUS

Die Finanz- und Vorsorgeplanung ist in den vergangenen Jahren immer komplexer geworden. Folglich wird unsere Beratung in Zukunft noch umfassender als bisher sein. Unser Ziel und Anspruch ist es, dem Kunden eine ganzheitliche Beratung für sämtliche Fragen seiner wirtschaftlichen Sicherheit anzubieten. So wurden zum Beispiel Anfang des Jahres 2010 umfangreiche Qualifizierungsmaßnahmen durchgeführt, um den Gesamtvertrieb auch auf Bankprodukte zu schulen.

ZWEISTELLIG GEWACHSEN

Die Neugeschäftsentwicklung im Geschäftsfeld Finanzdienstleister entwickelte sich in fast allen Sparten positiv. Im Vergleich zum Vorjahr erzielten einige Sparten zweistellige Zuwachsraten. In der Vermittlung der Rechtsschutzversicherung erfüllte der Finanzdienstleister sein Ziel mit 102 Prozent, in der Lebensversicherung beträgt es 107 Prozent und in der Vermittlung der Unfallversicherung wurde das Ziel mit 108 Prozent erfüllt. Positive Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr konnten ebenso in der Vermittlung von Bankprodukten erreicht werden.

MEHR PERSONAL FÜR KUNDENBERATUNG

Begleitet durch ein neues Karrieresystem entwickelt sich der Personalausbau in den Geschäftsstellen sehr positiv. Bereits im zweiten Jahr in Folge wurden mehr als 30 Auszubildende in den Agenturen eingestellt, um die Geschäftsstellenleiter bei der Kundenberatung zu unterstützen. Des Weiteren erfolgte ein umfangreicher Ausbau bei den angestellten Verkäufern in den Agenturen und den Bürokräften, die zunehmend an den Qualifizierungsprogrammen Versicherungsfachmann /-frau BWV teilnehmen.

NEUE FAHRERSCHUTZVERSICHERUNG

Fast die Hälfte der Autos im Braunschweiger Land ist bei der Öffentlichen versichert. Das ist bundesweit einmalig und für die Öffentliche ein großer Vertrauensbeweis der Kunden. Dieses Vertrauen in die Öffentliche ist die Basis des Erfolges und umgekehrt für das Unternehmen eine Verpflichtung, den Kundenwünschen kontinuierlich

gerecht zu werden. 2010 wurde in diesem Sinne der Versicherungsschutz nochmals erweitert. Kraftfahrzeughaftpflicht, -kaskoversicherung und Autoschutzbrief werden nun um eine Fahrerschutzversicherung ergänzt. Sie deckt bei selbst- oder mitverschuldeten Unfällen sowie Schädigungen durch unbekannte Personen die finanziellen Risiken des Fahrers. Heilbehandlung, Verdienstausfall und Aufwendungen für Haushaltshilfen, Umbaumaßnahmen oder Ansprüche von möglichen Hinterbliebenen sind darin eingeschlossen.

ERFOLGREICHE ZUSAMMENARBEIT MIT DER DEKABANK

Die Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig kooperiert bei Rürup- und Riester-Produkten mit dem zentralen Asset Manager der Sparkassen-Finanzgruppe, der DekaBank. Sie liefert die notwendige Absicherung der lebenslangen Rentenzahlung in Form von Anschlussrenten für die Auszahlungsphase der Deka Rürup- und Riester-Produkte.

Die Öffentliche integriert Deka Investmentfonds seit mehr als zehn Jahren in die fondsgebundenen Lebens- und Rentenversicherungen und vertreibt seit einigen Jahren die Fonds der DekaBank auch direkt. Die neue Zusammenarbeit mit der Deka zeigt, dass die Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig auch als Produktlieferant die Anforderungen großer Anbieter erfüllt.

BRAUNSCHWEIGTRESOR WEITER AUF ERFOLGSKURS

Wie für den Markt insgesamt war auch für die Öffentliche Lebensversicherung das Einmalbeitragsgeschäft 2010 von besonderer Bedeutung. Dabei wurden bei der Öffentlichen keine bankähnlichen Kapitalisierungsgeschäfte und auch keine kurzfristigen Rentenversicherungen gegen Einmalbeitrag angeboten. Die Versicherungsdauer – mindestens fünf Jahre – lag grundsätzlich im versicherungstechnischen Bereich.

Im Rahmen des Einmalbeitragsgeschäfts schreibt auch der BraunschweigTresor im zweiten Jahr nach Einführung seine Erfolgsgeschichte fort. Das Produkt der Öffentlichen wird weiterhin sehr gut angenommen und bietet den Kunden insbesondere dann eine optimale Lösung, wenn es um eine weitsichtige, flexible Zukunftsvorsorge und sichere Geldanlage geht.

AGRARRENTE ERGÄNZT ALTERSVORSORGE DER LANDWIRTE

Unter dem Slogan „Ernte gut, Rente gut“ bietet die Öffentliche Lebensversicherung mit der AgrarRente nun auch eine flexible und individuelle Altersvorsorge für alle Landwirte an. Die Absicherung einer privaten Rente ist für Landwirte besonders wichtig, da die Rentenleistung der Landwirtschaftlichen Alterskasse (LAK) nicht ausreicht.

UNFALLTARIF MIT ATTRAKTIVEN ZUSATZLEISTUNGEN

Im Rahmen des neuen Unfall-Tarifs 2010 wurden bei der Öffentlichen neben einigen beitragsneutralen Leistungsverbesserungen umfangreiche Zusatzleistungen eingeführt. Sie bieten dem Kunden im Schadenfall noch schnellere Unterstützung und die Koordination des kompletten Managements der Gesundheit.

In Kooperation mit Reha-Assist Deutschland wurde ein Produkt entwickelt, bei dem bei schwerwiegenden Verletzungen nach einem Unfall ein professioneller Reha-Manager dem Kunden zur Seite steht. Er unterstützt ihn in allen Fragen der medizinischen, sozialen und beruflichen Rehabilitation. Bereits wenige Monate nach Einführung wählen 60 Prozent aller Neukunden im Bereich Unfallversicherung diesen Tarif. Ebenso positiv wurden die neuen Assistance-Leistungen angenommen. Im Bereich der Unfall 55 plus werden bereits bei neun von zehn Anträgen die Hilfeleistungen aus den Bereichen Haushalt, Mobilität und Pflege vereinbart.

STARKES WACHSTUM IN DEN DIREKTIONEN

Die im Jahr 2009 begonnenen Vorbereitungen für die bisher einzigartige Kooperation im Bereich Bank- und Versicherungsprodukte zwischen der Braunschweigischen Landessparkasse (BLSK) und der Öffentlichen sind termingerecht umgesetzt worden. Die BLSK fokussiert sich seit dem 1. Januar 2011 auch auf den Vertrieb von Kompositgeschäften. Im Herbst 2010 nahmen zahlreiche Mitarbeiter der BLSK an einer Schulung des Vertriebswegemanagements, Direktion Bank, teil. Bereits vor dem offiziellen Vertriebsbeginn sind erste Erfolge generiert worden, unter anderem mit Unterstützung eines für die Braunschweigische Landessparkasse programmierten Onlineportals.

Auch das Maklergeschäft hat sich in 2010 erfreulich entwickelt. Das neue Betreuungskonzept des Vertriebswegemanagements für die rund 200 selbstständigen Versicherungsmakler zeigt deutliche Wirkung. Das Geschäftsvolumen im Bereich Kfz-Versicherung stieg im abgelaufenen Jahr um rund 20 Prozent, im Bereich der Lebensversicherung sogar um über 90 Prozent. Ebenfalls erfolgreich verlief das Geschäft mit der Direktion Ostfriesische Landschaftliche Brandkasse. Auch hier konnte das Geschäft mit der Kraftfahrtversicherung deutlich, nämlich um 14 Prozent gesteigert werden.

ÖFFENTLICHE GRÜNDET TOCHTERUNTERNEHMEN „BS ADVISORS“

Die Öffentliche verfügt seit Langem über ein exzellentes Risikomanagement der Kapitalanlagen. Um diese Kompetenz auch anderen Institutionen und Unternehmen wie Versorgungswerken, Pensionskassen, Stiftungen und natürlich auch Versicherungsunternehmen zugänglich zu machen, hat die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig das Tochterunternehmen „BS Advisors“ gegründet. Es bietet den Kunden alle Themenfelder rund um das Risikomanagement der Kapitalanlagen in Form eines Baukastensystems an – von der Beratung bis hin zum kompletten Outsourcing. Zu den operativen Themen gehören zum Beispiel Asset-Liability-Studien, die Konzeption der Kapitalanlage und der Risikosteuerung sowie die regelmäßige Erstellung von Risikoberichten inklusive einer Risikoergebnisrechnung und



Risikotragfähigkeitsanalysen. Ziel dabei ist es auch, eine Kreativschmiede mit „High Potentials“ aufzubauen sowie den Finanzplatz Braunschweig zu stärken.

RISIKOMANAGEMENT NOCH SICHERER AUFGESTELLT

Das Risikomanagement wird weiterhin maßgeblich durch aufsichtsrechtliche Vorgaben geprägt. Nach der Einführung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement für Versicherer (MaRisk VA) steht die Vorbereitung auf Solvency II verstärkt im Fokus der Öffentlichen.

Seit 2010 steuert die Öffentliche ihre Risiken über ein mehrstufiges MaRisk-konformes Limitsystem. Das bestehende Risikotragfähigkeitskonzept wurde zu diesem Zweck durch die Risikostrategie 2010 umfangreich erweitert. Zusätzlich wurde die Häufigkeit der Risikoberichterstattung von einem einjährigen Berichtsturnus auf vierteljährliche Risikoberichte ausgeweitet.



So ist es möglich, die neuen, risikorelevanten Informationen auch unterjährig in die Entscheidungsprozesse einfließen zu lassen. Die Öffentliche hat darüber hinaus an der fünften „Quantitativen Auswirkungsstudie“ (QIS 5) erfolgreich teilgenommen und ist damit sehr gut gerüstet für die Umsetzung von Solvency II.

DIENSTLEISTUNGSQUALITÄT IM FOKUS

Das Geschäftsprogramm „Fertiger“ regelt eigenverantwortlich und ganzheitlich alle standardisierten Geschäftsvorgänge bei der Vertrags- und Schadensbearbeitung.

Seit gut zwei Jahren agiert diese neue Organisationseinheit im operativen Betrieb. In 2010 lag der Fokus auf der Weiterentwicklung der Organisations- und Arbeitsabläufe. Es ist das Ziel der Öffentlichen, den steigenden Kundenanforderungen auch zukünftig in vollem Umfang gerecht zu werden. Um eine Spitzenleistung bei der Qualität der Vertrags- und Schadensbearbeitung zu erreichen, wurden die Software optimiert und die rund 200 Mitarbeiter des Bereiches gezielt weitergebildet.

Mehr denn je nimmt die Öffentliche die Betreuung der Kunden in den Fokus – etwa über vielfältige Online-Services, noch individuellere Beratung und viel Zeit für das Gespräch.

Chancen nutzen, Potenziale

10



ZIELVEREINBARUNGS- UND BEWERTUNGS-VERFAHREN ERNEUERT

Auch bei der Führungskräfteentwicklung ging die Öffentliche zusammen mit ihren Tochtergesellschaften in 2010 neue Wege. Sie entwickelte ein neues Verfahren zur Zielvereinbarung und Bewertung, das nachhaltig, vergleichbar und einheitlich ist. Diese Einheitlichkeit ist auch wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung des geplanten Talent Management Prozesses. Ab 2011 werden alle Mitarbeiter und Führungskräfte ihre jährlichen Mitarbeitergespräche im Rahmen des neuen Verfahrens führen. Dabei sind ganzheitliche Zielvereinbarungen, die Bewertung von Zielerreichung und eine kriterienbasierte Mitarbeiterbeurteilung miteinander vereint.

STIPENDIATEN-PROGRAMM ENTWICKELT

Ebenfalls im Jahr 2010 wurde das Stipendiaten-Programm entwickelt und eingeführt. Ab 2011 erhalten nun die ersten zwei Studenten eine finanzielle Unterstützung für ihr Studium. Ausgewählt wurden die beiden Kandidaten anhand der im Konzept festgelegten Kriterien. Dazu gehören zum Beispiel ein abgeschlossenes Bachelor-Studium mit sehr guten bis guten Leistungen sowie ein bereits begonnenes Masterstudium in den Fachrichtungen Mathematik, BWL oder Informatik.

Wünschenswert sind darüber hinaus erste praktische Erfahrungen durch Berufstätigkeit, Praktika oder Nebentätigkeiten.

Neben der finanziellen Unterstützung haben die Stipendiaten vor allen Dingen die besondere Gelegenheit, die Öffentliche in all ihren Geschäftsfeldern und Systemeinheiten durch mehrere Praktika bereits während des Studiums umfassend kennenzulernen. Darüber hinaus können sie auch an allen offenen Seminaren der Öffentlichen teilnehmen und sich so zusätzlich und nah an der Praxis weiterqualifizieren.

47 NEUE AZUBIS GESTARTET

In Zeiten, in denen andere Unternehmen verstärkt für jungen Nachwuchs werben müssen, kann die Öffentliche positive Zahlen bezüglich der Neueinstellung von Auszubildenden verzeichnen. Mit dem Ausbildungsjahrgang 2010 starteten rund 47 neue Auszubildende in den Berufen Kaufmann für Versicherungen und Finanzen, Informatikkaufmann und Koch. Hinzu kommen noch zwei Bachelor of Arts Studenten mit der Fachrichtung Versicherung. Diese Zahlen sprechen für das regionale Ansehen und die hohe Qualität der Ausbildung im Hause der Öffentlichen.

ausschöpfen, Neues wagen.

AUSZEICHNUNG FÜR FAMILIENFREUNDLICHKEIT

Bereits zum zweiten Mal ist die Öffentliche 2010 als familienfreundliches Unternehmen durch das Bundesfamilienministerium ausgezeichnet worden. Für die kommenden drei Jahre hat sich unser Haus ehrgeizige Ziele gesteckt. Bereits bestehende Angebote zur Kinderbetreuung sollen ausgebaut sowie die Unterstützung von Angehörigen Pflegebedürftiger gestärkt werden. Dazu leisten auch die neuen Dienstvereinbarungen zur Telearbeit und zur Flexibilisierung der Arbeitszeit ihren Beitrag.

STARKER ANDRANG BEI DER KINDERBETREUUNG

Eine Erfolgsbilanz konnte die überbetriebliche Kindertagesstätte „Kinderwerk“ nach dem ersten Jahr ziehen. Die Öffentliche hatte gemeinsam mit anderen Firmen das „Kinderwerk“ gegründet. Platz ist im „Kinderwerk“ für rund 80 Kinder, die von qualifizierten Erzieherinnen der AWO betreut werden. Für Schulkinder bot die Öffentliche in 2010 erstmals eine umfassende Betreuung durch qualifizierte Pädagogen in den Ferien an. Eine Fortsetzung ist für die nächsten Jahre aufgrund der großen Nachfrage ebenfalls geplant.

BREIT GEFÄCHERTES ENGAGEMENT IN DER REGION

Die Öffentliche hat ihr vielfältiges Engagement auch 2010 fortgeführt. Musische Bildung und gewaltpräventive Workshops fanden mit Unterstützung der Öffentlichen in Schulen in der Region statt. Konzertveranstaltungen und Kunstausstellungen im Haus der Öffentlichen sowie Sportevents rundeten die breit gefächerte Palette der Aktivitäten ab. Wie schon in den vergangenen Jahren sponserte die Öffentliche auch 2010 die New Yorker Phantoms, die mit dem Erreichen des Halbfinals in der Bundesliga-Saison 2009/2010 einen großen Erfolg feierten.

Sicherheit rund um den Arbeitsplatz stand im Zentrum der zweiten Braunschweiger Tage der Arbeitssicherheit, an denen sich die Öffentliche beteiligte. Ein weiterer Fokus lag auf dem Thema Bildung: Der überaus erfolgreiche „Science Slam“ im Haus der Wissenschaft ist ein öffentlichkeitswirksames Beispiel hierfür.

FÖRDERUNG FÜR ÜBER 400 FEUERWEHREN

Die sehr erfolgreiche und traditionelle Partnerschaft der Öffentlichen mit den Feuerwehren trägt seit vielen Jahren dazu bei, Brände zu verhindern und Menschenleben zu schützen. Sie ist fester Bestandteil der Aktivitäten, mit denen das Unternehmen Verantwortung für die Menschen in der Region übernimmt. Der Brandschutz von Kommunen wird ebenso unterstützt wie die über 400 Feuerwehren im Geschäftsgebiet.

Immer wichtiger wird aufgrund des demografischen Wandels auch die Nachwuchsförderung bei den Feuerwehren. Deshalb erhielten bisher 30 Kinderfeuerwehren eine Anschubfinanzierung. Darüber hinaus wird nach wie vor der Brandschutzerziehung hohe Aufmerksamkeit gewidmet: 2010 erhielt die Berufsfeuerwehr Braunschweig ein Rauchhausmodell, das kostenlos ausgeliehen werden kann. Zu den Unterstützungsleistungen gehört auch der „Kinderfinder“, ein nachleuchtender Aufkleber für die Kinderzimmertür. Dieser erleichtert der Feuerwehr im Brandfall die Suche.

KOMMUNEN IM „AUF-WIND“

Nach der Einführung des kostenlosen Unwetterwarnsystems der Öffentlichen für Privatkunden, Landwirte und Firmenkunden wurde im Herbst 2010 WIND auch für Kommunen eingeführt. Dieser auf die speziellen Anforderungen von Kommunen ausgerichtete Service wird in Zusammenarbeit mit den bekannten Kooperationspartnern Meteomedia und dem Fraunhoferinstitut angeboten. Mitte November wurde als erste Kommune die Stadt Schöningen mit dem System ausgestattet und für autorisierte Nutzer freigeschaltet. Im Rahmen eines Pressterters Ende 2010 berichtete der Bürgermeister der Stadt über die sehr positiven Erfahrungen mit dem Unwetterwarnservice. Insbesondere den täglich zweimal zugestellten Winterdienst bewertete er als sehr nutzbringend: Dies erleichtere die Planung der Räum- und Streufahrzeuge und spare Ressourcen ein.

MODERNE IT UNTERSTÜTZT BERATUNG

Für das neue „Ganzheitliche Beratungssystem“ (GBS) hat der Pilotbetrieb begonnen. Damit steht einer IT-gestützten, individuellen und umfassenden Kundenberatung nichts mehr im Wege. Der Kunde kann nun vor Ort in den Geschäftsstellen direkt im System unterschreiben. Das verkürzt die Antragsbearbeitung und der Kunde erhält seine Police schneller.

Erfolgreich konnten die Komposit-Antragsbausteine für die Bereiche Kraftfahrzeug (VGV, VHV) und Haftpflicht in den Vertriebsweg Braunschweigische Landessparkasse integriert und den Kundenberatern der Sparkassen bereitgestellt werden.

Das SAP FS-PM (Policy-Management) wurde erweitert. Die Modellierung und Entwicklung von Kompositprodukten kann nun noch einfacher und effizienter erfolgen und damit schneller an den Markt gebracht werden.

BRUTTOBEITRÄGE DER UKV MIT DEUTLICHEM PLUS

Der durch die Öffentliche vermittelte Bestand des Partners UKV (Union Krankenversicherung) stieg 2010 im Vergleich zum Vorjahr um 6,7 Prozent auf einen Jahresbeitrag von 14,8 Millionen Euro. Die Anzahl der krankenversicherten Personen im Geschäftsgebiet der Öffentlichen erhöhte sich um 1,8 Prozent. Die gebuchten Bruttobeiträge der UKV wuchsen um 7,6 Prozent auf 598,7 Millionen Euro und liegen damit deutlich über dem Marktniveau. Dazu hat wiederum das gute Neugeschäft bei den Zusatzversicherungen beigetragen. Zum Jahresende hatte die UKV 1,04 Millionen Menschen versichert. Das entspricht insgesamt einer erneuten Steigerung um 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr.



Warum wir auf Innovationen
und neue Ideen so viel Wert legen?
Weil es nichts Schöneres gibt
als zufriedene Kunden. Sie sind
unsere Zukunft.



NEUE MÄRKTE UND MEHR ONLINE-SERVICE

Im Jahr 2010 konnte die ROLAND Rechtsschutz-Versicherungs-AG ihre Position als Service-Versicherer weiter stärken. Insbesondere im Online-Bereich setzte sie neue Maßstäbe: So ermöglicht die Online-Kundenberatung nunmehr einen Live-Chat mit dem ROLAND Kunden-Service. Darüber hinaus ging der Rechtsschutz-Versicherer mit einem innovativen Service-Paket an den Start: „JurWay“ bietet Kunden vier individuelle Wege, um fachkundigen Rat bei Rechtsproblemen im privaten Lebensbereich einzuholen. Dazu gehört unter anderem ein elektronisches Beratungsportal mit Online-Rechtsberatung, Dokumenten-Download und präventiver Vertragsprüfung. Während produktseitig der Fokus auf neuen Service-Leistungen lag, wurde im Hinblick auf den Wachstumskurs des Unternehmens die Internationalisierung weiter vorangetrieben. Im Januar erfolgte der Markteintritt in den Niederlanden mit dem Ziel, Innovationsführer im dortigen Rechtsschutz-Markt zu werden.

STIFTUNG FÖRDERT KUNST, KINDER, KLOSTER UND MEHR

In ihren satzungsgemäßen Bereichen Kunst und Kultur, Wissenschaft und Technik sowie Sport hat die STIFTUNG NORD/LB · ÖFFENTLICHE im Jahr 2010 Fördermittel in Höhe von über 850.000 Euro für mehr als 50 Einzelprojekte im Braunschweiger Land ausgezahlt.

So begeisterte das Festival „Tastentaumel“ Anfang März 20.000 Besucher an 30 Spielstätten im Braunschweiger Land. Bei fast 40 Veranstaltungen mit Musik, Tanz, Film und vielem mehr wurde das Thema Klavier künstlerisch transportiert. Im Frühling fiel dann der Startschuss für TRIImaS, ein Triathlon-Pilotprojekt für Kinder und Jugendliche im Braunschweiger Land, das die Stiftung von 2010 bis 2013 unterstützen wird. Dieses Sportprojekt bietet mit seinem ganzheitlichen, interdisziplinären Ansatz nachhaltige Voraussetzungen dafür, den aktuellen Problemstellungen junger Menschen entgegenzuwirken: Übergewicht, Bewegungsmangel und einseitige Ernährung.

Ein wunderschönes Erlebnis in einer bezaubernden Umgebung war der Klostermarkt am Zisterzienser-Museum in Walkenried im Südharz Ende September: Mönche und Nonnen aus 30 europäischen Klöstern offerierten den Besuchern alle Kostbarkeiten, die sie in ihren Klosterküchen, Gärten, Kellern und Werkstätten über das Jahr produziert hatten.



Dank der Kooperation können wir die Kunden jetzt noch umfassender mit Finanzprodukten versorgen – und das immer aus einer Hand.

CHRISTOPH SCHULZ,
VORSTANDSVORSITZENDER DER BLSK

Gut für die Kunden, gut für die Region.

Vor einem guten Jahr haben die Braunschweigische Landessparkasse (BLSK) und die Öffentliche (ÖVBS) beschlossen, die bereits seit Jahrzehnten bestehende Kooperation zwischen beiden Häusern deutlich zu intensivieren. Christoph Schulz, Vorstandsvorsitzender der BLSK, sprach über Hintergründe, Ziele und erste Erfahrungen.

Was waren die Motive für diesen Schritt?

CHRISTOPH SCHULZ: Wir wollten die bestehenden Kundenbeziehungen beider Partner aktivieren und optimieren, weil durch die Ausweitung jeder von uns alles bieten kann, um den Kunden in einer Vielzahl von

Finanzfragen zu versorgen. Außerdem ist es ein weiteres Zeichen der Verwurzelung beider Unternehmen in unserer Region. Die enge Zusammenarbeit ist gut für die Kunden, gut für die Bevölkerung und damit gut für das Braunschweiger Land.

Wie sehen die Ziele der Landessparkasse im Rahmen dieser Strategie aus?

CHRISTOPH SCHULZ: Wir wollen die Verbundenheit innerhalb der „Familie“ und den Nutzen für unsere Kunden stärken. Mit diesem Vorhaben gelingt beides. Darüber hinaus werden unsere Kompetenzen noch stärker nach außen getragen und natürlich profitieren beide Unternehmen davon auch betriebswirtschaftlich.



Was waren die ersten Schritte, um diese Kooperation mit Leben zu erfüllen?

CHRISTOPH SCHULZ: Sämtliche Finanzdienstleistungs-Partner haben bankfachliches Grundwissen an der Sparkassenakademie gelernt und durch Prüfung erfolgreich belegt. Die Landessparkasse auf der anderen Seite hat eigens eine Organisationseinheit Geschäftsstellenbetreuung eingerichtet. Über 380 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden auf Produkte der Öffentlichen (ÖVBS) geschult. Auch weiterhin gibt es einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch.

Wie muss sich der Leser diese Kooperation in der Praxis vorstellen?

CHRISTOPH SCHULZ: Landessparkasse und Öffentliche sind für den Kunden „Vollsortimenter“. Er bekommt bei beiden Partnern alle Basisprodukte aus einer Hand. Das ist kundenfreundlich!

Seit wann werden welche Versicherungsprodukte von Mitarbeitern der Sparkasse, seit wann werden welche Bankprodukte von Mitarbeitern der Öffentlichen angeboten?

CHRISTOPH SCHULZ: Lebensversicherungen und Altersvorsorge-Produkte hat die Landessparkasse ja schon immer angeboten. Seit dem 1. Oktober 2010 haben wir Sach- und Haftpflichtversicherungen in einigen Niederlassungen zusätzlich ins Angebot

Das ist der große Vorteil der Kooperation für unsere Kunden: Ein Ansprechpartner, aber das komplette Leistungsspektrum einer starken Versicherung und einer stabilen Bank.



genommen, seit dem 1. Januar 2011 gibt es das flächendeckend in der Landessparkasse. Alle wesentlichen Standard- und Basisprodukte der Landessparkasse (vom Sparvertrag und Girokonto über den Kredit bis hin zur Baufinanzierung) werden seit dem 1. Juli 2010 auch von der ÖVBS angeboten.

Welche Schwierigkeiten mussten überwunden werden?

CHRISTOPH SCHULZ: Anfängliche Skepsis ist der Überzeugung gewichen, dass beide Seiten es sehr schnell als Bereicherung empfinden werden, umfangreicher zu beraten und eine breitere Angebotspalette als Lösung für die Kundenwünsche parat zu haben. Die steigende Zufriedenheit der Kundschaft wird das schnell zeigen.

Wie bewerten Sie den Erfolg des Projektes?

CHRISTOPH SCHULZ: Wir sind mit dem Start sehr zufrieden. So wurden zum Beispiel in der Landessparkasse nach kurzer Zeit mehr als 50 Kfz-Versicherungen abgeschlossen. Eine realistische Einschätzung ist jedoch erst im Verlauf oder gegen Ende des Jahres 2011 möglich und sinnvoll.

Wie sehen die nächsten Schritte aus?

CHRISTOPH SCHULZ: Produkte und Prozesse stehen. Jetzt muss das Projekt leben! – Über gemeinsame Aktivitäten und vor allem eine stetig wachsende wechselseitige Unterstützung.

Zukunftsweisende Kooperation.

Bereits im Jahr 2009 hatte die Öffentliche Versicherung gemeinsam mit der Braunschweigischen Landessparkasse (BLSK) unter dem Titel „Offensive Kooperation“ die konzeptionellen Grundlagen für die künftige Zusammenarbeit der beiden Unternehmen gelegt. 2010 begann schließlich die Umsetzung. Im Fokus steht dabei die Absicht beider Unternehmen, ihre jeweiligen Kunden umfassend zu beraten und mit den wesentlichen Bank- und Versicherungsprodukten möglichst komplett versorgen zu können.

Mit ihren Unterschriften unter den neuen Kooperationsvertrag gaben die Vorstände beider Unternehmen im Juni 2010 auch formal den Startschuss zur Realisierung dieser neuen Form der Zusammenarbeit. Sie ist sowohl im Sparkassen-Finanzverbund als auch in der Banken- und Versicherungsbranche in dieser Konsequenz bisher einmalig.

Was waren die ersten Schritte der Kooperation? Es wurde zunächst analysiert, wie hoch die Kundenüberschneidungen der beiden Unternehmen sind. Das Ergebnis: Von rund 340.000 Privatkunden der Versicherung haben nur rund 120.000 Kunden ein Konto bei der Landessparkasse. Umgekehrt sind von 220.000 Privatkunden der Landessparkasse nur 30.000 Kunden bei der Öffentlichen Versicherung. Offensichtlich spricht der stationäre Vertrieb der Sparkasse andere Zielgruppen an als der mobile Außendienst der Öffentlichen. Im Anschluss wurden Vertriebsmitarbeiter speziell für die Vermittlung von Bank- beziehungsweise Komposit-Versicherungsprodukten qualifiziert.

So sind beide Vertriebe nun in der Lage, ihren Kunden alle wesentlichen Finanzprodukte aus einer Hand zu bieten. Der Vorteil der Kooperation für den Kunden liegt auf der Hand: Er hat einen Ansprechpartner – und dahinter die geballte Kraft des Verbunds.

In den Geschäftsstellen des Finanzdienstleisters Öffentliche erhalten die Kunden neben den bekannten Versicherungsprodukten nun auch die wesentlichen

Produkte des Zahlungsverkehrs (Girokonten einschließlich Dispokredit, Kreditkarten und Kapitalkonten), verschiedene Sparprodukte sowie Privat- und Hypothekenkredite.

Umgekehrt werden in den Vertriebseinheiten der Landessparkasse neben den Personenversicherungen nunmehr auch alle wesentlichen Komposit-Versicherungen der Öffentlichen angeboten: Haftpflicht-, Hausrat- und Wohngebäudeversicherungen seit Herbst 2010, Kfz- und Rechtsschutzversicherungen seit Frühjahr 2011.

Die vertiefte Zusammenarbeit beschränkt sich jedoch nicht auf die reine Produktzulieferung beziehungsweise -vermittlung. Auch Marketingmaßnahmen beider Häuser werden abgestimmt – und dort, wo es sinnvoll ist, ein gemeinsamer Marktauftritt geplant. Gleichzeitig werden die Erfahrungen aus der Vermittlung der Produkte in die Produktentwicklung einfließen, damit auch künftig die Kundenbedürfnisse von Anfang an berücksichtigt werden können.

Schon jetzt gestaltet sich die Zusammenarbeit mit der Braunschweigischen Landessparkasse überaus positiv. Das bestärkt die Öffentliche in ihrer Überzeugung, mit dieser neuen Form der Kooperation einen wichtigen Schritt in eine gute Zukunft für das Unternehmen und seine Kunden zu machen.

Die Zusammenarbeit zwischen den beiden wichtigsten Finanzdienstleistern in unserer Region hat das Potenzial, für alle Beteiligten zu einer Erfolgsstory zu werden.





Das Besondere
an Wolters ist
seine Ursprüng-
lichkeit und sein
Bekenntnis zur
Region.

PETER LEHNA,
GESCHÄFTSFÜHRER BEIM
HOFBRAUHAUS WOLTERS

Traditionelle Produkte – treue Kunden.

Vor fünf Jahren stand die Brauerei Wolters fast vor dem Aus. Inzwischen stehen Sie mit 118 Mitarbeitern, einer Jahresproduktion von circa 450.000 Hektolitern und einem Umsatz von 22 Millionen Euro wieder stabil im Markt. Was ist Ihr Erfolgsrezept?

PETER LEHNA: Das Hofbrauhaus Wolters wird von zwei Säulen getragen, die für den Erfolg des Unternehmens verantwortlich sind: Die eine Säule ist die Fokussierung unseres Unternehmens als regionale Brauerei mit dem Wolters Markenprogramm auf den Heimatmarkt – dem Braunschweiger Land. Alle Aktivitäten der Traditionsbrauerei sind darauf ausgerichtet. Die extrem ausgeprägte Markentreue der Bevölkerung wird bei der Gestaltung unseres Angebots konsequent berücksichtigt: Wolters bietet ausschließlich traditionelle Biersorten an und verzichtet auf den Vertrieb von Modegetränken. Unsere Verbundenheit zur Region zeigen wir durch starkes Engagement im Sport- und Kultursponsoring. Darüber hinaus kaufen wir alle Produkte und Dienstleistungen, die in der Heimatregion erhältlich sind, hier ein und sichern so neben den eigenen zahlreiche Arbeitsplätze im Braunschweiger Land. Die zweite Säule des Unternehmenserfolges ist die zuverlässige Produktion von Handelsmarken im Auftrag zahlreicher Getränkefachgroßhändler und Handelspartner nach deren Rezepturen. Letztendlich sind natürlich die qualitativ hochwertigen Produkte von Wolters die wichtigsten Erfolgsparameter der Brauerei.

Was war damals Ihr persönliches Motiv, gemeinsam mit den Kollegen die von der Schließung bedrohte Brauerei zu übernehmen?

PETER LEHNA: Meine Geschäftsführerkollegen Hanns-Bernd de Wall, Wilhelm Koch, Thomas Renneke und ich waren von der Idee besessen, ein Braunschweiger Traditionsunternehmen vor der Schließung durch einen ausländischen Braugiganten mit aller Macht zu retten. Wir hatten als ehemalige Mitarbeiter der Gilde-Gruppe vor unserem Engagement bereits berufsbedingt eine sehr enge Bindung zum Hofbrauhaus und waren uns der Markenstärke von Wolters voll bewusst.

Was hat Ihnen in dieser Zeit am meisten Freude bereitet?

PETER LEHNA: Große Freude hat uns bereitet, dass wir bei der Übernahme des Unternehmens alle Arbeitskräfte

weiter beschäftigen und sogar bis heute 22 neue Arbeitsplätze schaffen konnten. Darüber hinaus haben wir von unseren Geschäftspartnern sehr starken Rückhalt erfahren – und aus der Bevölkerung eine enorm positive Resonanz auf unser Engagement.

Der Name Wolters wurde 1734 erstmals urkundlich erwähnt. Was unterscheidet Wolters von anderen Brauereien?

PETER LEHNA: Wolters hat sich seine Ursprünglichkeit bewahrt, bekennt sich zur Heimatregion, nimmt die Anliegen der Konsumenten und Geschäftspartner sehr ernst. Wir beweisen täglich, dass hinter Wolters Menschen stehen, mit denen man jeder Zeit reden kann – im Gegensatz zu anonymen Braukonzernen.

Seit wann arbeiten Wolters und Öffentliche zusammen?

PETER LEHNA: Wolters war bis zur Übernahme durch die Gilde Brauerei AG im Jahre 1985 bei der Öffentlichen versichert. Seit der Übernahme durch die heutigen Geschäftsführer im Oktober 2006 ist das Hofbrauhaus zur Öffentlichen zurückgekehrt. Wir legen eben großen Wert auf starke regionale Partner.

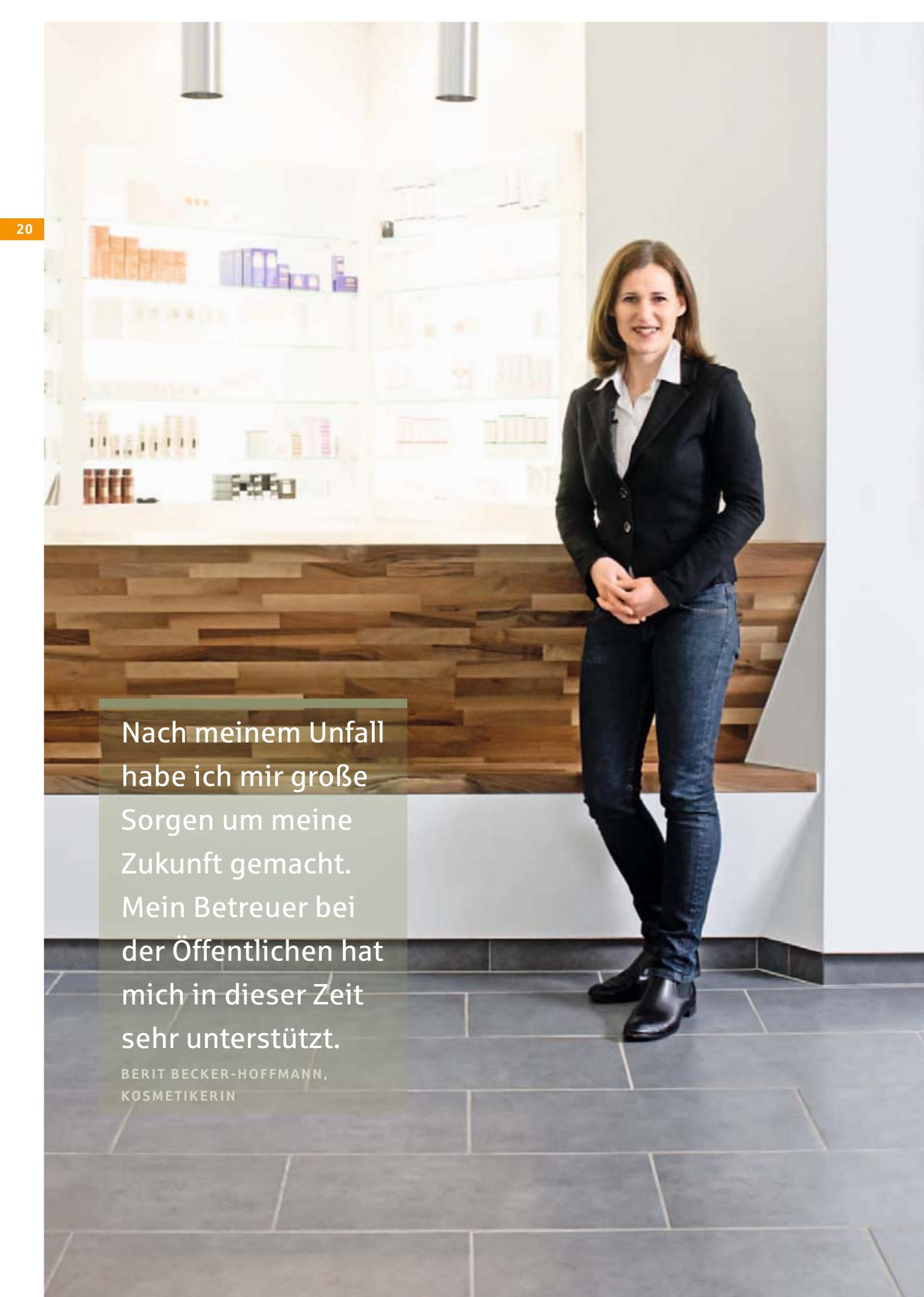
Wie würden Sie die Zusammenarbeit mit der Öffentlichen beschreiben?

PETER LEHNA: Die Zusammenarbeit ist ausgesprochen partnerschaftlich und konstruktiv. Die Beratungsleistungen sind sehr gut. Kleinere Schäden wurden bisher stets unbürokratisch und schnell reguliert.

Wie sehen Ihre Ziele bis 2015 aus?

PETER LEHNA: Ausbau unserer starken Position auf dem Heimatmarkt, moderates Wachstum im Export und Investitionen, um die Brauerei auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu erhalten.





Nach meinem Unfall habe ich mir große Sorgen um meine Zukunft gemacht. Mein Betreuer bei der Öffentlichen hat mich in dieser Zeit sehr unterstützt.

BERIT BECKER-HOFFMANN,
KOSMETIKERIN

Erfolg mit dem Prinzip Sicherheit.

Seit über 22 Jahren betreibt die gebürtige Braunschweigerin und ausgebildete Kosmetikerin im beliebten östlichen Ringgebiet Braunschweigs eine Kosmetikpraxis mit dem Schwerpunkt einer ganzheitlich, dermatologisch orientierten Behandlung. Mit fünf Angestellten betreut Berit Becker-Hoffmann ca. 500 Kunden. 2007 waren plötzlich die Firma und die persönliche Existenz von Berit Becker-Hoffmann massiv bedroht.

Nach einem Unfall, bei dem alle Beugesehnen des kleinen Fingers an einer Auflaufform durchtrennt wurden, konnte Berit Becker-Hoffmann mit ihrer linken Hand Kunden nicht mehr behandeln. Wie sollte es weitergehen? Zum Glück war Berit Becker-Hoffmann gegen Berufsunfähigkeit versichert.

Frau Becker-Hoffmann, was war Ihr erster Gedanke, als Ihnen bewusst wurde, dass die Konsequenzen aus dem Unfall Ihre Berufstätigkeit massiv negativ beeinflussen würden?

BERIT BECKER-HOFFMANN: Ich hatte Existenzängste, als mir bewusst wurde, dass ich nie wieder mit dieser Hand behandeln kann.

Was war die Ursache für die Komplikation?

BERIT BECKER-HOFFMANN: Ich habe eine Begleiterkrankung mit extremen Schmerzen nach der OP bekommen. Mir hat bis heute kein Arzt plausibel erklären können, warum sich die Funktionsfähigkeit des Fingers nicht wiederherstellen ließ.

Wie hat Ihre Familie, wie haben Mitarbeiter und Kunden auf diesen Schicksalsschlag reagiert?

BERIT BECKER-HOFFMANN: Alle waren sehr betrübt. Meine Kunden bedauerten es sehr, dass ich sie nicht mehr behandeln konnte und meine Mitarbeiter haben sich um ihren Arbeitsplatz gesorgt.

Sie hatten sich bei der Öffentlichen gegen das Risiko der Berufsunfähigkeit versichern lassen. Diese Form der Versicherung war seinerzeit noch nicht so bekannt wie heute. Wie kam es zu dieser Entscheidung?

BERIT BECKER-HOFFMANN: Ich kannte diese Form der Versicherung damals nicht und hatte Glück. Es war nämlich mein Vater, der mich auf das Risiko der Berufsunfähigkeit aufmerksam machte. Sie können sich vorstellen, dass ich ihm für diesen Tipp heute noch dankbar bin.

Wie haben Sie sich in der Zeit nach dem Unfall von der Öffentlichen betreut gefühlt?

BERIT BECKER-HOFFMANN: Sehr gut. Ich hatte keine Sorge, dass die Versicherung „kneifen“ würde.

Wie lange hat es gedauert, bis Sie wussten, dass Versicherungsschutz für Sie besteht?

BERIT BECKER-HOFFMANN: Bis zur definitiven Entscheidung hat es natürlich ein paar Monate gedauert. Ich fühlte mich gleichzeitig gut betreut und hatte nie den Eindruck, allein gelassen zu werden.





Im Oktober 2010 hat die Öffentliche ein Ausbildungs-Office in ihrer Direktion gegründet. Wir sprachen mit Christopher Spitzer, dem Leiter des Ausbildungs-Office, und mit dem Auszubildenden Holger Barbier über die ersten Erfahrungen.

Herr Spitzer, welches Ziel verfolgen Sie mit der Gründung des Ausbildungs-Office?

CHRISTOPHER SPITZER: Wir möchten uns das Potenzial und die Fähigkeiten unserer Nachwuchskräfte zunutze machen und unsere jungen Talente so früh wie möglich auf die Aufgaben von morgen vorbereiten.

Wie setzen Sie dieses Ziel konkret um?

CHRISTOPHER SPITZER: Wir verfügen über einen Kundenbestand, der derzeit noch nicht intensiv durch unsere Geschäftsstellen betreut wird. Für diese Kunden nimmt das Ausbildungs-Office die Betreuungspflichten wahr, indem wir sie aktiv beraten, über Neuigkeiten informieren sowie Besuchsaufträgen nachgehen. Weiterhin gibt es Kunden, die uns in der Direktion mit Fragestellungen aufsuchen. Das ermöglicht es uns, auch Situationen im passiven Kundenkontakt zu trainieren. Am Ende jeder Beratung stellen wir für unsere Kunden eine optimale Betreuung durch unsere Geschäftsstellen sicher.

Potenzial nutzen – Talente fördern.

Mit dem neuen Ausbildungs-Office können unsere Nachwuchskräfte die wichtigste Leitlinie unserer Arbeit gleich in die Praxis umsetzen: die intensive Betreuung unserer Kunden.

CHRISTOPHER SPITZER, TRAINEE UND LEITER DES AUSBILDUNGS-OFFICE

Was sind die typischen Gesprächsthemen?

CHRISTOPHER SPITZER: Die Gesprächsthemen sind sehr verschieden. Stellen Sie sich vor, Sie haben eine Lebensversicherung, die kurz vor dem Ablauf steht. Und nun möchten Sie mit uns die weitere Vorgehensweise besprechen. Ebenso üblich sind Anfragen von Kunden, die von uns eine Prüfung ihres Versicherungsschutzes im Hinblick auf Optimierungsmöglichkeiten wünschen.

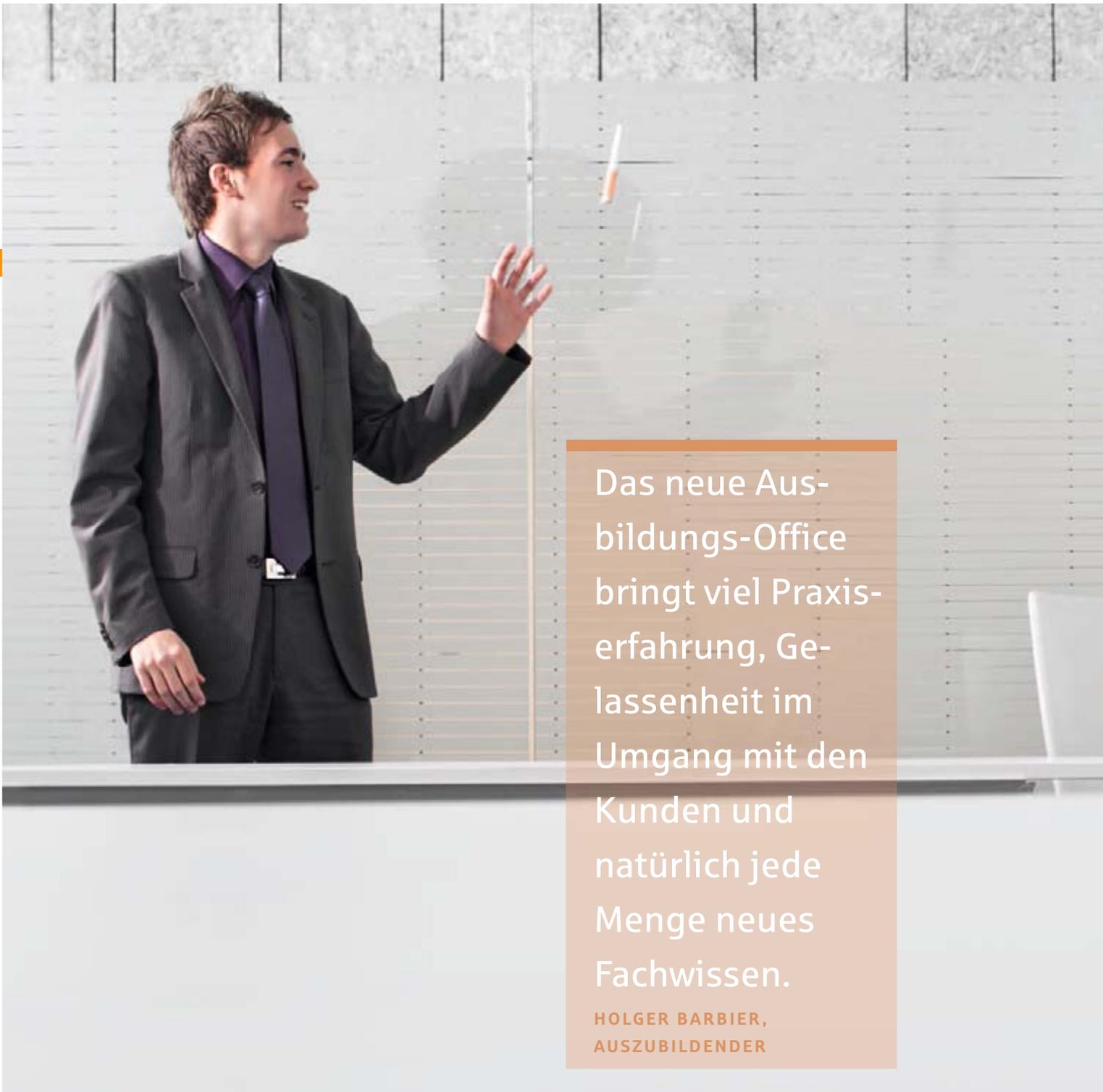
Wie haben Ihre Kunden darauf reagiert, ausschließlich von Auszubildenden betreut zu werden?

CHRISTOPHER SPITZER: Die Reaktionen sind sehr positiv. Zum einen genießen die Auszubildenden bei den

Kunden eine Art „Welpenschutz“. Zum anderen erhalten wir von unseren Kunden regelmäßig tolle Feedbacks, weil die vermeintlichen Welpen sich wohl doch schon als ausgewachsen erweisen. Allerdings ist die Betreuung durch unsere Auszubildenden nur auf das konkrete Kundenanliegen bezogen. Alle weiteren Fragen lösen unsere Profis in den Geschäftsstellen.

Gab es bereits einmal eine kritische Situation, in der Sie eingreifen mussten?

CHRISTOPHER SPITZER: Zum Glück muss ich da passen. Es kommt schon mal vor, dass die Auszubildenden aufgrund bisher unbekannter Fragestellungen meine



Das neue Ausbildungs-Office bringt viel Praxiserfahrung, Gelassenheit im Umgang mit den Kunden und natürlich jede Menge neues Fachwissen.

HOLGER BARBIER,
AUSZUBILDENDER

Unterstützung brauchen. In solchen Fällen greife ich ein. Es ist dann schön zu sehen, wenn beim nächsten Auftreten einer solchen Frage die nun bekannte Lösung eigenständig umgesetzt wird.

Wie viele Wochen verbringen die Auszubildenden in dem Ausbildungs-Office?

CHRISTOPHER SPITZER: Die Auszubildenden sind während ihrer Berufsausbildung zuerst im zweiten sowie ein weiteres Mal im dritten Lehrjahr jeweils für drei Monate im Ausbildungs-Office eingesetzt. Im ersten Schritt können sich die Auszubildenden fundierte Kenntnisse und Kompetenzen aneignen. Im zweiten Schritt gilt es dann, weiterführende Aufgaben in der eigenständigen Kundenbetreuung zu übernehmen und

mit einer positiven Erfahrung die Zeit im Ausbildungs-Office abzuschließen.

Herr Barbier, wie haben Sie Ihre neue Ausbildungsstation erlebt?

HOLGER BARBIER: Ich habe das Ausbildungs-Office als etwas komplett Neues für mich kennengelernt. Es war schwer abzuschätzen, was auf unser Team zukommt. In der Anfangsphase mussten viele Abläufe und Prozesse selbstständig entwickelt und verfeinert werden. Besonders positiv war, dass wir Auszubildenden die Möglichkeit bekommen haben, eigenständig zu arbeiten und intensive Erfahrungen im Kundenkontakt zu machen.



Wie soll die optimale Kundenbetreuung eigentlich genau aussehen? Dazu gehört natürlich jede Menge Fachwissen, aber auch Offenheit, Freundlichkeit und die Fähigkeit, die Wünsche und Ziele des Kunden zu erkennen. Das alles lernen die Auszubildenden im neuen Ausbildungs-Office der Öffentlichen ganz praxisnah.



Hatten Sie ein bisschen Lampenfieber am Tag vor dem Start?

HOLGER BARBIER: Ich weiß nicht, ob das Lampenfieber war, aber ich war schon nervös. Allerdings war mir im Vorfeld auch nicht klar, was mich genau erwartet. Schließlich ist das Ausbildungs-Office die einzige Ausbildungsstation, deren operatives Geschäft ausschließlich von Auszubildenden bedient wird. Mein Fazit: Auf diese intensive und effektive Zeit in seiner Ausbildung kann man sich sehr freuen.

Was haben Sie in diesen Wochen konkret gelernt?

HOLGER BARBIER: Ich habe sehr viel im Umgang mit unseren Kunden gelernt. Aus der anfänglichen Nervosität und Unsicherheit hat sich schnell eine innere Ruhe

im Kundenkontakt entwickelt. Weiterhin habe ich aus meiner Zeit im Ausbildungs-Office mitgenommen, wie wichtig es ist, Arbeitsabläufe immer wieder zu überprüfen und zu optimieren. Nur so können wir unseren Kunden einen besonderen Service bieten. Zusammenfassend kann ich sagen, dass ich mir in meiner Zeit im Ausbildungs-Office sehr viel Praxiserfahrung und auch Fach-Know-how aneignen konnte. Das ist für meine weitere Ausbildung von Vorteil, bringt mich aber auch in privaten Lebenssituationen weiter.



Lagebericht und Jahresabschluss.

AUFSICHTSRAT

Christoph Schulz

Vorsitzender,
Vorstandsvorsitzender der Braunschweigischen Landessparkasse,
Braunschweig

Thomas Mang

stellvertretender Vorsitzender,
Präsident Sparkassenverband
Niedersachsen,
Hannover

Uwe Daut

Vorsitzender des Personalrates
der Öffentlichen Versicherung
Braunschweig,
Braunschweig

Prof. Dr. Heinz Jörg Fuhrmann

Vorsitzender des Vorstandes
der Salzgitter AG,
Salzgitter

Martin Gutzmann

Versicherungsangestellter
der Öffentlichen Versicherung
Braunschweig,
Braunschweig, ab 05.08.2010

Prof. Dr.-Ing. Jürgen Hesselbach

Präsident der Technischen Universität
Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig,
Braunschweig

Ernst-Henning Jahn

Landtagsvizepräsident a. D.
Uehrde-Watzum, bis 04.08.2010

Hanns-Heinrich Kehr

Geschäftsführer der Kehr
Pharma-Großhandlung,
Braunschweig

Gerhard Kilian

Landrat des Landkreises Helmstedt,
Helmstedt, seit 05.08.2010

Siegmund Korsten

Versicherungsangestellter
der Öffentlichen Versicherung
Braunschweig,
Braunschweig, bis 28.02.2010

Barbara Nissen

Versicherungsangestellte
der Öffentlichen Versicherung
Braunschweig,
Braunschweig

Freddy Pedersen

Vereinte Dienstleistungs-
gewerkschaft ver.di,
Braunschweig

Hans-Georg Sander

Präsident der Handwerkskammer
Braunschweig,
Braunschweig, seit 05.08.2010

Dr. Wolf-Michael Schmid

Geschäftsführender Gesellschafter
der Dr. W.-M. Schmid GmbH,
Helmstedt

Thomas Schneider

Ministerialdirigent
Niedersächsisches Finanzministerium,
Hannover

Dr. Götz Stefan Seiler

Rechtsanwalt und Notar
Dr. Appelhagen und Partner,
Braunschweig, bis 04.08.2010

Harald Wahls

Sprecher der Geschäftsführung
Braunschweiger Zeitungsverlag
GmbH & Co. KG,
Braunschweig

Thomas Voigt

Versicherungsangestellter
der Öffentlichen Versicherung
Braunschweig,
Braunschweig,
vom 01.03. bis 04.08.2010

Bernd Winter

Versicherungsangestellter
der Öffentlichen Versicherung
Braunschweig,
Braunschweig

STELLVERTRETENDE AUF SICHTSRATSMITGLIEDER

Ulrich Böckmann

Regierungsdirektor
Niedersächsisches
Finanzministerium,
Hannover

Günter Distelrath

Verbandsgeschäftsführer des
Sparkassenverbandes Niedersachsen,
Hannover

Carsten Hüncken

Vorstandsmitglied der
Braunschweigischen
Landessparkasse,
Braunschweig, bis 31.10.2010

Werner Schilli

Vorstandsmitglied der
Braunschweigischen
Landessparkasse,
Braunschweig, seit 01.11.2010

MITGLIEDER DER TRÄGERVERSAMMLUNG

Ulrich Böckmann

Regierungsdirektor
Niedersächsisches
Finanzministerium,
Hannover

Dr. Ulf Meier

Generalbevollmächtigter der
Norddeutschen Landesbank
Girozentrale,
Hannover

Klaus Hillenhagen

Bankdirektor der
Norddeutschen Landesbank
Girozentrale,
Hannover

Jürgen Löcke

stellvertretender Verbands-
geschäftsführer des
Sparkassenverbandes Niedersachsen,
Hannover

VORSTAND

Dipl.-Kfm. Michael Doering

Vorsitzender,
Braunschweig

Dr. Bernd Höddinghaus

Braunschweig

Vers.-Betriebswirt Knud Maywald

Braunschweig

ALLGEMEINER BEIRAT

Christoph Schulz

Vorsitzender,
Vorstandsvorsitzender der Braunschweigischen Landessparkasse
Braunschweig

Dr. Bernd-Peter Brose

Mitglied der
Zentralen Geschäftsführung
Schnellecke Group,
Wolfsburg

Dipl.-Kfm. Reinhold Dirk

Geschäftsführer der
Max Voets Automobilholding GmbH,
Braunschweig

Harry Döring

Polizeipräsident der
Polizeidirektion Braunschweig,
Braunschweig

Professor Dr. Marc Gürtler

TU Braunschweig
Institut für Finanzwirtschaft,
Braunschweig

Uta-Christine Heiber

Geschäftsführerin der
CHOCOLATA Betriebsges. mbH,
Braunschweig

Carsten Hüncken

Vorstandsmitglied
der Braunschweigischen
Landessparkasse,
Braunschweig, bis Okt. 2010

Helmut Jäger

Vorsitzender der Geschäftsleitung
der DR Swiss Deutsche
Rückversicherung Schweiz AG,
Zürich

Klaus Kroschke

Geschäftsführer der
Klaus Kroschke Holding
GmbH & Co. KG,
Braunschweig

Carl-Otto Künnecke

Geschäftsführer der Otto Künnecke
Verwaltungs-GmbH & Co.
Holding KG,
Holzminden

Willi J. Lauer

Bad Harzburg

Dr. Bernd Meier

Hauptgeschäftsführer
der IHK Braunschweig,
Braunschweig

Hans-Georg Sander

Präsident der Handwerkskammer
Braunschweig,
Braunschweig, bis Aug. 2010

Dr. Götz Stefan Seiler

Rechtsanwalt und Notar
Dr. Appenhagen und Partner,
Braunschweig, seit Sept. 2010

Werner Schilli

Vorstandsmitglied der Braunschweigischen Landessparkasse,
Braunschweig, seit Nov. 2010

Karl Schmidt

Geschäftsführer der K+A
Küchen Aktuell GmbH,
Braunschweig

Hans-Heinrich Seeliger

Vorsitzender des Landvolkverbandes
Wolfenbüttel
Rittergut Wendessen,
Wolfenbüttel

Barbara Straka

Präsidentin der
Hochschule für Bildende Künste,
Braunschweig bis Dez. 2010

Dipl. Ing. Helmut Streiff

Gesellschafter der
Firmengruppe Streiff,
Braunschweig

Dr. Hans-Rudolf Thieme

Geschäftsführer
Sport-Thieme GmbH,
Grasleben

Professor Dr.

Wolf-Rüdiger Umbach

Präsident der Fachhochschule
Braunschweig/Wolfenbüttel,
Wolfenbüttel

Adalbert Wandt

Geschäftsführender Gesellschafter
der Wandt Spedition
Transportberatung GmbH,
Braunschweig

Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig

87. GESCHÄFTSJAHR

WIRTSCHAFTLICHES UMFELD

Gesamtkonjunktur

Die weltweite Wirtschaft hat sich im 2. Halbjahr 2010 weiter erholt. Der weltweite Konjunkturverlauf konnte sich seit Jahresbeginn festigen. Der Welthandel erholte sich ebenfalls schneller als erwartet. Auch weitere Indikatoren wie die Entwicklung der Rohstoff- und Ölpreise sowie die Entwicklung an den Aktienmärkten deuten auf eine positive Entwicklung nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise hin. Die wirtschaftliche Erholung verlief dabei in den Industrienationen im Vergleich zu den großen Schwellenländern zu Jahresbeginn etwas zögerlicher, die Dynamik wie vor der Krise konnte überwiegend noch nicht erreicht werden.

Die konjunkturelle Entwicklung wird nach wie vor durch Maßnahmen der Wirtschaftspolitik gestützt, insbesondere durch die Konjunkturprogramme und die Niedrigzinspolitik der Notenbanken. Auch die Stabilisierung des Bankensektors hängt vielfach noch an entsprechenden Maßnahmen der Wirtschaftspolitik.

Für das Jahr 2010 wird für die Bundesrepublik Deutschland mit einem Wachstum des BIP von gut 3,5 % gerechnet. Der Verbraucherpreisindex im Dezember lag nach Angaben des Statistischen Bundesamtes um 1,7 % über dem Vorjahresmonat. Die Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland ist von Unsicherheiten geprägt, so dass aktuell noch nicht von einer gesicherten und nachhaltigen Erholung gesprochen werden kann.

Die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes in 2010 kann vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise als positiv angesehen werden.

Entwicklungen der Kapitalmärkte

Die Kapitalmärkte bewegten sich 2010 im Spannungsfeld zwischen global positiven Konjunktur- und Unternehmensdaten auf der einen Seite sowie Belastungen aus der EU-Schuldenkrise auf der anderen Seite.

Die weltweiten Aktienindizes erzielten 2010 in Euro gerechnet eine sehr gute Wertsteigerung von +19,5 %. Dabei lagen die Regionen Nordamerika und Asien/Pazifik mit +23,3 % bzw. +24,0 % bei den entwickelten Märkten vorne. Die Emerging-Markets-Aktien legten um +27,1 % zu. Aktien im Euroraum konnten dagegen nur eine durchschnittliche Performance von 3,3 % erzielen. Gezogen von der „Konjunkturlokomotive Deutschland“ stach der deutsche Leitindex Dax mit einer Jahresentwicklung von +16,1 % hervor. Die Konjunkturerholung und eine weiterhin gelockerte Geldpolitik vor allem seitens der US-Notenbank brachten Inflationserwartungen zurück in den Markt und sorgten damit für die Zinswende am Staatsanleihemarkt (USA und Kern-Europa). Noch im Sommer 2010 war Deutschland von historisch niedrigen Zinssätzen geprägt.

Die 10-jährige Bundesanleihe lag bei 2,27 % und der 20-jährige Euro-Swapsatz bei 2,70 %. Zum Jahresende erfuhr die Euro-Swapkurve am langen Ende deutliche Renditeanstiege um 100 Basispunkte auf 3,70 %. Auf den globalen Rentenmärkten haben sich die Risikoaufschläge im Investment-Grade auf Jahressicht etwas erhöht, lagen aber noch deutlich unterhalb des Niveaus aus 2008/2009. Die Spreads im High-Yield-Bereich sind im Jahresverlauf leicht zusammengelaufen.

Eine Verteuerung war auch auf den Rohstoffmärkten spürbar. Der Goldpreis schrieb sogar neue Höchststände.

Angaben zur Branchenstruktur und -konjunktur

Die deutsche Versicherungswirtschaft konnte vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nach einem Anstieg im Vorjahr von 4,2 % Schätzungen des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) zufolge auch 2010 ein Beitragswachstum in vergleichbarer Höhe erreichen. Maßgeblicher Anteil an dieser Entwicklung kommt der erneut dynamischen Entwicklung des Einmalbeitragsgeschäftes in der Lebensversicherung zu.

Das Neuzugangsergebnis 2010 der Mitgliedsunternehmen des GDV beläuft sich auf 6,13 Mio. Lebensversicherungsverträge. Der Anzahl der Verträge nach bedeutet dies ein Minus von 0,2 % gegenüber dem Vorjahreswert. Der laufende Beitrag verminderte sich im Neuzugang um 2,7 % auf 5,66 Mrd. Euro, der Einmalbeitrag erhöhte sich um 33,9 % auf 26,42 Mrd. Euro. Der gesamte Abgang an Hauptversicherungen des Jahres 2010 verringerte sich auf 7,29 Mio. Stück (-5,7 %) mit einem laufenden Beitrag von 6,11 Mrd. Euro. Am 31.12.2010 bestanden bei den Mitgliedsunternehmen des GDV insgesamt 90,54 Mio. Verträge mit einem laufenden Beitrag von 61,34 Mrd. Euro. Dies entspricht einer Veränderungsrate in der Stückzahl von -1,0 %. Der laufende Beitrag sank um 0,5 %.

Die gebuchten Bruttobeiträge (ohne Beiträge aus RfB) des Jahres 2010 beliefen sich auf 87,17 Mrd. Euro. Dies entspricht einem Wachstum von 7,1 %. Auf die Beiträge aus Hauptversicherungen entfielen davon 81,43 Mrd. Euro, damit stieg der Anteil der Hauptversicherungen an den gebuchten Bruttobeiträgen von 93,1 % im Vorjahr auf 93,4 %. Zu den laufenden Beiträgen tragen auch die Riesterversicherungen bei, 4,81 Mrd. Euro entfielen auf sie. Die Zulagen aus Riesterverträgen erreichten – hochgerechnet auf die Branche – 1,56 Mrd. Euro.

Die Öffentliche Versicherung Braunschweig im Verband der öffentlichen Versicherer

Die Öffentliche Versicherung Braunschweig ist seit Jahrzehnten im Verband der öffentlichen Versicherer integriert und organisiert. Hier werden mit großem Erfolg die Aktivitäten der öffentlichen Versicherer gebündelt, für die sich ein gemeinschaftliches Vorgehen anbietet. Neben den etablierten Gemeinschaftsunternehmen für die Rück-, Kranken-, Rechtsschutz- und Reiseversicherung gibt es weitere Gestaltung wie beispielsweise für die Schadenverhütung und -forschung, das baV-Geschäft oder aber auch die Internetgestaltung. In dieser Form der Zusammenarbeit werden permanent erhebliche Synergieeffekte realisiert.

Die Entwicklungen der Öffentlichen Lebensversicherung im Geschäftsjahr 2010 werden im Folgenden ausführlich dargestellt.

DAS GESCHÄFTSJAHR BEI DER ÖFFENTLICHEN LEBENSVERSICHERUNG

Geschäftsentwicklung

Für die Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig war 2010 ein außerordentlich gutes Geschäftsjahr. Dazu trugen insbesondere das hervorragende Kapitalanlageergebnis sowie der starke Anstieg der Beiträge von rund 23 % (Markt + 7 %) als Wachstumsfaktor bei.

Die Steigerung der Einmalbeiträge lag dabei mit gut 82 % weit über dem Marktdurchschnitt (+ 33 %), wobei keine Kapitalisierungsgeschäfte abgeschlossen wurden.

Die Entwicklung der laufenden Beiträge und der Bestandsstückzahl lag mit je rund – 1 % ungefähr im Branchendurchschnitt.

Insgesamt konnten durch das Ergebnis die Zusatzbelastungen aus dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz bereits 2010 komplett verarbeitet werden.

Der Überschuss – nach Verrechnung der direkten Gewinnbeteiligungen der Versicherungsnehmer – konnte von 5,6 Mio. Euro in 2009 auf 37,3 Mio. Euro gesteigert werden (siehe Seite 39). Daraus wurde die höchste Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung in der Geschichte der Öffentlichen Lebensversicherung vorgenommen und die Sicherheitsrücklage weit überdurchschnittlich verstärkt.

Der Bilanzgewinn soll an die Kapitalträger ausgeschüttet werden.

Kunden, Image- und Bekanntheitsgrad

Nach den letzten Erhebungen liegt die Gesamtzufriedenheit mit der Öffentlichen weiterhin über dem Marktdurchschnitt. Im Vergleich zum Markt sind die Kunden der Öffentlichen stärker an ihre Versicherung gebunden, insbesondere hinsichtlich der Treue, Wiederwahl und Weiterempfehlungsbereitschaft.

Überdurchschnittlich gut schneidet die Öffentliche hinsichtlich der individuellen Beratung und Betreuung sowie der Erklärungskompetenz ab. Bei der Kontakthäufigkeit mit dem Berater besteht allerdings noch Steigerungspotenzial. Die Bewertung der Altersvorsorge der Öffentlichen Leben durch die Lebensversicherungsprodukte gehört zu den besten im Markt.

Die Neukundenakquisition liegt mit ca. 19.800 Kunden im Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Die Cross-Selling-Quote der Öffentlichen (1,88) und die Vertragsanbindung (2,16) sind auf dem Niveau der Vorjahre stabil, sollen jedoch weiter ausgebaut werden.

Vertrieb

Im Jahr 2010 wurden für die gesamte Außendienstorganisation umfangreiche Qualifizierungsmaßnahmen, insbesondere zur Verstetigung des ganzheitlichen Beratungsansatzes und zur Vermittlung von Bankprodukten, durchgeführt.

Mit 128 Mio. Neugeschäft wurde das Jahresziel zu 106,9 % erfüllt und um 15,8 % zum Vorjahr gesteigert.

Besonderen Einfluss hatten dabei das Einmalbeitragsgeschäft von 25,5 Mio. Euro sowie 20,0 Mio. Euro aus dem Bereich der betrieblichen Altersversorgung.

Personal

Der Personalbestand verringerte sich im Innendienst auf 46 (Vorjahr 50), während er im angestellten Außendienst mit 68 (Vorjahr 68) Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen unverändert war.

Im zentralen Fokus der Personalarbeit standen im Jahr 2010 neben dem operativen Geschäft eine Vielzahl verschiedener Themen.

Hierzu gehörte die Umsetzung von mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit und dem Arbeitsort in Form der Einrichtung von Telearbeitsplätzen, eine veränderte Rahmenarbeitszeit sowie verlängerte Servicebereitschaft. Dies sind auch Bausteine im Aktivitätenpool „Beruf und Familie“, die unter anderem dazu geführt haben, dass die Öffentliche in 2010 bereits zum zweiten Mal als familienfreundliches Unternehmen durch das Bundesfamilienministerium ausgezeichnet worden ist. Eine Beteiligung an einer überbetrieblichen Kindertagesstätte sowie die umfassende Ferienbetreuung für Schulkinder gehören ebenso dazu.

Eine neue Mitarbeiterbefragung in 2010 zum Thema „Gesundheit am Arbeitsplatz“ hat im Vergleich mit der Befragung von 2007 sowie zur Branche wertvolle Anregungen zu Verbesserungsmöglichkeiten ergeben. Maßnahmen zur Umsetzung sind bereits angelaufen.

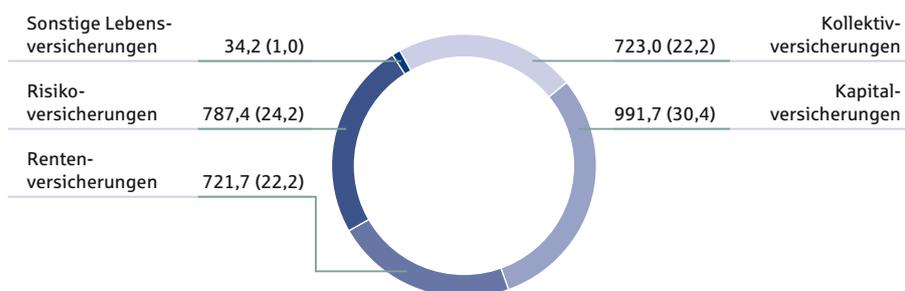
Ein weiteres Thema für 2010 war die Entwicklung eines Stipendiaten-Programms für Masterstudenten mit sehr guten Leistungen. Neben der finanziellen Unterstützung erhalten die Stipendiaten die Gelegenheit, die Öffentliche durch Praktika kennenzulernen.

Daneben wurden Vergütungs- und Versorgungssysteme weiterentwickelt.

Weitere Daten zum Personalbestand sind auf Seite 59 im Anhang aufgeführt.

IT-Entwicklung

In Jahr 2010 hat die Öffentliche Lebensversicherung ihre Systeme auf Basis von Standardsoftware von Cor&FJA Deutschland GmbH weiter verbessert. Auf dieser technischen Basis wurden flexible Services für die Angebots- und Antragerstellung zur einheitlichen Integration in die Systeme aller Vertriebswege entwickelt und pilotiert. Zur Optimierung der Kapitalanlagebearbeitung wurde mit der Einführung des Systems SAP-FAM begonnen, das bereits Anfang 2011 in Produktion gehen wird.

Zusammensetzung des Versicherungsbestandes in Mio Euro (%-Anteil)**VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE****Versicherungsbestand**

Die hohe Vertragsstückzahl aus den Vorjahren wurde mit 141.780 Stück (– 1,2 %) fast gehalten.

Der Bestand an Versicherungssumme liegt mit rund 3,3 Mrd. Euro nur um 2,6 % unter dem Vorjahr.

Das ausgefertigte Neugeschäft umfasste im Geschäftsjahr 9.730 eingelöste Versicherungen mit 229,9 Mio. Euro Versicherungssumme, einschließlich der Summenerhöhungen.

Den höchsten Anteil am Neugeschäft hatten wieder die Rentenversicherungen mit 2,0 Mio. Euro Jahresbeitrag, gefolgt von den Kollektivversicherungen und den Risikoversicherungen mit 1,0 Mio. Euro und den Kapitalversicherungen mit 0,7 Mio. Euro, während der Anteil der sonstigen Lebensversicherung 0,1 Mio. Euro betrug.

Der gesamte Zugang an Versicherungssumme beläuft sich auf 246,4 Mio. Euro, die Gesamtbeitragssumme des Neugeschäftes beträgt 197,0 Mio. Euro.

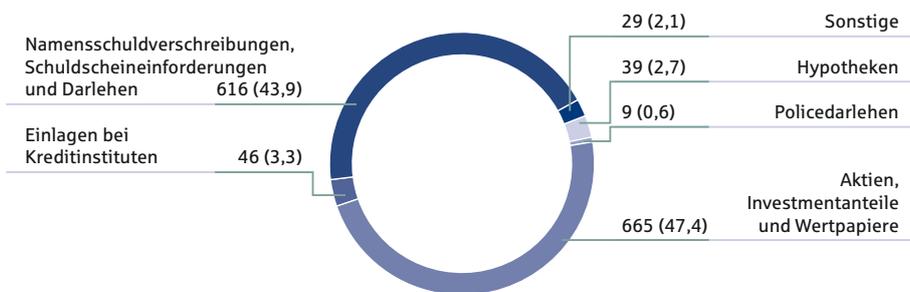
Der gesamte summenmäßige Abgang ist gegenüber dem Vorjahr mit 334,4 Mio. Euro nahezu unverändert.

Davon entfielen auf Todes- bzw. Heiratsfälle 11,1 Mio. Euro und auf Abläufe 187,9 Mio. Euro. Durch Rückkauf und Umwandlung in beitragsfreie Versicherungen sind 98,1 Mio. Euro abgegangen. Der sonstige vorzeitige und übrige Abgang betrug 37,2 Mio. Euro.

Der Stornosatz – das Verhältnis des Beitrags aus Rückkauf, Umwandlung in beitragsfreie Versicherungen und sonstigem vorzeitigem Abgang zum mittleren Beitragsbestand – ist mit 4,2 % gegenüber dem Vorjahr deutlich gesunken. Dieses gute Ergebnis kann als Zeichen einer überdurchschnittlich hohen Kundentreue zur Öffentlichkeit bewertet werden.

Die Entwicklung des Versicherungsbestandes ist auf den Seiten 46 und 47 dargestellt.

Zusammensetzung der Kapitalanlagen in Mio Euro (%-Anteil)



Beiträge

Die Gesamtbeitragseinnahme wuchs von 122,0 Mio. Euro auf 150,3 Mio. Euro (23,2 %). Die hierin enthaltenen Einmalbeiträge stiegen um 29,1 Mio. Euro auf 64,6 Mio. Euro, die laufenden Beiträge fielen leicht um 0,9 Mio. Euro. Die Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung betragen 9,3 Mio. Euro (Vorjahr 0,5 Mio. Euro).

Versicherungsleistungen

Die ausgezahlten Leistungen (einschließlich der Zahlungen bei Rückkauf und der Gewinnanteile) sind um 4,7 % auf 132,8 Mio. Euro gesunken. Der Zuwachs der Leistungsverpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern erhöhte sich auf 82,5 Mio. Euro (+126,2 %).

Zugunsten der Versicherungsnehmer wurden damit Leistungen in Höhe von 215,2 Mio. Euro (Vorjahr 164,5 Mio. Euro) erbracht.

Kosten

Der Verwaltungskostensatz – die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb, soweit sie nicht Abschlusskosten

betreffen, im Verhältnis zu den verdienten Beiträgen – lag für das selbst abgeschlossene Geschäft bei 2,0 % (Vorjahr 2,4 %).

Die Abschlusskosten betragen im Geschäftsjahr 4,7 % der Beitragssumme des Neugeschäfts (Vorjahr 5,1 %), was damit wieder auf dem Niveau früherer Jahre liegt.

Kapitalanlagen

Der Buchwert der Kapitalanlagen ist von 1.303,5 Mio. Euro per 31.12.2009 um 7,7 % auf 1.403,9 Mio. Euro per 31.12.2010 angestiegen. Der Kurswert sämtlicher Kapitalanlagen hat von 1.326,3 Mio. Euro um 9,0 % auf 1.446,3 Mio. Euro zugenommen. Die Kapitalanlagereerven betragen 40,1 Mio. Euro (bzw. 2,9 % des Gesamtbuchwertes der Kapitalanlagen) und liegen damit um 17,3 Mio. Euro über dem Vorjahreswert von 22,8 Mio. Euro. Der Schwerpunkt der Reserven liegt mit 37,7 Mio. Euro bei den direkt gehaltenen Rentenpapieren.

Die Buch- und Zeitwerte sowie Reserven der zu Anschaffungskosten respektive zu Nennwert ausgewiesenen Kapitalanlagen sind entsprechend der jeweiligen Bilanzposition der Seite 55 zu entnehmen.

Entwicklung der Beitragseinnahme in Mio Euro

Jahr	Beitragseinnahme (Mio Euro)
2006	130,4
2007	121,7
2008	127,4
2009	122,0
2010	150,3

Entwicklung der Versicherungsleistungen in Mio Euro

Jahr	Zuwachs der Leistungsverpflichtungen in (Mio Euro)	Ausgezahlte Leistungen (Mio Euro)	Gesamt (Mio Euro)
2006	59,6	119,5	119,5 (59,6)
2007	50,7	114,7	114,7 (50,7)
2008	23,7	133,0	133,0 (23,7)
2009	25,3	139,2	139,2 (25,3)
2010	82,5	132,8	132,8 (82,5)

Bei der Zusammensetzung der Kapitalanlagen bildet der hochwertige, langlaufende Rentendirektbestand das Schwergewicht. Hierbei geht der Buchwertanteil der Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen von 46,0 % auf 43,9 % zurück, Inhaberschuldverschreibungen steigern ihren Anteil von 16,9 % auf 19,0 %. Investmentanteile haben ein Gewicht von 28,4 % (Vorjahr 27,8 %) am Buchwert der Kapitalanlagen. Dabei wird der Schwerpunkt durch das Rendite-Risikoportfolio in Form eines Masterfonds gebildet, in dem systematisch und diversifiziert insbesondere in internationale Aktien-, Zins-, Kredit- und Währungsrisiken investiert wird.

Im Geschäftsjahr 2010 wurde die freie Liquidität von über 50 Mio. Euro aus ALM-Gesichtspunkten in Papiere des Rentendirektbestands mit sehr guter Bonität und langen Restlaufzeiten investiert. Aufgrund des sehr hohen Zinsexposures auf der Aktivseite und dem geringen Durationmismatch zur Passivseite wurden in den Sommermonaten 2010 bei historisch niedrigen Zinsniveaus keine Investitionen getätigt. In dieser Phase wurden die freien Mittel zunächst in Tages- und Termingeldern disponiert. Im Anschluss wurde bei ansteigenden Zinsmärkten wieder investiert. Dadurch konnten in 2010 stets Kaufrenditen über 4,2 % in der risikoarmen Rentenanlage erzielt werden. Die mittlere Erwerbsrendite beträgt 4,6 %.

Entwicklung der Kapitalanlagen in Mio Euro

2006	1.224,0
2007	1.260,2
2008	1.274,4
2009	1.303,5
2010	1.403,9

Der OELB Masterfonds hat per Jahresultimo 2010 einen Buchwert von 379,4 Mio. Euro (Vorjahr 342,9 Mio. Euro), der seinem Marktwert zum Bilanzstichtag entspricht. Gegenüber dem Vorjahr erfuhr der Marktwert des Fonds, zusätzlich zur Ausschüttung und Wiederanlage ordentlicher Fondserträge von 11,4 Mio. Euro, eine Wertsteigerung um 25,1 Mio. Euro. Die Risikopositionen der Fonds wurden auch im Geschäftsjahr 2010 durchgehend aufrechterhalten. Die ungesicherte Aktienquote der Öffentlichen Lebensversicherung Braunschweig ergibt sich zu 6,9 % (Vorjahr 6,3 %). Damit verzeichnet der OELB Masterfonds im Gesamtjahr 2010 dank umfangreicher Konjunkturmaßnahmen, guter Unternehmensdaten und eines starken Optimismus der Finanzmarktakteure eine sehr gute Performance von 10,7 % (Vorjahr 17,8 %). Die Rentensegmente erfuhr eine Wertsteigerung zwischen 7,2 % und 7,6 %. Der globale Aktienfonds erreichte eine absolute Performance von 18,6 %. Investmentanteile in EM-Aktien, EM- und HY-Renten erzielten Kursgewinne von 12,1 % bis 25,4 %.

Im Ergebnis liegen die Erträge aus Kapitalanlagen in 2010 bei 78,6 Mio. Euro, die Aufwendungen (inkl. Abschreibungen) betragen insgesamt 2,7 Mio. Euro. Dabei hat sich allein durch die Zuschreibungspflicht im OELB Masterfonds ein positiver Ergebnisbeitrag von 25,1 Mio. Euro ergeben. Die laufende Rendite aus Kapitalanlagen (berechnet nach der vom GDV empfohlenen Methode) beträgt 3,8 %, wobei aber das Nettoergebnis der Kapitalanlage mit 75,9 Mio. Euro einer Nettoertragsrendite von 5,6 % entspricht. Diese liegt über der durchschnittlichen Nettoverzinsung der letzten 8 Jahre von ca. 5,2 % (jeweils ohne fondsgebundene Lebensversicherung).

Die Öffentliche Lebensversicherung verfügt über ein mehrdimensionales Risikosteuerungssystem der Kapitalanlagen, das in das unternehmensweite Risikomanagementsystem eingebunden ist. Dabei steht beim rechnungslegungsorientierten Risikocontrolling die bilanzielle Risikotragfähigkeit im Fokus, beim betriebswirtschaftlichen Risikocontrolling (ALM-Kontext) das ökonomische Eigenkapital (Nettovermögen) und beim aufsichtsrechtlichen Risikocontrolling die Solvabilität und das Sicherungsvermögen. Diese risikoadjustierte Portfoliosteuerung hat sich wie in den Vorjahren bewährt. Detaillierte Ausführungen hierzu finden sich bei den „Risiken der zukünftigen Entwicklung“. Die Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig ist damit auch bei wiederkehrenden Krisensituationen am Kapitalmarkt langfristig in der Lage, die gegenüber den Lebensversicherungskunden eingegangenen Verpflichtungen sicher zu erfüllen.

Am Jahresende 2010 befindet sich die bilanzielle Risikoauslastung der Kapitalanlagen sicher im „grünen Bereich“. Die Risikotragfähigkeiten überdecken in allen relevanten Risikosteuerungsdimensionen hinreichend die Risikoergebnisse.

Die Entwicklung der Kapitalanlagen ist im Einzelnen auf Seite 54 dargestellt.

Liquiditätslage

Durch die Steuerung über das Liquiditätsmanagement in Verbindung mit dem Kapitalanlagedurationsmanagement ist die Liquidität auch unter Stress jederzeit gewährleistet.

Überschuss

Der Überschuss des Geschäftsjahres belief sich auf 37,3 Mio. Euro.

Davon werden 33,4 Mio. Euro der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt und die Einlage des stillen Gesellschafters vertragsgemäß mit 1,6 Mio. Euro weiter aufgefüllt.

Der Vorstand wird mit Zustimmung des Aufsichtsrates der Kapitalträgersammlung vorschlagen, nach Einstellung von 2,3 Mio. Euro in die Sicherheitsrücklage einen Bilanzgewinn in Höhe von 68.420 Euro im Verhältnis der Kapitalanteile an die Kapitalträger auszuschütten.

Hinweise zu den in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen sind auf Seite 56 im Anhang aufgeführt.

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle fielen günstiger aus, als sie bei der Kalkulation der Beiträge berücksichtigt waren. Der daraus resultierende Risikogewinn betrug 7,3 Mio. Euro.

Die mit den Beiträgen vereinnahmten Kostenanteile überstiegen die tatsächlichen Kosten, so dass sich ein positives Kostenergebnis von 0,2 Mio. Euro ergab.

Am Risiko- und Kostengewinn werden die Versicherten in unveränderter Höhe beteiligt.

Gewinnbeteiligung

Für Leistungen im Rahmen der Überschussbeteiligung wurden neben der Direktgutschrift in Höhe von 3,8 Mio. Euro 19,8 Mio. Euro der Rückstellung für Beitragsrück-erstattung entnommen.

Von der Rückstellung für Beitragsrückerstattung sind für Ausschüttungen im Folgejahr sowie für Schlussüber- schussanteile und Bewertungsreservenbeteiligung 77,0 Mio. Euro gebunden.

Die Einzelheiten der Überschussbeteiligung ergeben sich aus dem Abschnitt „Überschussverteilung in der Lebensversicherung im Jahre 2011“ dieses Geschäfts- berichtes.

Die Verzinsung der Versicherungsguthaben beträgt wie im Vorjahr 4,0 %.

Damit bleibt die Überschussbeteiligung der Öffentlichen Lebensversicherung Braunschweig auf unverändert hohem Niveau.

Gesamtbewertung

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Öffent- lichen Lebensversicherung ist als gut zu bewerten. Die leicht rückläufigen laufenden Beiträge werden durch hohe Einmalbeiträge und die gute Kapitalan- lageentwicklung überkompensiert.

Vorfälle von besonderer Bedeutung haben sich nach Ende des Geschäftsjahres nicht ereignet.

PROGNOSE

Die Rahmenbedingungen für Lebensversicherungen sind nach Ansicht der Öffentlichen günstiger als allgemein dargestellt. Die Rentenlücke lässt die Nachfrage nach Absicherungsprodukten steigen und eine sichere und zuverlässige Altersvorsorge ist unverändert wichtig für unsere Kunden. Die Erfahrungen aus der jüngsten Finanzmarktkrise haben gezeigt, dass die Lebensversicherung trotz schwieriger Märkte attraktiv geblieben ist. Nur schwer einzuschätzen ist im Hinblick auf die Folgejahre allerdings die Auswirkung der Diskussionen zu der bevorstehenden Absenkung des Rechnungszinses. Grundsätzlich wird hierdurch jedoch die hohe Attraktivität der Lebensversicherung für die private und betriebliche Altersvorsorge nicht eingeschränkt, da die Kunden z. B. in der Rentenversicherung über lebenslang garantierte Zusagen verfügen.

Die überwiegende Mehrheit der Kunden zeigt sich in ihrem Anlageverhalten und Vorsorgebedarf unverändert konservativ. Es ist eine verstärkte Nachfrage nach klassischen Produkten zu beobachten und der Wert echter Garantien steht weiterhin im Fokus. Diese Garantien finden sich in einer ganzen Palette von Produkten, die die Absicherung bei vorzeitigem Tod, beim Verlust der Arbeitskraft oder einer lebenslang garantierten Rentenzahlung im Alter gewährleisten.

Lebensversicherer schützen ihre Kunden vor den Schwankungen der Kapitalmärkte und bieten ihnen eine möglichst gleichmäßige und zuverlässige Wertentwicklung. Dies versetzt die Lebensversicherer in die Lage, dass sie ihren Kunden gegenüber Wort halten und dabei zudem angemessene Renditen erzielen können. Die vergangenen Jahre haben gezeigt: Menschen, die ihr Geld den deutschen Lebensversicherern anvertraut haben, sind damit gut gefahren und können sich auch künftig auf die Leistungsfähigkeit und Sicherheit der Lebensversicherung verlassen.

In der Wahrnehmung der Bürger muss jedoch auch weiterhin und beständig das Vertrauen in die Sicherheit, Qualität und Notwendigkeit der privaten Vorsorge durch Lebens- und Rentenversicherungen gestärkt werden. Angesichts vieler unterschiedlicher Sparformen ist eine zunehmende Verunsicherung der Sparer erkennbar. Hinzu kommt, dass es in weiten Teilen der Bevölkerung noch immer unrealistische Vorstellungen über die Höhe der späteren Rentenzahlung gibt. Daraus resultierendes, nachlassendes Engagement bei der Zukunftsvorsorge ist aber der falsche Weg und kann zu Altersarmut führen.

Trotzdem ist ergänzende Zukunftsvorsorge noch immer nicht selbstverständlich und private, kapitalgedeckte Vorsorge nicht ausreichend verbreitet. Auch verzichtet offenbar noch eine große Mehrheit junger Menschen auf die staatliche Förderung. Die Sparbereitschaft und das Potenzial für die geförderten Produkte muss geweckt werden. Basis-Rente und Riester-Rente sind interessante Produkte für eine große Zielgruppe. Betriebsrenten genießen einen beträchtlichen Vertrauensbonus und werden steuerlich kräftig gefördert. Trotzdem verfügen hier vor allem Klein- und Mittelunternehmen über keine entsprechenden Einrichtungen. Auch ein Großteil der Arbeitnehmer verzichtet darauf, meist aus Unwissenheit. Nicht zu vergessen die Absicherung elementarer Risiken wie Tod oder Berufsunfähigkeit.

Die Entscheidung über die geeignete Vorsorge ist komplex, umfasst lange Planungszeiträume und erfolgt naturgemäß unter Unsicherheit. Der Beratung des Kunden kommt daher eine Schlüsselrolle zu. Nur dies kann die notwendige Verbreitung der Zukunftsvorsorge und das Vertrauen in die Produkte voranbringen. Bedarf und Potenziale zu erkennen, seriös zu beraten und den Kunden ganzheitlich zu betrachten, sind für die Öffentliche selbstverständlich und werden in vielen Kundengesprächen Tag für Tag praktiziert.

Attraktive, flexible Produkte stehen bei der Öffentlichen Lebensversicherung für alle Zielgruppen und für alle drei vom Gesetzgeber vorgesehenen Schichten zur Verfügung. Kapitalgedeckte Zukunftsvorsorge ist und bleibt unverzichtbar. Die Öffentliche Lebensversicherung verfügt über die gesamte Bandbreite an Vorsorgeprodukten, die man für eine umfassende Zukunftssicherung braucht und ist für den geforderten Vorsorge-Mix bestens gerüstet. Auch hat die Öffentliche Lebensversicherung in der Vergangenheit mit ihrer Kapitalanlagepolitik gezeigt, attraktive, stabile und sichere Renditen zu erwirtschaften und ein Produkt anzubieten, das den Nerv der sicherheitsorientierten Kunden trifft. Dies alles macht die Öffentliche so stark und damit zum Problemlöser für Vorsorge und Alterssicherung in der Region.

Die Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig kann die kommenden Jahre optimistisch angehen und bleibt der zuverlässige Partner in der Zukunftsvorsorge. Sie verfügt über leistungsstarke Produkte, sowohl für Privatkunden in der privaten Vorsorge als auch für Firmenkunden in der betrieblichen Altersversorgung. Auch als Produktlieferant erfüllt die Öffentliche Lebensversicherung die Anforderungen großer Anbieter, was die künftige Zusammenarbeit mit der DekaBank zeigt. Das langfristige, auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Geschäftsmodell hat sich in der Krise bewährt und wird auch in den Folgejahren beibehalten.

Auf dieser Basis und bei erwarteten guten Kapitalanlageergebnissen sind für 2011 und 2012 wieder hohe Überschussbeteiligungen der Versicherungsnehmer und angemessene Eigenkapitalzuführungen geplant.

RISIKEN DER ZUKÜNFTIGEN ENTWICKLUNG

Die Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig verfügt über ein funktionsfähiges Frühwarnsystem, das aus dezentraler Risiko- und Ergebnisverantwortung besteht und das im umfassenden Risikomanagementsystem eingebettet ist. Jedes identifizierte Risiko ist eindeutig einem Risikoverantwortlichen zugeordnet. Jeder Risikoverantwortliche ist für die Beobachtung der ihm zugeordneten Risikofelder zuständig. Zweimal jährlich erfolgt eine Abfrage der unabhängigen Risikocontrollingfunktion an die Risikoverantwortlichen, die die Risiken der von ihnen verantworteten Risikofelder melden und ggf. Maßnahmen zur Reduzierung der Risiken veranlassen.

Bei Risiken, die einen potenziellen Bruttohöchstscha-den von 250 TEuro oder mehr aufweisen, erfolgt eine weitergehende Betrachtung des Einzelrisikos.

Das Risikofrüherkennungssystem wird regelmäßig von der Internen Revision geprüft.

Das Risikomanagement und die damit verbundenen aufsichtsrechtlichen Regelungen im Rahmen von Solvency II gewinnen in der Versicherungswirtschaft immer mehr an Bedeutung. Solvency II konkretisiert sich bereits heute in den Mindestanforderungen an das Risikomanagement für Versicherer (MaRisk VA). Insbesondere mit dem mit Wirkung zum ersten Quartal 2010 regelmäßig erstellten quartalsweisen Risikobericht über die Risikosituation inkl. Limitauslastung und der Überprüfung der Wirkung einzelner neuer Produkte auf das Gesamtrisikoprofil durch die unabhängige Risikocontrollingfunktion als Teil eines MaRisk-VA-konformen „Neue-Produkte-Prozesses“ wurden in 2010 wesentliche

Fortschritte zur weiteren Erfüllung der MaRisk-VA-Anforderungen erzielt. Für 2011 sind neben der weiteren Umsetzung der MaRisk-VA-Anforderungen auch kontinuierlich die detaillierte weitere Verfolgung der sich abzeichnenden Solvency-II-Anforderungen und der daraus erwachsenden möglichen notwendigen Umsetzungsschritte für die Öffentliche Versicherung Braunschweig angestrebt.

Versicherungstechnische Risiken

Für die Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig gilt, dass die Rechnungsgrundlagen für die Lebensversicherungstarife Sicherheitsmargen für zukünftige biometrische, Kapitalertrags- und Kostenverlaufsrisiken enthalten. Die vom verantwortlichen Aktuar verwendeten Rechnungsgrundlagen zur Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen sind das Ergebnis über Annahmen künftiger Verläufe und tragen somit auch dem Änderungsrisiko Rechnung. Projektionsrechnungen liefern die Basis für Entscheidungen zukünftiger Überschussanteile. Im Übrigen sind die Risiken teilweise durch Rückversicherungslösungen risikoorientiert und wirtschaftlich sinnvoll abgesichert.

Die Entwicklung der versicherungstechnischen Risiken wurde quantitativ durch das Limitsystem überwacht.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen (Kreditrisiken)

Forderungsausfälle können insbesondere aus der Zahlungsunfähigkeit von Versicherungsnehmern, Vermittlern oder Rückversicherern entstehen. In der Öffentlichen Lebensversicherung Braunschweig sind keine wesentlichen Risiken aus dem Ausfall von Forderungen erkennbar.

Risiken aus Kapitalanlagen (Marktrisiken)

Als Folge der Finanzmarktkrise 2007 bis 2009 waren ein verschärftes Niedrigzinsumfeld und die Sorge um die Solvenz der europäischen Peripheriestaaten die risikorelevanten Rahmenbedingungen des Jahres 2010. Die Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig konnte durch ihre bestehende langfristige Rentenanlage mit Papieren allerhöchster Bonität sowie der strategischen Anlage in Rendite-Risiko-Investments auch in dieser Phase eine gute Ertragsentwicklung vollziehen. Insbesondere ab Ende des III. Quartals führten positive Konjunkturentwicklungen auf beiden Seiten des Atlantiks zu insgesamt freundlichen Kapitalmärkten. Die weltweiten Aktien konnten in 2010 durchschnittlich um über 10 % (lokal) zulegen, vollzogen aber eine stark volatile Entwicklung. Auch die globalen Rentenmärkte beendeten das Jahr nach wechselhaftem Verlauf leicht im Plus. Die Risikoaufschläge des Investment-Grade haben sich auf Jahressicht etwas erhöht, lagen aber deutlich unterhalb der Niveaus der Vorjahre.

Die Kapitalanlagepolitik der Öffentlichen Lebensversicherung Braunschweig beruht auf der Erkenntnis, dass ein Konzept der risikoorientierten Portfoliosteuerung mit integrierter Steuerung der Aktiv-Passivposition ein essentieller Erfolgsfaktor im Kapitalanlagemanagement ist. Darüber hinaus ist ein Großteil des Anlageerfolges das Ergebnis einer strategischen Asset Allocation. Ziel dabei ist es, eine Nettorendite zu erwirtschaften, die über der geschäftsplanmäßigen Verzinsung der Versicherungsansprüche liegt.

Im Rentendirektbestand der Öffentlichen Lebensversicherung werden grundsätzlich keine Risikoinvestments getätigt. Zum Kaufzeitpunkt der Wertpapiere werden stets die unternehmensinternen Anforderungen an die Bonität von mindestens AA- und an gesonderte Deckungsmassen beachtet. Nach den Downgrades von Portugal (aktuell Split-Rating A) und Irland (aktuell BBB) befinden sich momentan Staatsanleihen dieser Emittenten mit einem Kurswertvolumen von 10,6 Mio. Euro im Direktbestand (0,7 % der gesamten Kapitalanlage). Vor dem Hintergrund des europäischen Rettungsschirms und den Verlautbarungen des IDW wurden keine Abschreibungen vorgenommen. Das gesamte Exposure aus unmittelbaren Investitionen in „PIIGS-Staaten“ (inkl. Staatsanleihevolumen in Italien und Spanien) beträgt weniger als 3 % der gesamten Kapitalanlage.

Neben der risikoarmen Rentendirektanlage erfordert dies Investitionen in internationale Aktien-, Zins-, Kredit- und Währungsrisiken sowie die Beimischung alternativer Investments. Diese (Marktpreis-) Risiken werden mehrdimensional über ein Ampelsystem gesteuert. Neben der bilanziellen und der Risikosteuerung im ALM-Kontext wird auch die Bedeckung des Sicherungsvermögens vor und nach Risiko gemessen, geplant, gesteuert und kontrolliert. Aufgrund des laufenden mehrdimensionalen Risikocontrollings (regelmäßige Limitprüfungen, zzgl. aktueller Informationen aus täglichen/wöchentlichen/monatlich-ausführlichen Risikoberichten der Kapitalanlage), werden notwendige Steuerungsmaßnahmen sehr zeitnah erkannt und der Geschäftsleitung kommuniziert.

Operationelle Risiken

Die Bewertung der operationellen Risiken auf Basis des aktuellen Standardmodells aus Solvency II wird regelmäßig durchgeführt und im Limitsystem abgebildet. Exponierte Einzelrisiken mit einem hohen Schaden-erwartungswert werden bei Überschreiten eines definierten Schwellenwertes nach einem festgelegten Verfahren dem aus Solvency II folgenden Wert der operationellen Risiken hinzugerechnet. Derzeit werden keine exponierten Einzelrisiken gesehen.

Die ständig zunehmende Technikabhängigkeit führt zu Kapazitätsrisiken und Risiken durch den Ausfall von Systemen. Aufgrund entsprechender Vorsichtsmaßnahmen und existierender Notfallpläne werden jedoch wesentliche negative Einflüsse auf die Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig nicht erwartet.

Auf weitere Risiken aus der Veränderung äußerer Rahmenbedingungen – z. B. an wirtschaftlichen, rechtlichen, steuerlichen und/oder sozialen Einflüssen – wird durch ständige Beobachtung des relevanten Umfeldes und durch aktive Einbindung in Verbandstätigkeiten (Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft – GDV/Verband öffentlicher Versicherer – VöV) zeitnah reagiert. Auch hier sind Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Öffentlichen Lebensversicherung Braunschweig mit realistischer Eintrittswahrscheinlichkeit nicht erkennbar. Risiken aufgrund der ständigen Veränderungen fiskalpolitischer Rahmenbedingungen sind jedoch nicht gänzlich vermeidbar. Die Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig sieht sich nicht als potenzielles Ziel eines Terroranschlages, allgemeine Sicherheitsvorkehrungen (z. B. Notfallplan bei Brand) wurden jedoch getroffen.

Zur Vorbeugung vor Risiken aus dolosen Handlungen besteht ein umfassendes Internes Kontrollsystem (IKS), dessen Wirksamkeit turnusmäßig von der Internen Revision geprüft wird. Zusätzlich würde im Falle doloser Handlungen der finanzielle Schaden durch eine Vertrauensschadenversicherung stark vermindert.

Zur Risikosteuerung von Projektrisiken existiert zentral eine detaillierte prospektiv ausgerichtete unternehmensweite Großprojektsteuerung. Die Großprojektsteuerung bildet zum einen den aktuellen Status der Großprojekte ab, zum anderen werden die Planungen von Kapazitäten und Priorisierungen für das nächste Geschäftsjahr unterstützt.

Sonstige Risiken

Die Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig hängt als Regionalversicherer nicht unerheblich von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in ihrem Geschäftsgebiet ab. Hierbei kommt der wirtschaftlichen Lage der in der Region dominierenden Großbetriebe besondere Bedeutung zu. Aus dieser Situation ergeben sich aber derzeit keine wesentlichen Risiken.

Die Tätigkeiten der im Geschäftsgebiet der Öffentlichen bedeutsamen Wettbewerber werden kontinuierlich beobachtet und analysiert.

Strategische Risiken sind derzeit nicht erkennbar. Die Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig reagiert mit dem Programm „Öffentliche 21“ auf das sich ändernde Marktumfeld und die sich abzeichnende Industrialisierung in der Versicherungsbranche.

Des Weiteren ist als regional stark verwurzelt Unternehmen die Beobachtung und das Management von Reputationsrisiken besonders wichtig. Als wesentliche Steuerungsmaßnahme existiert ein effektives Krisenmanagementkonzept.

Limitauslastung

Mit Beginn des Geschäftsjahres 2010 wurde das bisherige Risikosteuerungssystem durch ein umfassenderes Limitsystem ersetzt. Eskalations- und Berichtswesen beziehen sich auf die Auslastungen der Risiken in Relation zu den Limiten.

Neben der bilanziellen und der ALM-Risikosteuerung wird auch die Solvabilität (zu Buch- und Zeitwerten) gemessen und kontrolliert.

Die bilanzielle Risikoexponierung in den Kapitalanlagen der Öffentlichen Lebensversicherung beträgt per 31.12.2010 stichtagsbezogen 33,1 Mio. Euro. Das versicherungstechnische Risiko beträgt 2,9 Mio. Euro; die operationellen Risiken betragen 2,4 Mio. Euro. Berücksichtigt man die QIS-Korrelationsmatrix mit einem konservativen Aufschlag von 0,25, liegt die bilanzielle Risikoexponierung der Öffentlichen Lebensversicherung Ende des Geschäftsjahres 2010 bei insgesamt 38,4 Mio. Euro. Das Limit liegt bei 232,4 Mio. Euro, was einer Risikoauslastung von 17 % entspricht. Bei der Risikosteuerung im ALM-Kontext steht einer Risikoexponierung von 62,0 Mio. Euro ein Limit von 86,5 Mio. Euro gegenüber, was einer Auslastung von 72 % entspricht. Im aufsichtsrechtlichen Kontext ist die Bedeckung der Solvabilität gestiegen.

Bestandsbewegung

A. Bewegung des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen im Geschäftsjahr 2010

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft				Einzelversicherungen	
	nur Hauptversicherungen	Haupt- und Zusatzversicherungen	nur Hauptversicherungen		Kapitalversicherungen (einschl. VWL-Versicherungen) ohne Risiko und sonstige Lebensversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr TEUR	Einmalbeitrag TEUR	Versicherungssumme TEUR	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr TEUR
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	143.493	85.896		3.346.049	45.671	35.412
II. Zugang während des Geschäftsjahres						
1. Neuzugang						
a) eingelöste Versicherungsscheine	9.730	4.710	64.206	213.367	1.466	689
b) Erhöhungen der Versicherungssummen (o. Pos. 2.)		1.047	402	16.555	0	594
2. Erhöhungen der Versicherungssummen durch Überschussanteile			0	9.685		
3. Übriger Zugang	209	169	0	6.774	50	26
4. Gesamter Zugang	9.939	5.926	64.608	246.381	1.516	1.310
III. Abgang während des Geschäftsjahres						
1. Tod, Berufsunfähigkeit etc.	604	180		11.149	202	92
2. Ablauf der Versicherung/beitragsfrei	5.288	3.033		187.936	1.804	1.607
3. Rückkauf und Umwandlung	4.884	3.261		98.113	1.361	1.266
4. Sonstiger vorzeitiger Abgang	685	300		29.090	6	2
5. Übriger Abgang	191	248		8.082	8	79
6. Gesamter Abgang	11.652	7.021		334.369	3.381	3.046
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	141.780	84.801		3.258.060	43.806	33.675

B. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen (ohne Zusatzversicherungen)

	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme TEUR
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	143.493	3.346.049	45.671	1.043.167
davon beitragsfrei	32.064	577.381	5.264	80.810
II. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	141.780	3.258.060	43.806	991.738
davon beitragsfrei	32.319	590.516	5.305	78.822

C. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Zusatzversicherungen

	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme TEUR	Unfallzusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme TEUR
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	34.378	1.626.518	7.539	183.158
II. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	32.052	1.544.389	6.737	169.440

D. Bestand an in Rückdeckung übernommenen Lebensversicherungen

	Versicherungssumme TEUR
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	60.082
II. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	57.836

Risikoversicherungen		Rentenversicherungen ohne sonstige Lebensversicherungen		Sonstige Lebensversicherungen		Kollektivversicherungen	
Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr TEUR	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr TEUR	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr TEUR	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr TEUR
30.302	7.548	41.874	23.530	1.779	1.303	23.867	18.103
3.729	958	3.382	1.969	70	71	1.083	1.023
0	30	0	251	0	18	0	155
10	7	41	72	0	0	108	63
3.739	994	3.423	2.292	70	89	1.191	1.241
78	11	151	47	3	2	170	27
2.507	279	421	358	0	4	556	786
1.669	173	1.399	1.156	147	127	308	538
564	269	45	9	0	0	70	20
15	32	11	46	1	11	156	80
4.833	765	2.027	1.616	151	143	1.260	1.451
29.208	7.777	43.270	24.206	1.698	1.250	23.798	17.893

Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe TEUR						
30.302	821.278	41.874	693.701	1.779	34.698	23.867	753.204
15.447	165.344	7.265	186.117	301	3.118	3.787	141.992
29.208	787.397	43.270	721.665	1.698	34.211	23.798	723.050
14.493	152.651	8.292	202.769	305	3.115	3.924	153.159

Berufsunfähigkeits- oder Invaliditäts- zusatzversicherungen		Risiko- und Zeitrenten- zusatzversicherungen		Sonstige Zusatzversicherungen	
Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe TEUR
15.153	1.319.764	11.623	121.249	63	2.347
15.307	1.370.390	9.943	2.104	65	2.455

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2010

Aktiva	2010 EUR	2010 EUR	2010 EUR	2010 EUR	2009 EUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				5,00	5,00
B. Kapitalanlagen					
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	19.029.500,00				19.029.500,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00				10.300.000,00
3. Beteiligungen	3.613.965,55				4.258.965,55
		22.643.465,55			33.588.465,55
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	398.887.152,97				362.798.288,32
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	266.442.636,01				219.958.861,58
3. Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldforderungen	38.802.442,93				49.196.908,82
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	345.869.148,49				339.318.972,02
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	270.000.000,00				260.000.000,00
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	9.137.379,42				9.515.837,31
d) übrige Ausleihungen	6.151.575,89				7.172.257,06
		631.158.103,80			616.007.066,39
5. Einlagen bei Kreditinstituten	46.000.000,00				22.000.000,00
		1.381.290.335,71			1.269.961.125,11
			1.403.933.801,26		1.303.549.590,66
C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice				10.774.283,20	9.452.551,53
D. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer					
a) fällige Ansprüche	1.015.883,40				818.751,42
b) noch nicht fällige Ansprüche	2.437.481,02				2.218.412,57
		3.453.364,42			3.037.163,99
2. Versicherungsvermittler		20.242,57			23.085,54
			3.473.606,99		3.060.249,53
II. Sonstige Forderungen davon an verbundene Unternehmen: EUR 0,00 (Vorjahr EUR 2.553.340,16)		1.556.246,23			12.502.232,32
			5.029.853,22		15.562.481,85
E. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte		5.484,25			13.289,25
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		1.341.474,07			886.274,15
III. Andere Vermögensgegenstände		20.047,24			0,00
			1.367.005,56		899.563,40
F. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	17.910.955,43				16.911.451,20
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	5.220.012,76				5.568.621,33
			23.130.968,19		22.480.072,53
			1.444.235.916,43		1.351.944.264,97

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B II. 1 und C I. 1 der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 341 f des HGB sowie der aufgrund des § 65 Absatz 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 11 c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 15.01.2010 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.

Braunschweig, 9. März 2011

Der verantwortliche Aktuar
Gutacker

Passiva	2010 EUR	2010 EUR	2010 EUR	2009 EUR
A. Eigenkapital				
I. Trägerkapital		2.000.000,00		2.000.000,00
II. Einlage des stillen Gesellschafters		17.164.697,10		15.541.803,10
III. Gewinnrücklagen				
1. Sicherheitsrücklage Stand 01.01. (davon aus Abzinsung von Rückstellungen nach BilMoG: EUR 10.112,87)	8.889.042,82			8.278.929,95
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	2.250.000,00			600.000,00
		11.139.042,82		8.878.929,95
IV. Bilanzgewinn		68.420,00		68.420,00
			30.372.159,92	26.489.153,05
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	6.270.056,50			6.859.645,03
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	125.401,13			137.192,90
		6.144.655,37		6.722.452,13
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	1.264.622.967,77			1.198.277.276,98
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	31.119.530,84			29.732.890,92
		1.233.503.436,93		1.168.544.386,06
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	1.432.029,93			1.160.872,77
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	28.587,97			23.206,94
		1.403.441,96		1.137.665,83
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	101.661.969,69			88.042.089,69
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0,00
		101.661.969,69		88.042.089,69
			1.342.713.503,95	1.264.446.593,71
C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird				
I. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	10.646.477,24			9.373.548,63
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	212.929,54			187.470,97
		10.433.547,70		9.186.077,66
II. Übrige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	127.806,96			79.002,90
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	2.556,12			1.580,06
		125.249,84		77.422,84
			10.558.797,54	9.263.500,50
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		11.064.210,00		7.448.924,00
II. Steuerrückstellungen		789.389,57		9.349,38
III. Sonstige Rückstellungen		1.314.429,48		1.255.847,85
			13.168.029,05	8.714.121,23
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			31.460.417,63	30.059.134,85
F. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern	7.339.618,17			6.364.216,28
2. Versicherungsvermittlern	1.163.369,93			1.684.548,56
		8.970.988,10		8.048.764,84
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft, davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: EUR 171.987,39 (Vorjahr EUR 136.278,04)		293.769,54		341.878,62
III. Sonstige Verbindlichkeiten		3.670.330,04		1.521.781,20
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen: EUR 1.262.490,32 (Vorjahr EUR 816.199,73) aus Steuern: EUR 162.118,73 (Vorjahr EUR 562.964,08) im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 0,00 (Vorjahr EUR 0,00)			12.935.087,68	9.912.424,66
G. Rechnungsabgrenzungsposten			3.027.920,66	3.059.336,97
			1.444.235.916,43	1.351.944.264,97

Gewinn- und Verlustrechnung 1. Januar bis 31. Dezember 2010

Gesamtes Versicherungsgeschäft	2010 EUR	2010 EUR	2010 EUR	2009 EUR
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	150.266.349,72			121.993.763,44
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	5.011.543,82	145.254.805,90		4.876.012,69
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	589.588,53			3.151.516,79
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	11.791,77	577.796,76		63.030,34
			145.832.602,66	120.206.237,20
2. Beiträge aus der Bruttorekstellung für Beitragsrückerstattung			9.263.759,43	532.941,93
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen				
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 0,00 (Vorjahr EUR 682.769,39)		162.000,00		844.769,39
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	53.246.879,11	53.246.879,11		51.935.666,77
c) Erträge aus Zuschreibungen		25.131.061,56		98.607,99
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		90.239,63		3.600.996,38
			78.630.180,30	56.480.040,53
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			825.837,50	1.586.071,21
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			361.628,91	296.321,47
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	110.507.694,14			128.692.496,03
bb) Anteil der Rückversicherer	2.885.882,36			4.257.600,35
		107.621.811,78		124.434.895,68
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	271.157,16			586.694,95
bb) Anteil der Rückversicherer	5.381,03			11.723,39
		265.776,13		574.971,56
			107.887.587,91	125.009.867,24
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Nettorückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	67.618.619,40			26.666.424,49
bb) Anteil der Rückversicherer	1.412.098,49			428.538,85
		66.206.520,91		26.237.885,64
b) Sonstige versicherungstechnische Nettorückstellungen		47.843,55		40.851,36
			66.254.364,46	26.278.737,00
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			33.386.601,05	3.860.403,02
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	9.304.484,59			9.056.358,51
b) Verwaltungsaufwendungen	3.205.790,50			3.171.496,94
		12.510.275,09		12.227.855,45
c) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		2.297.934,26		1.424.955,71
			10.212.340,83	10.802.899,74
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		2.297.332,65		1.677.460,69
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		315.700,62		2.311.899,89
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		85.415,28		32.836,00
			2.698.448,55	4.022.196,58
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			0,00	0,84
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			6.025.410,71	6.880.073,70
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			8.449.255,29	2.247.434,22
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		2.542.522,49		1.765.837,40
2. Sonstige Aufwendungen		2.275.144,67		3.007.707,27
			267.377,82	-1.241.869,87
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			8.716.633,11	1.005.564,35
4. Außerordentliche Aufwendungen			3.948.468,00	0,00
5. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		823.041,65		-735.358,08
6. Sonstige Steuern		3.809,46		3.439,93
			826.851,11	-731.918,15
7. Aufgrund eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne			-1.622.894,00	-1.069.062,50
8. Jahresüberschuss			2.318.420,00	668.420,00
9. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage			2.250.000,00	600.000,00
10. Bilanzgewinn			68.420,00	68.420,00

ANGABEN ZUR BILANZIERUNG UND BEWERTUNG

Aktiva

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurden zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert.

Investmentfonds – außer Dispositionsstöcken für fondsgebundene Lebensversicherungen und Immobilienfonds – wurden gemäß § 341b Abs. 2 HGB nach den Vorschriften für das Anlagevermögen bilanziert. Ein Fonds wurde auf den Marktwert am 31.12.2010 abgeschrieben, ein anderer Fonds auf den Marktwert zugeschrieben; mithin bestanden zum 31.12.2010 weder stille Reserven noch stille Lasten.

Der NORD/LB AM OELB – Fonds stellt ein strategisches Investment dar. Er dient dauerhaft dem Geschäftsbetrieb und ist daher dem Anlagevermögen zugeordnet. Infolge einer Zuschreibung in Höhe von ca. 25,1 Mio Euro betragen Buch- und Marktwert zum 31.12.2010 379.445.599,15 Euro. Für 2010 erfolgte eine Ausschüttung in Höhe von 11.449.834,93 Euro.

Inhaberschuldverschreibungen mit einer Restlaufzeit von mindestens acht Jahren und fünf Anleihen mit kürzeren Laufzeiten sowie eine aus strategischen Gründen gehaltene Wandelanleihe wurden gemäß § 341b Abs. 2 HGB nach den Vorschriften für das Anlagevermögen bilanziert. Andere festverzinsliche Wertpapiere sowie die Dispositionsstöcke für fondsgebundene Lebensversicherungen wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Hypothekenforderungen sowie übrige Ausleihungen wurden in Höhe des noch ausstehenden Forderungsbetrages ausgewiesen. Bei gefährdeten Forderungen wurden Einzelwertberichtigungen vorgenommen.

Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine wurden grundsätzlich mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Agio- und Disagiobeträge wurden durch Rechnungsabgrenzung auf die Laufzeit verteilt.

Festgelder, Termingelder, Tagesgelder und Spareinlagen bei Kreditinstituten wurden ebenso wie Forderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft mit Nominalbeträgen angesetzt. Das Gleiche gilt für die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, für Kassenbestände und Postbankguthaben, laufende Guthaben bei Kreditinstituten sowie Zins- und Mietforderungen. Zum Teil wurden hier Pauschalwertberichtigungen, zum Teil Einzelwertberichtigungen abgesetzt.

Betriebs- und Geschäftsausstattungen wurden zu Anschaffungskosten, vermindert um die steuerlich zulässigen Abschreibungen, aktiviert.

Geringwertige Wirtschaftsgüter im Sinne des § 6 Abs. 2a EStG wurden je Wirtschaftsjahr in einen Sammelposten (Pool) aufgenommen, der ab dem Jahr der Anschaffung oder Herstellung gleichmäßig mit jeweils 1/5 abgeschrieben wird.

Vorräte wurden zu Einstandspreisen bewertet.

Nicht erwähnte Posten der Aktiva wurden zu Nominalwerten, gegebenenfalls vermindert um die steuerlich zulässigen Abschreibungen oder Pauschalwertberichtigungen, bilanziert.

Grundlagen der Fremdwährungsberechnung

Fremdwährungspositionen sind mit dem Devisenmittelkurs zum Bilanzstichtag, bei unterjährigen Transaktionen zum Tageskurs der Transaktion umgerechnet worden.

Passiva

Beitragsüberträge wurden unter Zugrundelegung des tatsächlichen Beginns berechnet. Das Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 30.4.1974 – IV B 5 – S 2750 – 15/74 wurde beachtet.

Die **Deckungsrückstellung** für das selbst abgeschlossene Geschäft mit Ausnahme bei fondsgebundenen Lebens- und Rentenversicherungen einschließlich der darin enthaltenen Überschussbeteiligung und die Forderungen an Versicherungsnehmer (Aktiva = E I 1. nach RechVersV FB 1) sind für jede Versicherung einzelvertraglich, prospektiv und mit implizit angesetzten Kosten berechnet. Die Deckungsrückstellung bei fondsgebundenen Lebens- und Rentenversicherungen errechnet sich nach der retrospektiven Methode aus den vorhandenen Anteilseinheiten der einzelnen Versicherungen, die am Bilanzstichtag zum Zeitwert berechnet werden. Die Depotverbindlichkeiten sind nach Berechnungsgrundlagen der Rückversicherungsverträge ermittelt.

Die Berechnungen für den Altbestand im Sinne des § 11c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG und die Berechnungen der Auffüllungsbeträge für Renten- und BU-Versicherungen sind nach den von der Aufsichtsbehörde genehmigten Geschäftsplänen erfolgt.

Für die wesentlichen Teilbestände des Altbestandes wurden bei Kapitalversicherungen die Sterbetafeln 1924/26 und 1960/62 mit einem Rechnungszins von 3 % und einem Zillmersatz von 35 ‰ der Versicherungssumme bzw. die Sterbetafeln 1986 mit einem Rechnungszins von 3,5 % und einem Zillmersatz von 35 ‰ der Versicherungssumme, bei Rentenversicherungen die Sterbetafeln 1987 R mit einem Rechnungszins von 3,5 % und einem Zillmersatz von 5 % der Jahresrente sowie für die Berechnungen zur Ermittlung der Auffüllungsbeträge auf Basis des von der DAV am 26.05.2009 empfohlenen Interpolationsverfahrens die Sterbetafeln DAV 2004 R Bestand und DAV 2004 R-B20, bzw. DAV 94 R, mit einem Rechnungszins von 4 % als Rechnungsgrundlagen verwendet.

Für die wesentlichen Teilbestände des Neubestandes wurden

- bei Kapitalversicherungen die Sterbetafeln DAV 1994 T mit einem Rechnungszins von 4 %, 3,25 %, 2,75 % bzw. 2,25 % und ein Zillmersatz von 40 ‰ der Beitragssumme sowie die Sterbetafel DAV 1994 T mit einem Rechnungszins von 2,75 % bzw. 2,25 % ohne Zillmerung
- bei Rentenversicherungen die Sterbetafel DAV 1994 R mit einem Rechnungszins von 4 %, 3,25 % bzw. 2,75 % und ein Zillmersatz von 10 ‰ der Beitragssumme sowie die Sterbetafel DAV 2004 R mit einem Rechnungszins von 2,75 % bzw. 2,25 % und einem Zillmersatz von 10 ‰ der Beitragssumme sowie die Sterbetafel DAV 2004 R mit einem Rechnungszins von 2,25 % ohne Zillmerung sowie für die Berechnungen zur Ermittlung der Auffüllungsbeträge auf Basis des von der DAV am 26.05.2009 empfohlenen Interpolationsverfahrens die Sterbetafeln DAV 2004 R-Bestand und DAV 2004 R-B20 mit dem jeweils verwendeten Rechnungszinssatz als Rechnungsgrundlagen verwendet.

Zusätzlich wurden bei der Berechnung der Auffüllungsbeträge Kapitalabfindungs- und Stornowahrscheinlichkeiten (sowie Verwaltungskosten) gemäß den Ermittlungsgrundsätzen der DAV berücksichtigt.

Bei der Berechnung der Bonus- und Verwaltungskostenrückstellungen im Altbestand sowie im Neubestand liegen die gleichen Rechnungsgrundlagen vor wie bei der zugehörigen Hauptversicherung.

Die von uns eingesetzten biometrischen Rechnungsgrundlagen sind von der DAV hergeleitet worden und tragen den Erfordernissen des AGG Rechnung. Nähere Hinweise über die Herleitung dieser biometrischen Rechnungsgrundlagen finden sich in den Blättern der Deutschen Gesellschaft für Versicherungs- und Finanzmathematik e.V. (DGVMF), zu beziehen über den Springer Verlag Berlin/Heidelberg (www.springerlink.com). Weitere, nicht in den Blättern der DGVMF veröffentlichte Hinweise finden sich unter www.aktuar.de (Veröffentlichungen/Sonstige).

Die **Depotverbindlichkeiten** sind nach Berechnungsgrundlagen der Rückversicherungsverträge ermittelt.

Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurden individuell ermittelt, Anteile des Rückversicherers wurden aus dessen Berechnungen übernommen. Rückstellungen für Schadenregulierungskosten wurden pauschal in steuerlich zulässiger Höhe gebildet.

Aufgrund des BGH-Urteils vom 12.10.2005 wurde für die entsprechenden beitragsfreien und stornierten Verträge eine Rückstellung für Rückkäufe gebildet.

Der in der **Rückstellung für Beitragsrückerstattung** enthaltene Schlussüberschussanteilfonds setzt sich zusammen aus Rückstellungen für Schlussüberschüsse und für die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven.

Die Berechnungen für den Schlussüberschussanteilfonds sind prospektiv und einzelvertraglich durchgeführt worden.

Für den Altbestand im Sinne des § 11c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG wurde der Teil des Schlussüberschussanteilfonds, der auf Schlussüberschüsse und auf die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven entfällt, als Barwert der künftigen Leistungen unter Berücksichtigung der Ausscheidewahrscheinlichkeiten der jeweiligen Hauptversicherung mit einem Gesamtdiskontsatz von 6 % berechnet.

Der Schlussüberschussanteilfonds des Neubestandes wurde mit Gesamtdiskontsätzen nach dem in § 28 Absatz 7 RechVersV beschriebenen Verfahren berechnet. Der Teil des Schlussüberschussanteilfonds, der auf Schlussüberschüsse und auf die Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven, letzteres mit Ausnahme des Tarifwerks 2008, entfällt, wurde als Barwert der künftigen Leistungen unter Berücksichtigung der Ausscheidewahrscheinlichkeiten der jeweiligen Hauptversicherung mit einem Gesamtdiskontsatz von 6 %, abhängig

davon, ob eine Leistung auch bei Rückkauf fällig wird, anderenfalls 7 % berechnet. Der Teil des Schlussüberschussanteilfonds, der auf die Sockelbeteiligung an Bewertungsreserven für das Tarifwerk 2008 entfällt, wurde als Barwert mit einem Diskontsatz von 4,5 % berechnet.

Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sowie aus dem Rückversicherungsgeschäft wurden mit Rückzahlungsbeträgen angesetzt.

Pensionsrückstellungen wurden nach den „Richttafeln 2005G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck auf Basis der Vorschriften des BilMoG bewertet. Der Unterschiedsbetrag zwischen der Rückstellung von Pensionsverpflichtungen nach dem alten und neuem Recht (BilMoG) wurde direkt und in voller Höhe (3.854.134,00 Euro) zugeführt und als außerordentlicher Aufwand erfasst.

Die Bewertung erfolgte nach der versicherungsmathematischen Projected-Unit-Credit-Methode unter Zugrundelegung eines Rechnungszinssatzes von 5,15 %, zu erwartender Gehaltssteigerungen in Höhe von 2 % sowie Rentenanpassungen von 0,5 bis 3 %.

Altersteilzeit- und Jubiläumsrückstellungen wurden nach den „Richttafeln 2005G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck auf Basis der Vorschriften des BilMoG bewertet. Die Bewertung erfolgte nach der versicherungsmathematischen Projected-Unit-Credit-Methode unter Zugrundelegung eines Rechnungszinssatzes von 5,15 %, zu erwartender Gehaltssteigerungen in Höhe von 2 % sowie Rentenanpassungen von 0,5 bis 3 %.

Der Wertansatz der übrigen Rückstellungen orientiert sich am voraussichtlichen Bedarf.

Nicht erwähnte Posten der Passiva wurden zu Nominalwerten angesetzt.

ANGABEN ZUR BILANZ

A. Aktiva

Entwicklung der Aktivposten A., B. I. bis II. im Geschäftsjahr 2010

	Bilanz-	Zugänge	Umbu-	Abgänge	Zuschrei-	Abschrei-	Bilanz-
	werte		chungen		bungen	bungen	werte
	2009	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	2010
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0	0	0	0
2. Summe A.	0	0	0	0	0	0	0
B. I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	19.030	0	0	0	0	0	19.030
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	10.300	82.100	0	92.400	0	0	0
3. Beteiligungen	4.259	0	0	645	0	0	3.614
4. Summe B. I.	33.589	82.100	0	93.045	0	0	22.644
B. II. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	362.798	11.987	0	874	25.114	138	398.887
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	219.959	46.484	0	0	0	0	266.443
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	49.197	0	0	10.316	17	95	38.802
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	339.319	9.050	0	2.500	0	0	345.869
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	260.000	10.000	0	0	0	0	270.000
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	9.516	2.165	0	2.544	0	0	9.137
d) übrige Ausleihungen	7.172	286	0	1.223	0	83	6.152
5. Einlagen bei Kreditinstituten	22.000	135.000	0	111.000	0	0	46.000
6. Summe B. II.	1.269.961	214.972	0	128.457	25.131	316	1.381.290
Insgesamt	1.303.550	297.072	0	221.502	25.131	316	1.403.934

Beteiligungen mit mehr als 20 % Anteil der Öffentlichen Lebensversicherung

Gesellschaft	Anteil		Ergebnis	Eigenkapital	Buchwert
			EUR	EUR	EUR
B. I. 1. Anteile an verbundenen Unternehmen					
Öffentliche Facility Management Leben GmbH & Co. KG, Braunschweig	100 %	in 2010:	505.298,27	19.010.992,27	19.029.500,00
B. I. 3. Beteiligungen					
USPF III Beteiligungsgesellschaft & Co. KG, Düsseldorf	42,86 %	in 2009:	-797.273,97	7.401.057,64	1.546.109,18

Rechnungsabgrenzungsposten In diesem Posten sind Agiobeträge in Höhe von 5.220.012,76 Euro enthalten.

Bewertungsreserven der Kapitalanlagen

	Buchwert	Agio/Disagio	Zeitwert	Saldierte Reserven	darin enthaltene unterlassene Abschreibungen
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	19.029.500		19.041.000	11.500	
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0		0	0	
3. Beteiligungen	3.613.966		3.804.287	190.321	
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	398.887.153		399.013.136	125.983	
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	266.442.636		268.166.940	1.724.304	13.176.999
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	38.802.443		40.587.769	1.785.326	
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	345.869.148	99.536	363.307.079	17.338.395	6.047.282
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	270.000.000	2.096.369	290.777.411	18.681.042	127.453
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	9.137.379		9.137.379	0	
d) übrige Ausleihungen	6.151.576		6.428.183	276.607	
5. Einlagen bei Kreditinstituten	46.000.000		46.000.000	0	
Summe	1.403.933.801	2.195.905	1.446.263.184	40.133.478	19.351.734

Abschreibungen wurden nicht vorgenommen, da sich die Papiere im Anlagevermögen befinden und aufgrund des europäischen Rettungsschirms für die PIIGS-Staaten kein Ausfall erwartet wird.

Erläuterung zu den Bewertungsverfahren der Kapitalanlagen

Investmentfonds (bzw. Dispositionsstock) Die Zeitwertermittlung erfolgt in Form von Fondsanteilspreisen, die durch die Investmentgesellschaften publiziert werden.

Nicht börsennotierte Papiere des Direktbestands

Die Bewertung von Namenspapieren und Schuldscheindarlehen wird anhand der Zinskurve (Swap) unter Berücksichtigung eines individuellen Spreads vorgenommen. Die Spreadauswahl erfolgt unter Zuhilfenahme der Informationsquelle Bloomberg.

Börsennotierte Wertpapiere des Direktbestands

Zur Bewertung werden Börsenkurse aus Bloomberg herangezogen.

Beteiligungen; Anteile an verbundenen Unternehmen; Ausleihungen an Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis Die Zeitwertermittlung erfolgt primär nach der Ertragswertmethode. Vergleichend wird zum Teil die Substanzwertmethode gegenübergestellt. Bei Venture-Capital- und Private-Equity-Beteiligungen erfolgt

aufgrund des J-Curve-Effekts eine Zeitwertermittlung nach der EVCA-Richtlinie oder es wird der Net-Asset-Value ermittelt.

Policedarlehen Aufgrund des jederzeitigen Kündigungsrechts durch den Darlehensnehmer besitzen Policedarlehen einen Zeitwert sehr nahe bei 100 %. Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit wird daher bei der Zeitwertermittlung der Policedarlehen auf den Nennwertansatz abgestellt. Für die Policedarlehen wird regelmäßig eine Prüfung der Zeitwertermittlung vorgenommen.

Hypothekendarlehen; übrige Ausleihungen Die Bewertung erfolgt anhand der Zinskurve unter Berücksichtigung eines entsprechenden Spreads (Prepayment-Prämie, Bonitätsprämie). Die Hypothek wird in einen Bond und eine Option gesplittet, die Möglichkeit der vorzeitigen Kündigung wird innerhalb der Optionsbewertung erfasst.

Einlagen bei Kreditinstituten Bei Tages- und Termingeldern (Restlaufzeit i. d. R. kürzer 6 Monate) erfolgt als Zeitwert ein Nennwertansatz.

In die Überschussbeteiligung einzubeziehende Kapitalanlagen

Überschussverteilung Mit der Novelle des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) sind Lebensversicherungsunternehmen nach den Vorschriften des § 153 VVG ab dem 01.01.2008 verpflichtet, Versicherungsnehmer an den saldierten Bewertungsreserven der Kapitalanlagen zu beteiligen. Zur Quantifizierung der Bewertungsreserven nach VVG ist die Höhe sämtlicher Kapitalanlagereserven nach Abzug der stillen Lasten zu ermitteln. In der Begründung zum § 153 Abs. 3 VVG wird verdeutlicht, dass sich die Ermittlung der Bewertungsreserven nach § 54 RechVersV ergibt.

Bei der Öffentlichen Lebensversicherung werden sämtliche Reserven der unter Punkt B der Bilanz aufgeführten Kapitalanlagen in die Überschussbeteiligung einbezogen und anhand des vom GDV vorgeschlagenen verursachungsorientierten Verfahrens auf den einzelnen anspruchsberechtigten Versicherungsvertrag rechnerisch zugeordnet. Bei Vertragsbeendigung bzw. bei Rentenübergang wird der für diesen Zeitpunkt zu

ermittelnde Betrag, sofern positiv, zur Hälfte zugeteilt und erhöht die Versicherungsleistung bzw. den Rückkaufswert.

Da die bislang im aktuellen Fondsgeschäftsjahr aufgelaufenen ordentlichen Nettoerträge der Investmentfonds Bestandteil des Marktwertes sind, erfolgt ein Abzug dieser Größe von der aktuell festgestellten Kapitalanlagereserve, weil diese Erträge am Fondsgeschäftsjahresende ausgeschüttet und somit Bestandteil der Überschussbeteiligung werden. Per 31.12.2010 ergibt sich mit diesem Ansatz eine VVG-Bewertungsreserve von 38,6 Mio Euro.

Die Gesamtsumme der Anschaffungskosten der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen beträgt 1.428,8 Mio Euro. Bei einem Zeitwert selbiger Kapitalanlagen in Höhe von 1.446,3 Mio Euro ergibt sich ein Saldo von 17,5 Mio Euro.

Zu C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice

Anteile am	ISIN	Stück	Buchwert
		31.12.2010	31.12.2010
Deka Struktur 2 Chance	LU0109012194	100.784,960	3.538.560
Deka Struktur 2 ChancePlus	LU0109012277	102.701,543	3.221.747
DEKA Struktur 2 Wachstum	LU0109011626	53.229,003	2.251.054
Deka Struktur 2 ErtragPlus	LU0109011469	15.470,871	711.660
European Growth Fund	LU0154234636	210,580	4.416
JP Morgan Focus	LU0168341575	576,467	12.625
Swisscanto Green Inv	LU0136171559	2.989,721	279.060
Deka Struktur 4 Chance	LU0185901070	171,018	10.135
Deka Struktur 4 ChancePlus	LU0185901153	153,246	10.375
Deka Struktur 4 Wachstum	LU0185900775	145,134	7.814
Deka Struktur 4 Ertrag	LU0185900262	41,261	1.972
Deka Struktur 4 ErtragPlus	LU0185900692	68,120	3.356
Deka Struktur V Chance	LU0278675532	812,529	70.836
Deka Struktur V ChancePlus	LU0278675706	676,646	63.436
Deka Struktur V Wachstum	LU0278675292	863,591	82.093
Deka Struktur V Ertrag	LU0278674642	787,053	78.611
Deka Struktur V ErtragPlus	LU0278675029	427,580	40.359
Deka-TopGarant 2018-2021	LU0280172783	1.109,858	107.201
Deka-TopGarant 2022-2025	LU0280172866	814,434	72.696
Deka-TopGarant 2026-2029	LU0280173088	1.788,611	157.255
Deka-TopGarant 2030-2033	LU0280173161	209,677	19.081
Deka-TopGarant 2034-2037	LU0280173245	84,935	7.427
Deka-TopGarant 2038-2041	LU0280173328	83,918	6.998
Deka-TopGarant 2042-2045	LU0280173674	26,182	2.173
Deka-TopGarant 2046-2049	LU0280173757	41,761	3.398
Deka-TopGarant 2050-2053	LU0280173831	124,245	9.945
Gesamtbuchwert			10.774.283

B. Passiva

Entwicklung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung

	EUR
31.12. Vorjahr	88.042.089,69
Entnahmen	19.766.721,05
Zuführungen	33.386.601,05
31.12. Geschäftsjahr	101.661.969,69

Von der Rückstellung Ende des Geschäftsjahres entfallen auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile – Verminderung aufgrund der Direktgutschrift berücksichtigt – 12,2 Mio Euro. Darüber hinaus sind für Schlussüberschussanteilsfonds 56,8 Mio Euro gebunden; zuzüglich 7,8 Mio Euro für Schlussüberschüsse bei Abläufen, Todesfällen und Rückkäufen im Folgejahr.

Für Zahlungen aus Bewertungsreserven werden für die Monate Januar und Februar 2011 insgesamt 235.081,4 Euro gebunden.

Andere Rückstellungen Unsere Gesellschaft hat von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, die Vorjahreszahlen bei der Erstanwendung von BilMoG gem. Art. 67 Abs. 8 EGHGB nicht anzupassen.

Verbindlichkeiten Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmern in Form verzinslich angesammelter Überschussanteile bestehen in Höhe von 6.884.245,02 Euro.

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren bestehen nicht.

Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte gesichert sind, bestehen ebenfalls nicht.

Rechnungsabgrenzungsposten In diesem Posten sind abgegrenzte Disagiobeträge in Höhe von 3.024.107,23 Euro enthalten.

Haftungsverhältnisse Das Unternehmen ist Mitglied im Verband öffentlicher Versicherer mit einem satzungsmäßigen Anteil von 178.952,16 Euro am bisher nicht eingezahlten Stammkapital. Weitere als die aus der Bilanz ersichtlichen Haftungsverhältnisse bestehen nicht.

Die Gesellschaft ist gemäß §§ 124 ff. VAG Mitglied des Sicherungsfonds für Lebensversicherer. Der Sicherungsfonds erhebt auf Grundlage der Sicherungsfonds-Finanzierungs-Verordnung (Leben) jährliche Beiträge von maximal 0,2 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen, bis ein Sicherungsvermögen von 1 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen aufgebaut ist. Da per 31.12.2010 ein Sicherungsvermögen in eben dieser Höhe erreicht ist, bestehen keine regulären Verpflichtungen für 2010.

Der Sicherungsfonds kann darüber hinaus Sonderbeiträge in Höhe von weiteren 1 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben; dies entspricht einer Verpflichtung von 1,18 Mio Euro.

Zusätzlich hat sich die Gesellschaft verpflichtet, dem Sicherungsfonds oder alternativ der Protektor Lebensversicherungs-AG finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen. Die Verpflichtung beträgt 1 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen unter Anrechnung der zu diesem Zeitpunkt bereits an den Sicherungsfonds geleisteten Beiträge. Unter Einschluss der oben genannten Einzahlungsverpflichtungen aus den Beitragszahlungen an den Sicherungsfonds beträgt die Gesamtverpflichtung zum Bilanzstichtag 10,58 Mio Euro.

Gegenüber einer Immobilienbeteiligungsgesellschaft besteht eine Verpflichtung zu weiteren Einlagen von 0,48 Mio Euro.

Hinweise auf Inanspruchnahmen der Verpflichtungen liegen nicht vor. Aus gesamtwirtschaftlichen Gründen wird auch nicht damit gerechnet.

ANGABEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Gebuchte Bruttobeiträge	2010 EUR	2009 EUR
Selbst abgeschlossenes Geschäft		
Einzelversicherungen	108.976.354,45	96.563.382,82
Kollektivversicherungen	40.944.570,27	25.081.817,62
	149.920.924,72	121.645.200,44
davon		
laufende Beiträge	85.313.372,95	86.176.506,91
Einmalbeiträge	64.607.551,77	35.468.693,53
Gesamt	149.920.924,72	121.645.200,44
Die Beiträge entfallen vollständig auf inländische Versicherungsverträge mit Gewinnbeteiligung. Übernommenes Geschäft	345.425,00	348.563,00
Gesamtes Versicherungsgeschäft	150.266.349,72	121.993.763,44
Hier sind Beiträge für Verträge, bei denen der Versicherungsnehmer das Kapitalrisiko trägt, in Höhe von 1.269.383,69 Euro enthalten.		
Direktgutschrift		
zur Erhöhung der Deckungsrückstellung	0,00	10.311.476,03
für verzinslich angesammelte Überschussanteile	0,00	1.233.570,48
für Sofortgewinn und Bardividende	3.840.359,46	3.790.295,96
Insgesamt	3.840.359,46	15.335.342,47

Der Rückversicherungssaldo gemäß § 51 Abs. 4 Nr. 2 b RechVersV zugunsten der Gesellschaft beträgt 1.577.960,55 Euro (Vorjahr 1.183.775,27 Euro).

Im Berichtsjahr sind außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 277 Abs. 3 HGB in Höhe von 315.700,62 Euro angefallen.

Weitere steuerlich wirksame Maßnahmen zur Beeinflussung des Jahresergebnisses wurden nicht vorgenommen. Die Einkommens- und Ertragssteuern resultieren aus dem ordentlichen Ergebnis des Geschäftsjahres.

Der außerordentliche Aufwand in Höhe von 3.948.468,00 Euro betrifft ausschließlich die Effekte aus der Neuberechnung der Pensions-, Altersteilzeit- und Jubiläumsrückstellung nach dem Bilanzmodernisierungsgesetz. Außerordentliche Erträge liegen nicht vor.

Passive latente Steuern aus dem handels- und steuerlich voneinander abweichenden Wertansatz von Immobilien infolge Übertragung in eine KG wurden mit aktiven latenten Steuern auf die abweichenden Wertansätze der Pensionsrückstellungen verrechnet. Über den Saldierungsbereich hinausgehende aktive Steuerlatenzen werden in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 S. 2 HGB nicht aktiviert.

PERSONELLES

Während des Geschäftsjahres waren in den Fachabteilungen durchschnittlich 46 Mitarbeiter beschäftigt. Weiterhin wurden im Innendienst durchschnittlich 285 Mitarbeiter sowie 51 Auszubildende gemeinsam mit der Öffentlichen Sachversicherung beschäftigt.

Im Außendienst beschäftigte das Unternehmen gemeinsam mit der Öffentlichen Sachversicherung durchschnittlich 68 Mitarbeiter.

Die Gesamtbezüge des Vorstandes des Unternehmens beliefen sich auf 164.155,62 Euro, die ehemaliger Mitglieder des Vorstandes und ihrer Hinterbliebenen auf 89.877,63 Euro.

Für aktive Vorstandsmitglieder wurden Pensionsrückstellungen in Höhe von 297.544,00 Euro und für ehemalige Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebenen in Höhe von 929.100,00 Euro gebildet.

Hypothekenforderungen an Mitglieder des Aufsichtsrates bestanden am 31.12.2010 nicht.

Hypothekenforderungen an Mitglieder des Vorstandes gem. § 285 Abs. 9 Nr. 9 c HGB bestanden am 31.12.2010 nicht.

Vergütungen an die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden in Höhe von 55.722,03 Euro gezahlt.

Die Mitglieder des Vorstandes, des Aufsichtsrates, der Trägerversammlung sowie des Beirates sind auf den Seiten 28 bis 30 genannt.

SONSTIGE ANGABEN

Das Unternehmen wird seit dem Geschäftsjahr 2005 in den Konzernabschluss der „Norddeutschen Landesbank Girozentrale“, Hannover (NORD/LB) einbezogen und ist gemäß § 291 HGB von der Verpflichtung, einen Konzernabschluss und einen Konzernlagebericht aufzustellen, befreit.

Außerbilanzielle Geschäfte oder marktunübliche Geschäfte mit Related Parties wurden nicht getätigt.

Die Anschaffungskosten der Mitarbeiter-Zeitwertkonten betragen 56.938,68 Euro, der Zeitwert von 57.251,49 Euro entspricht dem Erfüllungsbetrag. Aufwendungen und Erträge in Höhe von 312,81 Euro wurden saldiert.

Für die Prüfung des Jahresabschlusses 2010 wurde ein Abschlusshonorar in Höhe von 107.000,00 Euro gezahlt.

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen	2010 TEUR	2009 TEUR
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	4.585	4.224
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0	0
3. Löhne und Gehälter	4.380	4.351
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	739	773
5. Aufwendungen für Altersversorgung	291	439
6. Aufwendungen insgesamt	9.995	9.787

ÜBERSCHUSSVERTEILUNG IN DER LEBENSVERSICHERUNG IM JAHRE 2011*

Im Jahre 2011 werden sämtliche Gewinne aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattungen entnommen. Hier- von ausgenommen sind nur die Gewinne, die zu einer sofortigen Beitragsreduzierung führen (Abschnitt 2 und 4.1). Diese werden als Direktgutschrift fällig.

1. Kapitalbildende Einzel-, Sammel-, Firmen- gruppen- und vermögenswirksame Versiche- rungen

1.1 Versicherungen mit laufender Beitragszah- lung nach Altem Tarif, Tarif 68 und Tarif 87

1.1.1 Laufender Überschussanteil

Für das in 2011 endende Versicherungsjahr wird ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet, der sich wie folgt errechnet:

- a) Zinsgewinn in % des gewinnberechtigten Deckungs-
kapitals, und zwar
 - 1,00 (1,00) % für Versicherungen
mit 3,00 % Rechnungszins bzw.
 - 0,50 (0,50) % für Versicherungen
mit 3,50 % Rechnungszins
zuzüglich
- b) Summengewinn in ‰ der Versicherungssumme,
und zwar für

	Tarif 68 / Alter Tarif	Tarif 87
Versicherungen nach Einzeltarifen (ohne Vermögenswirksame)	2,5 ‰	2,0 ‰
Gruppenversicherungen nach Sondertarifen und Vermögenswirksame	1,5 ‰	1,2 ‰

Die vorstehenden Promillesätze erhöhen sich jeweils um 0,1 ‰ für jedes Jahr, das der Versicherte bei Ver- tragsabschluss versicherungsmathematisch älter als 25 Jahre ist, höchstens um 2,0 ‰.

Zusätzlich werden bei Verträgen für weibliche Versicherte nach Tarif 68 und Altem Tarif bzw. für verbundene Versicherte 0,5 ‰ fällig.

Der laufende Überschussanteil wird jeweils am Ende eines Versicherungsjahres, erstmals am Ende des zweiten Versicherungsjahres, zugeteilt und, soweit nicht Bardividende vereinbart ist, bei Tarif 68 und Tarif 87 als Einmalbeitrag zur Erhöhung der Versicherungssumme (Bonus) verwendet bzw. beim Alten Tarif verzinslich angesammelt.

Der erreichte Bonus bzw. die verzinslich angesammelten Überschussanteile werden bei Fälligkeit der Versiche- rungssumme durch Tod, Heirat oder Ablauf der Versiche- rungsdauer gezahlt; bei sonstiger Vertragsbeendigung – insbesondere auch bei Rückkauf – werden das Deckungskapital des erreichten Bonus bzw. die verzins- lich angesammelten Überschussanteile fällig. Der Bonus ist wie eine beitragsfreie Versicherung selbst gewinn- berechtigt (s. 1.3).

1.1.2 Schlussüberschussanteil inkl. Sockel- beteiligung an Bewertungsreserven

Bei Fälligkeit der Versicherungssumme durch Tod, Heirat oder Ablauf der Versicherungsdauer wird für jedes zurückgelegte beitragspflichtige Versicherungsjahr mit Ausnahme des ersten Versicherungsjahres für Tarif 87 bzw. höchstens der ersten fünf Versicherungsjahre für Tarif 68 ein Schlussüberschussanteil und eine Sockelbe- teiligung gezahlt.

Bei sonstiger Vertragsbeendigung – insbesondere auch bei Rückkauf, soweit mehr als ein Drittel der Versiche- rungsdauer oder mehr als zehn Jahre zurückgelegt sind – wird der jeweilige Barwert fällig.

* In () Vorjahreswerte, falls eine Veränderung eintritt.

Für das am Versicherungsjahrestag 2011 endende Versicherungsjahr gelten für Schlussüberschussanteile incl. Sockelbeteiligung die folgenden Sätze in ‰ der Versicherungssumme:

Alter Tarif	Einzelversicherung Tarif 1	12,0 ‰
	Sonstige Einzelversicherung	9,5 ‰
	Sammelversicherung	6,0 ‰
	Gruppenversicherung	3,5 ‰
Tarif 68 und 87	Für Einzelversicherungen	
	ab 2. Versicherungsjahr	5,0 ‰
	ab 21. Versicherungsjahr	6,0 ‰
	bzw. für Gruppenversicherungen nach Sondertarifen und vermögenswirksame Versicherungen jeweils	1 ‰ weniger

Die Sockelbeteiligung beträgt jeweils 35 % der o. g. Sätze.

1.1.3 Mindestgewinnbeteiligung

Für Versicherungen nach Tarif 68 und Tarif 87 wird ab Versicherungsbeginn bei Fälligkeit der Versicherungssumme durch Tod unter Einbeziehung des erreichten Bonus und der Schlussüberschussanteile ein Gewinnanteil von mindestens 10 % – für versicherte Frauen nach Tarif 68 15 % – der Versicherungssumme gezahlt. Das gilt nicht, wenn Bardividende vereinbart ist und nicht bei Versicherungen mit niedrigen Anfangsbeiträgen (NZ-Tarife).

1.1.4 Zuzahlungsdividende

Soweit zu einer Versicherung mit Zuzahlungsrecht eine freiwillige Zuzahlung geleistet wurde, wird für das ab Versicherungsjahrestag 2011 endende Versicherungsjahr eine Dividende in % der Zuzahlung gewährt und verzinslich angesammelt, und zwar 1,00 (1,00) % bei einem Rechnungszins von 3,00 %, 0,50 (0,50) % bei einem Rechnungszins von 3,50 %.

1.2 Versicherungen mit laufender Beitragszahlung nach Tarif 94, Tarif 2000, Tarif 2004, Tarif 2007 und Tarif 2008

1.2.1 Laufender Überschussanteil

Für das 2011 endende Versicherungsjahr wird ein laufender Überschussanteil zugeteilt:

a) Zinsgewinn in % des gewinnberechtigten Deckungskapitals, und zwar

	Zinsgewinn	Rechnungszins
Tarif 94	0,00 (0,00) %	4,00 %
Tarif 2000	0,75 (0,75) %	3,25 %
Tarif 2004	1,25 (1,25) %	2,75 %
Tarif 2007	1,75 (1,75) %	2,25 %
Tarif 2008	1,75 (1,75) %	2,25 %

b) Summengewinn in ‰ der gewinnberechtigten Versicherungssumme, und zwar 1 ‰ für Tarife 94 und 2000 bzw. 0,5 ‰ für Tarife 2004, 2007 und 2008,

c) Beitragsgewinn in % des gewinnberechtigten Beitrags, und zwar 3,0 % bzw. für die Tarife 2007 und 2008 1,0 % für Einzel- und Sammelversicherungen und 2,0 % bzw. für die Tarife 2007 und 2008 0,0 % für vermögenswirksame Versicherungen sowie Gruppenversicherungen nach Sondertarifen.

Der Beitragsgewinn gemäß c) kann ab Vertragsbeginn mit der zu zahlenden Rate verrechnet werden. Sonst wird er wie die Gewinnanteile gemäß a) und b), die jeweils am Ende eines Versicherungsjahres, erstmals am Ende des 2. Versicherungsjahres, für den Tarif 2008 am Ende des 1. Versicherungsjahres, zugeteilt werden, zur Erhöhung der Versicherungsleistung (Bonus) verwendet. Es kann auch der Barbezug der Gewinnanteile vereinbart werden.

Bei der Überschussverwendung Bonus wird der erreichte Bonus bei Fälligkeit der Versicherungssumme durch Tod oder Ablauf der Versicherungsdauer gezahlt. Bei der Überschussverwendung Erlebensfallbonus wird der erreichte Erlebensfallbonus bei Ablauf der Versicherungsdauer gezahlt. Bei sonstiger Vertragsbeendigung – insbesondere auch bei Rückkauf – wird das Deckungskapital des erreichten (Erlebensfall-)Bonus fällig.

Der (Erlebensfall-) Bonus ist wie eine beitragsfreie Versicherung selbst – bei Erlebensfallbonus jedoch ohne Summengewinn – gewinnberechtigt (s. 1.3).

1.2.2 Schlussüberschussanteil inkl. Sockelbeteiligung an Bewertungsreserven

Bei Fälligkeit der Versicherung durch Tod oder Ablauf der Versicherungsdauer wird für jedes zurückgelegte beitragspflichtige Versicherungsjahr, mit Ausnahme des 1. Versicherungsjahres und der flexiblen Ablaufphase, ein Schlussüberschussanteil und eine Sockelbeteiligung in ‰ der jeweiligen Versicherungssumme gezahlt. Bei sonstiger Vertragsbeendigung – insbesondere auch bei Rückkauf, soweit mehr als ein Drittel der Versicherungsdauer oder mehr als zehn Versicherungsjahre zurückgelegt sind – werden die nach versicherungsmathematischen Grundsätzen reduzierten Anteile fällig.

Der Schlussüberschussanteilssatz inkl. Sockelbeteiligung beträgt ab vollendetem 2. Versicherungsjahr bei

Schlussüberschuss und Sockelbeteiligung	
Tarif 94	4,00 ‰
Tarif 2000	4,00 ‰
Tarif 2004	4,00 ‰
Tarif 2007	6,00 ‰

Die Sockelbeteiligung für diese Tarife beträgt jeweils 35 % der o. g. Sätze.

Für Tarif 2008 beträgt der Schlussüberschuss 6,00 ‰. Die Sockelbeteiligung für Tarif 2008 wird unter Punkt 1.4 beschrieben.

Für vermögensbildende Versicherungen sowie für den Gruppensondertarif dieser Tarife beträgt der Schlussüberschuss jeweils 1-‰-Punkt weniger.

Zusätzlich wird bei Ablauf der Versicherung für jedes zurückgelegte beitragspflichtige Versicherungsjahr, mit Ausnahme des 1. Versicherungsjahres und der flexiblen Ablaufphase, ein Schlussüberschussanteil und eine weitere Sockelbeteiligung in ‰ der jeweiligen Versicherungssumme gezahlt. Bei Tod, Heirat und sonstiger Vertragsbeendigung werden die nach versicherungsmathematischen Grundsätzen reduzierten Anteile fällig. Der Anteilsatz für beide Komponenten in Summe beträgt ab vollendetem 2. Versicherungsjahr

	Dauer	
	<20 Jahre	ab 20 Jahre
Tarif 94	2 ‰	4 ‰
Tarif 2000	3 ‰	6 ‰
Tarif 2004	4 ‰	8 ‰
Tarif 2007	4 ‰	8 ‰

Die Sockelbeteiligung für diese Tarife beträgt jeweils 35 % der o. g. Sätze.

Für Tarif 2008 beträgt der Schlussüberschuss 4,00 ‰ für Dauern bis 20 Jahre und 8 ‰ für Dauern ab 20 Jahre. Die Sockelbeteiligung für Tarif 2008 wird unter Punkt 1.4 beschrieben.

Für Versicherungen mit Bardividende bzw. mit niedrigen Anfangsbeiträgen (NZ-Tarife) sowie vermögenswirksame Versicherungen gelten die halben Sätze.

Bei Tarifen mit unterschiedlicher Todes- und Erlebensfallsumme beziehen sich diese Angaben auf die Erlebensfallsumme.

1.2.3 Mindestgewinnbeteiligung

Ab Versicherungsbeginn wird für beitragspflichtige Versicherungen bei allen Tarifen außer bei den Tarifen 2007 und 2008 bei Fälligkeit der Versicherungssumme durch Tod unter Einbeziehung des erreichten Bonus und der Schlussüberschussanteile ein Gewinnanteil von mindestens 10 % der Versicherungssumme gezahlt. Das gilt nicht, falls Bardividende vereinbart ist sowie für Versicherungen mit niedrigen Anfangsbeiträgen (NZ-Tarife), Versicherungen mit unterschiedlicher Todes- und Erlebensfallsumme, Termfix- und Heiratsversicherungen (Tarife 3 und 3 T) oder wenn Erlebensfallbonus vereinbart ist.

1.3 Versicherungen mit einmaliger Beitragszahlung und beitragsfreie Versicherungen durch Umwandlung oder Tarif

Für das in 2011 endende Versicherungsjahr wird ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet, der sich wie folgt errechnet:

- a) Zinsgewinn in % des gewinnberechtigten Deckungskapitals, und zwar

	Zinsgewinn	Rechnungszins
Alter Tarif	1,00 (1,00) %	3,00 %
Tarif 68	1,00 (1,00) %	3,00 %
Tarif 87	0,50 (0,50) %	3,50 %
Tarif 94	0,00 (0,00) %	4,00 %
Tarif 2000	0,75 (0,75) %	3,25 %
Tarif 2004	1,25 (1,25) %	2,75 %
Tarif 2007	1,75 (1,75) %	2,25 %
Tarif 2008	1,75 (1,75) %	2,25 %

zuzüglich

- b) Summengewinn in ‰ der Versicherungssumme, und zwar

	Summengewinn
Alter Tarif	1,50 ‰
Tarif 68	1,50 ‰
Tarif 87	1,25 ‰
Tarif 94	1,00 ‰
Tarif 2000	1,00 ‰
Tarif 2004	0,50 ‰
Tarif 2007	0,50 ‰
Tarif 2008	0,50 ‰

Der Summengewinn wird aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (Vorjahr Direktgutschrift) fällig. Der laufende Überschussanteil wird jeweils am Ende eines Versicherungsjahres, erstmals am Ende des ersten beitragsfreien Versicherungsjahres, zugeteilt und bei Tarif 68, Tarif 87, Tarif 94, Tarif 2000, Tarif 2004, Tarif 2007 und Tarif 2008 als Einmalbeitrag zur Erhöhung der Versicherungssumme (Bonus) verwendet bzw. beim Alten Tarif verzinslich angesammelt. Der Bonus selbst ist wieder gewinnberechtigt.

Der erreichte Bonus bzw. das verzinslich angesammelte Gewinn Guthaben werden im Leistungsfall wie unter 1.1.1 bzw. 1.2.1 beschrieben fällig.

1.4 Sockelbeteiligung (nur Tarif 2008)

Bei Beendigung des Vertrages wird die deklarierte Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven zugeteilt und zur Erhöhung der Versicherungsleistung bzw. des Rückkaufswertes verwendet. Die Bemessungsgröße hierfür ist der, mit 4,5 % abgezinste, garantierte Rückkaufswert zum Termin der Vertragsbeendigung multipliziert mit den zurückgelegten Versicherungsjahren. Für Verträge, die in 2011 beendet werden, werden 0,1 % auf die Bemessungsgröße gezahlt.

1.5 Zuzahlungen

Zuzahlungen werden zur Summenerhöhung verwendet und dadurch gemäß der Festlegungen der Grundversicherung behandelt.

2. Risikoversicherungen

2.1 Risiko-(Umtausch-)Versicherungen mit gleich bleibender Versicherungssumme

2.1.1 Versicherungen nach Tarif 68

Bei Versicherungen mit Sofortgewinn werden für das 2011 endende Versicherungsjahr 40 % des gewinnberechtigten Jahresbeitrages als Bardividende aus Direktgutschrift, die ausschließlich zur Verrechnung mit den Beiträgen herangezogen wird, gezahlt.

Für Versicherungen, die im 2011 endenden Versicherungsjahr durch Tod enden, wird zusätzlich ein Todesfallbonus bei männlichen Versicherten von 30 % bzw. bei weiblichen Versicherten von 50 % der fälligen Versicherungssumme gezahlt.

2.1.2 Versicherungen nach Tarif 87

Für das 2011 endende Versicherungsjahr werden 40 % des gewinnberechtigten Jahresbeitrages als Sofortgewinn aus Direktgutschrift, der ausschließlich zur Verrechnung mit den Beiträgen herangezogen wird, gezahlt. Zusätzlich wird für Versicherungen, die im 2011 endenden Versicherungsjahr durch Tod enden, ein Todesfallbonus von 20 % der fälligen Versicherungssumme gezahlt.

Alternativ zum Sofortgewinn kann die Gewinnverwendung Todesfallbonus gewählt werden. Für Versicherungen, die im 2011 endenden Versicherungsjahr durch Tod enden, wird ein Todesfallbonus von 150 % der fälligen Versicherungssumme gezahlt.

2.1.3 Versicherungen nach Tarif 94, Tarif 2000, Tarif 2004, Tarif 2007 und Tarif 2008

Für das 2011 endende Versicherungsjahr werden 40 % des gewinnberechtigten Jahresbeitrages als Sofortgewinn aus Direktgutschrift, der ausschließlich zur Verrechnung mit den Beiträgen herangezogen wird, gezahlt.

Alternativ zum Sofortgewinn kann die Gewinnverwendung Todesfallbonus gewählt werden. Für Versicherungen, die im 2011 endenden Versicherungsjahr durch Tod enden, wird ein Todesfallbonus von 150 % der fälligen Versicherungssumme gezahlt.

2.2 Risikoversicherungen mit linear fallender Versicherungssumme

2.2.1 Versicherungen nach Tarif 68

Versicherungen mit Beginn ab 01.01.1985, die im 2011 endenden Versicherungsjahr durch Tod enden, erhalten einen Todesfallbonus von 150 % bzw., falls es sich um weibliche Versicherte handelt, von 170 % der fälligen Versicherungssumme.

2.2.2 Versicherungen nach Tarif 87

Versicherungen, die im 2011 endenden Versicherungsjahr durch Tod enden, erhalten einen Todesfallbonus von 150 % der fälligen Versicherungssumme.

2.2.3 Versicherungen nach Tarif 94, Tarif 2000, Tarif 2004, Tarif 2007 und Tarif 2008

Versicherungen, die im 2011 endenden Versicherungsjahr durch Tod enden, erhalten einen Todesfallbonus von 150 % der fälligen Versicherungssumme.

2.3 Bausparrisikoversicherungen

Für das 2011 endende Versicherungsjahr werden 35 % des gewinnberechtigten Jahresbeitrages als Sofortgewinn, der ausschließlich zur Verrechnung mit den Beiträgen herangezogen wird, gezahlt.

3. Kreditlebensversicherungen

Versicherungen, die im 2011 endenden Versicherungsjahr durch Tod enden, erhalten einen Todesfallbonus von 80 % der fälligen Versicherungssumme.

4. Zusatzversicherungen

4.1 Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen

4.1.1 Versicherungen nach Altem Tarif

Für das in 2011 endende beitragspflichtige Versicherungsjahr wird eine Dividende aus Direktgutschrift in Höhe von 30 % des gewinnberechtigten Zusatzbeitrages gewährt, die verzinslich angesammelt wird.

Auf die ab Versicherungsjahrestag 2011 fällig werdende Rente wird eine Zusatzrente gewährt, soweit mindestens ein Rentenbezugsjahr vollendet ist.

4.1.2 Versicherungen nach Tarif 87, Tarif 2000, Tarif 2004, Tarif 2007 und Tarif 2008

Für das 2011 endende Versicherungsjahr werden Sofortgewinne aus Direktgutschrift, die ausschließlich zur Verrechnung mit den Beiträgen herangezogen wird, gezahlt. Die Sätze, bezogen auf den gewinnberechtigten Jahresbeitrag, lauten:

	Sofortgewinn
Tarif 87	30,0 %
Tarif 94	30,0 %
Tarif 2000	32,5 %
Tarif 2004	32,5 %
Tarif 2007	35,0 %
Tarif 2008	35,0 %

Versicherungen im Leistungsbezug erhalten für das in 2011 endende Versicherungsjahr ab dem Versicherungsjahrestag eine Rentenanpassung um

	Anpassung	Rechnungszins
Tarif 87	0,25 (0,25) %	3,50 %
Tarif 94	0,25 (0,25) %	3,50 %
Tarif 2000	0,75 (0,75) %	3,25 %
Tarif 2004	1,25 (1,25) %	2,75 %
Tarif 2007	1,75 (1,75) %	2,25 %
Tarif 2008	1,75 (1,75) %	2,25 %

soweit mindestens ein Rentenbezugsjahr vollendet ist.

5. Rentenversicherungen

5.1 Rentenversicherungen nach Altem Tarif

5.1.1 Vor Beginn der Rentenzahlung

Am Ende eines Versicherungsjahres, für beitragspflichtige Versicherungen erstmalig am Ende des zweiten Versicherungsjahres bzw. für beitragsfreie Versicherungen erstmalig am Ende des ersten beitragsfreien Versicherungsjahres, wird eine Zinsdividende in % des gewinnberechtigten Deckungskapitals zugeteilt und verzinslich angesammelt.

Für das in 2011 endende Versicherungsjahr beträgt diese Dividende 1,00 (1,00) %. Die angesammelten Dividenden werden bei Rentenbeginn zur Erhöhung der tarifmäßig versicherten Rentenleistung verwendet.

5.1.2 Nach Beginn der Rentenzahlung

Auf die ab Versicherungsjahrestag 2011 fällig werdenden Renten wird eine Zusatzrente von 0,75 (0,75) % gewährt.

Aufgrund der Beteiligung an Bewertungsreserven wird eine weitere Zusatzrente in Höhe von 0,40 (0,00) % fällig.

5.2 Rentenversicherungen nach Tarif 87

5.2.1 Vor Beginn der Rentenzahlung

5.2.1.1 Laufender Überschussanteil

Für das in 2011 endende Versicherungsjahr wird ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet, der sich wie folgt errechnet:

- Zinsgewinn von 0,50 (0,50) % des gewinnberechtigten Deckungskapitals sowie
- Grundgewinn in Höhe von 0,25 % der versicherten Jahresrente

Der laufende Überschussanteil wird jeweils am Ende eines Versicherungsjahres, erstmals am Ende des ersten Versicherungsjahres, zugeteilt und als Einmalbetrag für eine zusätzliche Rente (Bonusrente) verwendet, die wie die vertragliche Rente fällig wird. Die Bonusrente ist wie eine beitragsfreie Versicherung gewinnberechtigt.

5.2.1.2 Schlussüberschussanteil incl. Sockelbeteiligung an Bewertungsreserven

Bei Tod bzw. Ablauf der Aufschubzeit wird ein Schlussüberschussanteil und Sockelbeteiligung in Höhe von zusammen 2 % der Jahresrente für jedes beitragspflichtige zurückgelegte Versicherungsjahr gewährt. Die Sockelbeteiligung beträgt 35 % des o. g. Anteilsatzes. Die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung ergeben zu Beginn der Rentenzahlung eine Zusatzrente. Bei Rückkauf wird, soweit mehr als 10 Jahre zurückgelegt sind, der jeweilige Barwert fällig.

5.2.2 Nach Beginn der Rentenzahlung

Versicherungen im Rentenbezug erhalten für das in 2011 endende Versicherungsjahr als laufenden Überschussanteil einen Zinsgewinn von 0,25 (0,25) % des gewinnberechtigten Deckungskapitals.

Aufgrund der Beteiligung an Bewertungsreserven wird ein weiterer Zinsgewinn in Höhe von 0,40 (0,00) % fällig.

Der Zinsüberschussanteil wird jeweils am Ende eines Versicherungsjahres, erstmals am Ende des ersten Rentenbezugsjahres, zugeteilt und zur Finanzierung einer Bonusrente verwendet.

5.2.3

Für Zusatzversicherungen nach den Tarifen WIZ und WAZ wird mit Ausnahme der Schlussdividende analog zur Hauptversicherung verfahren.

5.3 Rentenversicherungen nach Tarif 94, Tarif 2000, Tarif 2004, Tarif 2005, Tarif 2007 und Tarif 2008

5.3.1 Vor Beginn der Rentenzahlung

5.3.1.1 Laufender Überschussanteil

Für das in 2011 endende Versicherungsjahr wird ein laufender Überschussanteil zugeteilt:

- a) Zinsgewinn in % des gewinnberechtigten Deckungskapitals, und zwar

	Zinsgewinn	Rechnungszins
Tarif 94	0,00 (0,00) %	4,00 %
Tarif 2000	0,75 (0,75) %	3,25 %
Tarif 2004	1,25 (1,25) %	2,75 %
Tarif 2005	1,25 (1,25) %	2,75 %
Tarif 2007	1,75 (1,75) %	2,25 %
Tarif 2008	1,75 (1,75) %	2,25 %

Für im Jahr 2011 beginnende Versicherungen gegen Einmalbeitrag gilt der Zinsgewinn vorbehaltlich einer Kapitalmarkt bedingten Neufestsetzung.

- b) Grundgewinn in Höhe von 0,10 % der versicherten Jahresrente für Tarif 94, Tarif 2000, Tarif 2004 und Tarif 2005 bzw. bei Tarif 2007 und Tarif 2008 0,10 % der garantierten Kapitalabfindung.
- c) Bei Tarif 94, Tarif 2000, Tarif 2004 und Tarif 2005 erhalten Versicherungen mit laufender Beitragszahlung einen Beitragsgewinn in Höhe von 3 % des gewinnberechtigten Beitrags bzw. 2 % bei Rentenversicherungen nach Gruppensondertarifen. Bei Tarif 2007 und Tarif 2008 erhalten Versicherungen mit laufender Beitragszahlung einen Beitragsgewinn in Höhe von 1 % des gewinnberechtigten Beitrags bzw. 0 % bei Rentenversicherungen nach Gruppensondertarifen.

Der Beitragsgewinn wird wie die Gewinnanteile gemäß a) und b), die jeweils am Ende eines Versicherungsjahres, erstmals am Ende des ersten Versicherungsjahres, zugeteilt werden, als Einmalbetrag für eine zusätzliche Rente (Bonusrente) verwendet, oder verzinslich angesammelt. Die Bonusrente ist wie eine beitragsfreie Versicherung gewinnberechtigt.

5.3.1.2 Schlussüberschussanteil incl. Sockelbeteiligung an Bewertungsreserven

Bei Tod bzw. Ablauf der Aufschubzeit wird für jedes beitragspflichtige zurückgelegte Versicherungsjahr ein Schlussüberschussanteil und eine Sockelbeteiligung in % der genannten Bezugsgröße gezahlt. Die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung ergeben zu Beginn der Rentenzahlung eine Zusatzrente. Bei Rückkauf wird, soweit mehr als 10 Jahre zurückgelegt sind, der jeweilige Barwert fällig.

	Schlussüberschuss und Sockelbeteiligung	Bezugsgröße
Tarif 94	4,0 %	Gar. Rente
Tarif 2000	5,0 %	Gar. Rente
Tarif 2004	6,0 %	Gar. Rente
Tarif 2005	6,0 %	Gar. Rente
Tarif 2007	0,4 %	Gar. Kapitalabfindung

Für den Gruppensondertarif verringert sich der Satz für den Schlussüberschussanteil um 1 bzw. 0,1 %-Punkt.

Die Sockelbeteiligung für diese Tarife beträgt jeweils 35 % der o. g. Sätze.

Für Tarif 2008 beträgt der Schlussüberschuss 0,4 % der garantierten Kapitalabfindung. Die Sockelbeteiligung für Tarif 2008 wird unter Punkt 5.3.4 beschrieben.

Zusätzlich wird bei Ablauf der Versicherung für jedes zurückgelegte beitragspflichtige Versicherungsjahr, nur

bei Tarif 94 maximal für 20 Versicherungsjahre, ein Erlebensfall-Schlussüberschussanteil und eine weitere Sockelbeteiligung gezahlt. Die Schlussüberschussanteile und die Sockelbeteiligung ergeben zu Beginn der Rentenzahlung eine Zusatzrente. Bei Tod oder Rückkauf werden die nach versicherungsmathematischen Grundsätzen reduzierten Anteile fällig.

	Erlebensfall-Schlussüberschuss und Sockelbeteiligung	Bezugsgröße
Tarif 94	8,0 %	Gar. Rente
Tarif 2000	10,0 %	Gar. Rente
Tarif 2004	12,0 %	Gar. Rente
Tarif 2005	14,0 %	Gar. Rente
Tarif 2007	0,9 %	Gar. Kapitalabfindung

Für Versicherungen mit Bardividende gilt der halbe Satz. Die Sockelbeteiligung für diese Tarife beträgt jeweils 35 % der o. g. Sätze.

Für Tarif 2008 beträgt der Erlebensfall-Schlussüberschuss 0,9 % der garantierten Kapitalabfindung. Die Sockelbeteiligung für Tarif 2008 wird unter Punkt 5.3.4 beschrieben.

Abweichend zu obiger Regelung gilt für die BasisRente folgende Regelung:

Zum Zeitpunkt des Übergangs in die Rentenzahlung wird für jedes beitragspflichtige zurückgelegte Versicherungsjahr ein Schlussüberschussanteil und eine Sockelbeteiligung gezahlt. Diese ergeben zu Beginn der Rentenzahlung eine Zusatzrente.

	Schlussüberschuss und Sockelbeteiligung	Bezugsgröße
Tarif 2005	20,0 %	Gar. Rente
Tarif 2007	1,3 %	Gar. Kapitalabfindung

Die Sockelbeteiligung für diese Tarife beträgt jeweils 35 % der o. g. Sätze.

Für Tarif 2008 beträgt der Schlussüberschuss 1,3 % der garantierten Kapitalabfindung. Die Sockelbeteiligung für Tarif 2008 wird unter Punkt 5.3.4 beschrieben.

5.3.2 Nach Beginn der Rentenzahlung

Versicherungen im Rentenbezug erhalten für das in 2011 endende Versicherungsjahr als laufenden Überschussanteil einen Zinsgewinn analog 5.3.1.1 a) in % des gewinnberechtigten Deckungskapitals.

Aufgrund der Beteiligung an Bewertungsreserven wird eine weiterer Zinsgewinn in Höhe von 0,40 (0,00) % fällig.

Für in 2011 endenden Versicherungen gegen Einmalbeitrag gilt der Zinsgewinn vorbehaltlich einer kapitalmarktbedingten Neufestsetzung.

Der Zinsüberschussanteil wird jeweils am Ende eines Versicherungsjahres, erstmals am Ende des ersten Rentenbezugsjahres, zugeteilt und zur Finanzierung einer Bonusrente verwendet.

5.3.3

Für Zusatzversicherungen nach den Tarifen WIZ und WAZ wird mit Ausnahme der Schlussdividende und der Sockelbeteiligung analog zur Hauptversicherung verfahren.

5.3.4 Sockelbeteiligung (nur Tarif 2008)

Bei Beendigung des Vertrages oder spätestens bei Rentenübergang wird die deklarierte Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven zugeteilt und zur Erhöhung der Versicherungsleistung bzw. des Rückkaufswertes verwendet. Die Bemessungsgröße hierfür ist der, mit 4,5 % abgezinste, garantierte Rückkaufswert zum

Termin der Vertragsbeendigung multipliziert mit den zurückgelegten Versicherungsjahren. Für Verträge, die in 2011 beendet bzw. verrentet werden, werden 0,1 % auf die Bemessungsgröße gezahlt.

5.3.5 Zuzahlungen

Zuzahlungen werden zur Summenerhöhung verwendet und dadurch gemäß der Festlegungen der Grundversicherung behandelt.

6. Fondsgebundene Lebens- und Rentenversicherungen nach Tarif 2000 , Tarif 2004, Tarif 2005, Tarif 2007 und nach Tarif 2008

6.1 Laufender Überschussanteil

Für das 2011 endende Versicherungsjahr wird ein laufender Überschussanteil zu Beginn eines jeden Versicherungsmonats ausgeschüttet:

- a) Risikogewinn in Höhe von 40 % des monatlichen Risikobeitrags für das gegebenenfalls eingeschlossene Todesfallrisiko bzw. 30 % für das gegebenenfalls eingeschlossene Berufsunfähigkeitsrisiko.
- b) Kostengewinn in Höhe von 1,00 % auf ein Zwölftel des jährlichen Beitragsaufkommens.

Die laufenden Überschussanteile werden monatlich dem Fondsguthaben zugeführt.

6.2 Nach Beginn der Rentenzahlung

Ab dem Rentenbeginn wird der Vertrag analog einer klassischen Rentenversicherung geführt. Es gelten daher auch die Ausführungen unter 5.3.2.

6.3 Zuzahlungen

Zuzahlungen werden zur Summenerhöhung verwendet und dadurch gemäß der Festlegungen der Grundversicherung behandelt.

7. **PrämienRente und PrämienRente Invest nach Tarif 2000, Tarif 2004, Tarif 2005, Tarif 2006, Tarif 2007 und nach Tarif 2008**

7.1 **Vor Beginn der Rentenzahlung**

7.1.1 **Laufender Überschussanteil**

Zum Ende des Kalenderjahres 2011 wird ein Zinsüberschuss von

	Zinsgewinn	Rechnungszins
Tarif 2000	0,75 (0,75) %	3,25 %
Tarif 2004	1,25 (1,25) %	2,75 %
Tarif 2005	1,25 (1,25) %	2,75 %
Tarif 2006	1,25 (1,25) %	2,75 %
Tarif 2007	1,75 (1,75) %	2,25 %
Tarif 2008	1,75 (1,75) %	2,25 %

des gewinnberechtigten Kapitals aus der Beitragszahlung zugeteilt. Weiterhin wird ein Kostenüberschuss von 0,18 % bzw. bei den Tarifen 2007 und 2008 0,012 % der gewinnberechtigten Beitragssumme, jedoch erst ab dem 4. Jahr, zugeteilt und verzinslich angesammelt bzw. dem Fondsguthaben zugeführt.

7.1.2 **Schlussüberschussanteil inkl. Sockelbeteiligung an Bewertungsreserven**

Bei der PrämienRente besteht in der Abrufphase ein Anspruch auf Schlussüberschussanteile und Sockelbeteiligung in Höhe von 18,00 % der verzinslichen Ansammlung.

Bei der PrämienRente Invest besteht während der Abrufphase ein Anspruch auf Schlussüberschussanteile und Sockelbeteiligung in Höhe von 6 % des Fondsguthabens.

Der Schlussüberschussanteil ergibt bei Rentenbeginn eine zusätzliche Rente.

Für Tarife vor 2008 beträgt die Sockelbeteiligung jeweils 35 % der o. g. Sätze.

Für Tarif 2008 gilt der o. g. Anteilssatz nur für diesen Schlussüberschuss. Die Sockelbeteiligung hierfür wird unter Punkt 7.1.3 beschrieben.

7.1.3 **Sockelbeteiligung (nur Tarif 2008)**

Bei Beendigung des Vertrages oder bei Rentenübergang wird die deklarierte Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven zugeteilt und zur Erhöhung der Versicherungsleistung bzw. des Rückkaufwertes verwendet. Die Bemessungsgröße hierfür ist der mit 4,5 % abgezinste, garantierte Rückkaufwert zum Termin der Vertragsbeendigung multipliziert mit den zurückgelegten Versicherungsjahren. Für Verträge, die in 2011 beendet bzw. verrentet werden, werden 0,1 % auf die Bemessungsgröße gezahlt.

7.2 **Nach Beginn der Rentenzahlung**

Versicherungen im Rentenbezug erhalten für das in 2011 endende Versicherungsjahr als laufenden Überschussanteil einen Zinsgewinn analog 7.1.1 in % des gewinnberechtigten Deckungskapitals.

Aufgrund der Beteiligung an Bewertungsreserven wird eine weiterer Zinsgewinn in Höhe von 0,40 (0,00) % fällig.

Der Zinsüberschussanteil wird jeweils am Anfang eines Versicherungsjahres zugeteilt und zur Finanzierung einer Bonusrente verwendet.

8. **BerufsunfähigkeitsRente Tarif 2007 und Tarif 2008**

Für das 2011 endende Versicherungsjahr erhalten die Verträge einen Sofortgewinn von 37,5 % des gewinnberechtigten Jahresbeitrages aus Direktgutschrift, der ausschließlich zur Verrechnung mit den Beiträgen herangezogen wird.

9. **Ansammlungszinssatz**

Bei Versicherungen mit verzinslicher Ansammlung der Dividenden wird das Ansammlungsguthaben für das in 2011 endende Versicherungsjahr mit insgesamt 3,75 (3,75) % – geschäftsplanmäßiger Rechnungszins und Ansammlungsüberschuss – verzinst.

10. **Bewertungsreserven**

Gemäß des neuen Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) müssen ab dem 01.01.2008 alle anspruchsberechtigten Verträge an den Bewertungsreserven (BWR) des Unternehmens beteiligt werden.

Die Bewertungsreserven werden per jedem Monatsletzten ermittelt und zu 50 % auf alle anspruchsberechtigten Verträge rechnerisch verteilt. Um die Abwicklung zu gewährleisten, gelten diese BWR immer für die

Vertragsbeendigungen bzw. Rentenübergänge zum 1. des übernächsten Monats, sprich einen Monat und einen Tag später.

Die Verteilung der BWR auf die Verträge erfolgt nach dem vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. vorgeschlagenen Verfahren.

Um eine gleichmäßigere Beteiligung zu gewährleisten, wird bei kapitalbildenden Verträgen eine Sockelbeteiligung gezahlt. Diese ist jeweils beim entsprechenden Tarif deklariert und wird auch ausgeschüttet, wenn sonst zu diesem Termin keine BWR vorhanden wäre. Sollte ein möglicher Anteil der BWR zu diesem Termin höher als die Sockelbeteiligung sein, wird der übersteigende Teil ebenfalls ausgezahlt.

Braunschweig, 10. März 2011

**Öffentliche Lebensversicherung
Braunschweig**

Der Vorstand

Doering

Dr. Höddinghaus

Maywald

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Öffentlichen Lebensversicherung Braunschweig, Braunschweig, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen in der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der

Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hannover, 18. März 2011

PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

André Bödeker
Wirtschaftsprüfer

Sören Kreißl
Wirtschaftsprüfer

In kontinuierlicher Arbeit hat der Aufsichtsrat die Geschäftsführung des Vorstandes während des Berichtsjahres entsprechend der ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben aufgrund regelmäßiger Berichterstattung überwacht. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. In seinen Sitzungen ist er umfassend über die Geschäftslage und die Geschäftsentwicklung der Öffentlichen Lebensversicherung Braunschweig unterrichtet worden. Der Aufsichtsrat befasste sich dabei sowohl mit der Geschäftslage im Berichtsjahr, als auch mit der Planung für das Jahr 2011 und der Mehrjahresplanung für die Jahre 2012 bis 2015. Dabei wurde über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens quartalsweise schriftlich vom Vorstand berichtet. Gegenstand der Berichterstattung und Überwachung durch den Aufsichtsrat war insbesondere die Entwicklung der Risikoauslastung speziell vor dem Hintergrund der weiteren Auswirkungen der Finanzmarktkrise. Darüber hinaus hat sich der Aufsichtsrat insbesondere mit der Geschäftsstrategie und den veränderten aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme befasst.

Der Aufsichtsrat hat einen Arbeitsausschuss gebildet, der sich neben Personalfragen mit grundsätzlichen strategischen Themen, der Kapitalanlagestrategie und den Risikoberichten befasst.

Der Aufsichtsrat, vertreten durch den Aufsichtsratsvorsitzenden, hat den Prüfungsauftrag in analoger Anwendung von § 111 Abs. 2 Aktiengesetz an die PriceWaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, erteilt. Nach Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Öffentlichen Lebensversicherung Braunschweig hat der Abschlussprüfer den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrates haben rechtzeitig vor der Bilanzsitzung den Jahresabschluss nebst Lagebericht und den Bericht des Wirtschaftsprüfers erhalten. Die Abschlussprüfer nahmen an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrates teil, berichteten über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung und beantworteten die Fragen der Mitglieder. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung billigte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss, stellte ihn in der vorgelegten Form fest und legt der Trägerversammlung den festgestellten Jahresabschluss zur Bestätigung vor. Der Aufsichtsrat billigt den Vorschlag des Vorstandes zur Trägerkapitalverzinsung und legt ihn der Trägerversammlung zur Bestätigung vor. Der Aufsichtsrat empfiehlt der Trägerversammlung, dem Vorstand Entlastung zu erteilen.

Der Aufsichtsrat dankt den Vorstandsmitgliedern sowie allen Mitarbeitern der Öffentlichen Versicherung Braunschweig für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Braunschweig, 19. Mai 2011

Der Aufsichtsrat

Schulz
Vorsitzender

Die Trägerversammlung ist vom Vorstand der Öffentlichen Lebensversicherung Braunschweig umfassend über die Geschäftslage und die Geschäftsentwicklung des Unternehmens unterrichtet worden. Sie hat den vom Aufsichtsrat festgestellten Jahresabschluss 2010 daraufhin bestätigt und dem Vorstand sowie dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt.

Die Gewinnverwendung wurde gemäß dem Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat wie folgt beschlossen:

Der nach Einstellung von 2.250.000,00 Euro in die Sicherheitsrücklage verbleibende Bilanzgewinn von 68.420,00 Euro wird im Verhältnis der Kapitalanteile an die Kapitalträger ausgeschüttet.

Die Trägerversammlung dankt dem Vorstand und dem Aufsichtsrat sowie allen Mitarbeitern der Öffentlichen Versicherung Braunschweig für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Braunschweig, 25. Mai 2011

Die Trägerversammlung

Böckmann
Vorsitzender

Versicherungszweige und -arten

Die Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig betrieb im Berichtsjahr folgende Versicherungszweige:

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft

Lebensversicherung

- Einzelkapitalversicherung (einschließlich Gruppenkapitalversicherung nach Einzeltarifen)
- Vermögensbildungsversicherung
- Einzelrenten- und Pensionsversicherung (einschließlich Gruppenversicherung nach Einzeltarifen)
- Gruppenlebensversicherung (nach Sondertarifen)
- Zusatzversicherung
- Lebensversicherung, bei der das Anlagerisiko vom Versicherungsnehmer getragen wird

In Rückdeckung übernommenes

Versicherungsgeschäft

- Lebensversicherung

Zugehörigkeit zu Verbänden und ähnlichen Einrichtungen

- Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V., Berlin
- Verband öffentlicher Versicherer, Berlin und Düsseldorf
- Wiesbadener Vereinigung, Köln

Öffentliche Sachversicherung Braunschweig

87. GESCHÄFTSJAHR

WIRTSCHAFTLICHES UMFELD

Gesamtkonjunktur

Die weltweite Wirtschaft hat sich im 2. Halbjahr 2010 weiter erholt. Der weltweite Konjunkturverlauf konnte sich seit Jahresbeginn festigen. Der Welthandel erholte sich ebenfalls schneller als erwartet. Auch weitere Indikatoren wie die Entwicklung der Rohstoff- und Ölpreise sowie die Entwicklung an den Aktienmärkten deuten auf eine positive Entwicklung nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise hin. Die wirtschaftliche Erholung verlief dabei in den Industrienationen im Vergleich zu den großen Schwellenländern zu Jahresbeginn etwas zögerlicher, die Dynamik wie vor der Krise konnte überwiegend noch nicht erreicht werden.

Die konjunkturelle Entwicklung wird nach wie vor durch Maßnahmen der Wirtschaftspolitik gestützt, insbesondere durch die Konjunkturprogramme und die Niedrigzinspolitik der Notenbanken. Auch die Stabilisierung des Bankensektors hängt vielfach noch an entsprechenden Maßnahmen der Wirtschaftspolitik.

Für das Jahr 2010 wird für die Bundesrepublik Deutschland mit einem Wachstum des BIP von gut 3,5 % gerechnet. Der Verbraucherpreisindex im Dezember lag nach Angaben des Statistischen Bundesamtes um 1,7 % über dem Vorjahresmonat. Die Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland ist von Unsicherheiten geprägt, sodass aktuell noch nicht von einer gesicherten und nachhaltigen Erholung gesprochen werden kann.

Die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes in 2010 kann vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise als positiv angesehen werden.

Entwicklungen der Kapitalmärkte

Die Kapitalmärkte bewegten sich 2010 im Spannungsfeld zwischen global positiven Konjunktur- und Unternehmensdaten auf der einen Seite sowie Belastungen aus der EU-Schuldenkrise auf der anderen Seite.

Die weltweiten Aktienindizes erzielten 2010 in Euro gerechnet eine sehr gute Wertsteigerung von +19,5 %. Dabei lagen die Regionen Nordamerika und Asien/Pazifik mit +23,3 % bzw. +24,0 % bei den entwickelten Märkten vorne. Die Emerging-Markets-Aktien legten um +27,1 % zu. Aktien im Euroraum konnten dagegen nur eine durchschnittliche Performance von 3,3 % erzielen. Gezogen von der „Konjunkturlokomotive Deutschland“ stach der deutsche Leitindex Dax mit einer Jahresentwicklung von +16,1 % hervor. Die Konjunkturerholung und eine weiterhin gelockerte Geldpolitik vor allem seitens der US-Notenbank brachten Inflationserwartungen zurück in den Markt und sorgten damit für die Zinswende am Staatsanleihemarkt (USA und Kern-Europa). Noch im Sommer 2010 war Deutschland von historisch niedrigen Zinssätzen geprägt.

Die 10-jährige Bundesanleihe lag bei 2,27 % und der 20-jährige Euro-Swapsatz bei 2,70 %. Zum Jahresende erfuhr die Euro-Swapkurve am langen Ende deutliche Renditeanstiege um 100 Basispunkte auf 3,70 %. Auf den globalen Rentenmärkten haben sich die Risikoaufschläge im Investment-Grade auf Jahressicht etwas erhöht, lagen aber noch deutlich unterhalb des Niveaus aus 2008/2009. Die Spreads im High-Yield-Bereich sind im Jahresverlauf leicht zusammengelaufen.

Eine Verteuerung war auch auf den Rohstoffmärkten spürbar. Der Goldpreis schrieb sogar neue Höchststände.

Angaben zur Branchenstruktur und -konjunktur

Die deutsche Versicherungswirtschaft konnte vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nach einem Anstieg im Vorjahr von 4,2 % Schätzungen des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) zufolge auch in 2010 ein Beitragswachstum in vergleichbarer Höhe erreichen. Maßgeblicher Anteil an dieser Entwicklung kommt der erneut dynamischen Entwicklung des Einmalbeitragsgeschäftes in der Lebensversicherung zu.

Die Entwicklung in der deutschen Schaden- und Unfallversicherung war im Geschäftsjahr 2010 nach einer Hochrechnung des GDV von einem leichten Anstieg der Beitragseinnahme geprägt. Die gesamte Beitragseinnahme liegt gemäß dem vorläufigen Ergebnis im inländischen Direktgeschäft mit 55,1 Mrd. Euro um 0,7 % über dem Vorjahr. Hervorzuheben sind hier vor allem der mit 2,0 % leicht unterhalb der Entwicklung des Vorjahres liegende Beitragszuwachs in der privaten Sachversicherung sowie die erstmals seit 2004 wieder positiv ausfallende Entwicklung der Beitragseinnahme in der Kraftfahrtversicherung um 0,6 %.

Bei den Aufwendungen für Geschäftsjahresschäden wird in der deutschen Schaden- und Unfallversicherung insgesamt mit einer starken Zunahme um 3,1 % gerechnet. Deutliche Steigerungen sind branchenweit in der Verbundenen Wohngebäudeversicherung – hier vor allem durch die lange Frostperiode sowie des Orkans „Xynthia“ – sowie bei den gewerblichen und industriellen Sachversicherungen zu verzeichnen. Die kombinierte Schaden-Kosten-Quote nach Berücksichtigung des Abwicklungsergebnisses nimmt in der gesamten Schaden- und Unfallversicherung von 95,6 % auf vorläufig 98 % zu.

Die Öffentliche Versicherung Braunschweig im Verband der öffentlichen Versicherer

Die Öffentliche Versicherung Braunschweig ist seit Jahrzehnten im Verband der öffentlichen Versicherer integriert und organisiert. Hier werden mit großem Erfolg die Aktivitäten der öffentlichen Versicherer gebündelt, für die sich ein gemeinschaftliches Vorgehen anbietet. Neben den etablierten Gemeinschaftsunternehmen für die Rück-, Kranken-, Rechtsschutz- und Reiseversicherung gibt es weitere Gestaltung wie beispielsweise für die Schadenverhütung und -forschung, das baV-Geschäft oder aber auch die Internetgestaltung. In dieser Form der Zusammenarbeit werden permanent erhebliche Synergieeffekte realisiert.

Die Entwicklungen der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig im Geschäftsjahr 2010 werden im Folgenden ausführlich dargestellt.

DAS GESCHÄFTSJAHR BEI DER ÖFFENTLICHEN SACHVERSICHERUNG

Geschäftsentwicklung

Die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig hat 2010 ein sehr gutes Ergebnis erzielt. Durch das außerordentlich gute Kapitalanlageergebnis wurde das verschlechterte versicherungstechnische Ergebnis weit überkompensiert.

Die Beitragseinnahme im selbst abgeschlossenen Geschäft entwickelte sich dabei mit –2,1 % zwar schlechter als der Markt (+0,7 %), aber der Aufwand für Geschäftsjahresschäden ging im Gegensatz zum Marktdurchschnitt (+3,1 %) um –2,6 % zurück. Die Combined Ratio lag danach mit 97 % noch unter dem Branchendurchschnitt von 98 %.

Durch dieses Ergebnis konnten die Zusatzbelastungen aus dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz bereits 2010 komplett verarbeitet werden.

Aufgrund des guten Gesamtergebnisses konnten wieder ansehnliche Beträge für Beitragsrückerstattungen an die Versicherungsnehmer bereitgestellt werden. Daneben wurden die Eigenmittel durch eine hohe Zuführung zur Sicherheitsrücklage verstärkt.

Vom Bilanzgewinn sollen 2,8 Mio. Euro an die Kapitalträger ausgeschüttet werden.

Kunden, Image- und Bekanntheitsgrad

Nach den letzten Erhebungen liegt die Gesamtzufriedenheit mit der Öffentlichen weiterhin über dem Marktdurchschnitt. Im Vergleich zum Markt sind die Kunden der Öffentlichen stärker an ihre Versicherung gebunden, insbesondere hinsichtlich der Treue, Wiederwahl und Weiterempfehlungsbereitschaft.

Überdurchschnittlich gut schneidet die Öffentliche hinsichtlich der individuellen Beratung und Betreuung sowie der Erklärungskompetenz ab. Bei der Kontakthäufigkeit mit dem Berater und der Cross-Buying-Bereitschaft besteht allerdings noch Steigerungspotenzial. Die Bewertung der Absicherung durch die Schadenversicherungsprodukte gehört zu den besten im Markt.

Die Neukundenakquisition liegt mit ca. 19.800 Kunden im Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Die Cross-Selling-Quote der Öffentlichen (1,88) und die Vertragsanbindung (2,16) sind auf dem Niveau der Vorjahre stabil, sollen jedoch weiter ausgebaut werden.

Vertrieb

Im Geschäftsjahr 2010 wurden für die gesamte Außendienstorganisation umfangreiche Qualifizierungsmaßnahmen, insbesondere zur Verstetigung des ganzheitlichen Beratungsansatzes und zur Vermittlung von Bankprodukten, durchgeführt.

In der Sparte Unfall wurden 108 % Zielerfüllung und ein Plus zum Vorjahr von über 6 % erreicht, in der Kranken-, Sach- und Haftpflichtversicherung konnten fast 100 % Zielerfüllung erreicht werden. Im Rechtsschutz wurde das Jahresziel mit rund 102 % erreicht. Besonders positiv konnten die Ausschließlichkeitsvermittler das Kfz-Jahreswechselgeschäft gestalten.

Personal

Der Personalbestand erhöhte sich im Innendienst auf 474 (Vorjahr 459), während er im angestellten Außendienst mit 68 (Vorjahr 68) Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen unverändert war.

Im zentralen Fokus der Personalarbeit standen im Jahr 2010 neben dem operativen Geschäft eine Vielzahl verschiedener Themen.

Hierzu gehörte die Umsetzung von mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit und dem Arbeitsort in Form der Einrichtung von Telearbeitsplätzen, eine veränderte Rahmenarbeitszeit sowie verlängerte Servicebereitschaft. Dies sind auch Bausteine im Aktivitätenpool „Beruf und Familie“, die unter anderem dazu geführt haben, dass die Öffentliche im Jahr 2010 bereits zum zweiten Mal als familienfreundliches Unternehmen durch das Bundesfamilienministerium ausgezeichnet worden ist. Eine Beteiligung an einer überbetrieblichen Kinderkrippe sowie die umfassende Ferienbetreuung für Schulkinder gehören ebenso dazu.

Eine neue Mitarbeiterbefragung in 2010 zum Thema „Gesundheit am Arbeitsplatz“ hat im Vergleich mit der Befragung von 2007 sowie zur Branche wertvolle Anregungen zu Verbesserungsmöglichkeiten ergeben. Maßnahmen zur Umsetzung sind bereits angelaufen.

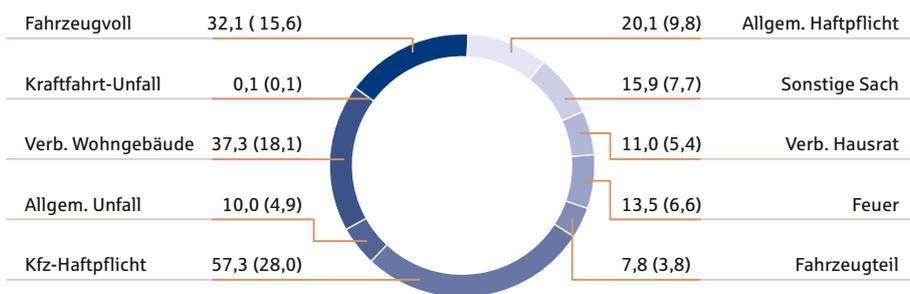
Ein weiteres Thema für 2010 war die Entwicklung eines Stipendiaten-Programms für Masterstudenten mit sehr guten Leistungen. Neben der finanziellen Unterstützung erhalten die Stipendiaten die Gelegenheit, die Öffentliche durch Praktika kennenzulernen.

Daneben wurden Vergütungs- und Versorgungssysteme weiterentwickelt.

Weitere Daten zum Personalbestand sind auf Seite 103 im Anhang aufgeführt.

IT-Entwicklung

Auch das Jahr 2010 war für die Öffentliche Sach noch wesentlich geprägt von der Einführung des neuen Bestandssystems des Marktführers SAP. Die Öffentliche führt dieses Systems mit ihrem Partner SAP als erstes Versicherungsunternehmen weltweit ein. Im letzten Jahr wurde, nachdem vorher bereits das Neugeschäft überwiegend mit dem SAP Policy Management erfasst wurde, nun auch ein Großteil der Bestände in das System migriert. Des Weiteren wird zur Optimierung der Kapitalanlageverwaltung das System SAP-FAM eingeführt. Für die Braunschweigische Landessparkasse wurden die Services zur Angebots- und Antragsstellung der privaten Sachsparten in deren Beratungssystem Himalaya integriert.

Zusammensetzung der Beitragseinnahmen selbst abgeschlossen in Mio Euro (%-Anteil)**VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE****Versicherungsbestand**

Die Vertragszahl des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts verringerte sich im Geschäftsjahr um 0,7 % auf insgesamt 1.158.647 Stück. Es bestehen mehrere Projekte zum Stopp dieses durch den hohen Marktanteil der Öffentlichen begründeten Trends.

Die Entwicklung des Versicherungsbestandes nach Versicherungszweigen ist auf Seite 102 dargestellt.

Beiträge

Die Beitragseinnahme verringerte sich um 2,3 Mio. Euro auf 215,8 Mio. Euro (–1,0 %).

Von der Gesamtbeitragseinnahme stammen 205,1 Mio. Euro (–2,1 %) aus dem selbst abgeschlossenen und 10,8 Mio. Euro (+23,9 %) aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft.

Für eigene Rechnung verblieben 174,5 Mio. Euro. Der Selbstbehalt beträgt 80,8 %.

Beitragseinnahme selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft

	2010 Anteil		2009 Anteil		+/- %
	TEUR	%	TEUR	%	
Kraftfahrt					
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	57.349	28,0	58.688	28,0	–2,3
Fahrzeugvollversicherung	32.061	15,6	32.754	15,6	–2,1
Fahrzeugteilversicherung	7.802	3,8	8.451	4,0	–7,7
(Kraftfahrt gesamt)	97.211	47,4	99.894	47,6	–2,7
Allgemeine Unfall	9.950	4,9	9.775	4,7	1,8
Kraftfahrt-Unfall	107	0,1	124	0,1	–13,7
(Unfall gesamt)	10.057	5,0	9.899	4,8	1,6
Allgemeine Haftpflicht	20.078	9,8	20.976	10,0	–4,3
Feuerversicherung	13.493	6,6	14.763	7,1	–8,6
Verbundene Hausrat	11.010	5,4	10.840	5,2	1,6
Verbundene Wohngebäude	37.327	18,1	37.162	17,7	0,4
Sonstige Sachversicherungszweige	15.888	7,7	15.864	7,6	0,2
Gesamt	205.063	100,0	209.398	100,0	–2,1

Schadenverlauf

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle des Geschäftsjahres sanken brutto auf 166,5 Mio. Euro, wovon 6,0 Mio. Euro aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft stammen. Die Bruttoschadenquote für Geschäftsjahresschäden beläuft sich auf 77,3 % (Vorjahr 78,0 %).

Die Anzahl der gemeldeten Schadensfälle des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 3.963 Stück bzw. 4,1 %. Von 99.639 gemeldeten Schäden waren 83.430 Geschäftsjahresschäden.

Kosten

Die Bruttokostenquote ist auf 34,9 % (Vorjahr 33,0 %) gestiegen. Mit Beginn der Amortisationsphase der IT-Investitionen aus den letzten Jahren sowie mit einem ambitionierten Kostenmanagementprojekt soll ein Rückbau der Kostenquote auf einen marktadäquaten Wert von unter 30 % in den kommenden 3–5 Jahren umgesetzt werden.

Schwankungsrückstellung

Die Schwankungsrückstellung einschließlich Großrisikenrückstellungen beträgt nach den erforderlichen Zuführungen und Auflösungen 42,3 Mio. Euro. Das bedeutet eine Verringerung um 2,7 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr.

Versicherungstechnisches Ergebnis

Im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wurden 7,1 Mio. Euro in der Allgemeinen Unfallversicherung, der Allgemeinen Haftpflichtversicherung, der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung sowie der Verbundenen Hausratversicherung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugewiesen. Nach Abzug der Aufwendungen für Beitragsrückerstattung ergibt sich ein technischer Verlust in Höhe von 10,5 Mio. Euro aus dem selbst abgeschlossenen Geschäft. Das übernommene Geschäft weist einen Verlust in Höhe von 125 TEuro aus.

Entwicklung der Geschäftsjahresschäden selbst abgeschlossen in Mio Euro

2006	160,6
2007	197,6*
2008	162,0
2009	164,8
2010	160,5

* Ohne Sturmschäden aus Kyrill in 2007: 176,6 Mio Euro.

Entwicklung der Geschäftsjahresschäden selbst abgeschlossen (Stückzahl)

2006	83.746
2007	106.252*
2008	83.486
2009	79.634
2010	83.430

* Ohne Sturmschäden aus Kyrill in 2007: 84.046 Stück.

Geschäftsverlauf in den einzelnen Versicherungszweigen und -arten

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft

Allgemeine Unfallversicherung Der Vertragsbestand an Unfallversicherungen ist mit 48.846 Verträgen nahezu unverändert. Die Beitragseinnahme wurde um 1,8 % auf 10,0 Mio. Euro gesteigert. Der Brutto-Schadenaufwand für Versicherungsfälle sank um 10,1 % auf 3,2 Mio. Euro.

Kraftfahrtunfallversicherung Der nach wie vor zurückgehende Bestand (–13,8 %) wirkt sich entsprechend bei den Beiträgen (–13,7 %) aus. Bedingt durch die positive Schadenentwicklung konnte ein technischer Überschuss erzielt werden.

Allgemeine Haftpflichtversicherung Der Vertragsbestand sank um 0,8 % leicht auf 161.188 Verträge. Die Beitragseinnahme sank um 4,3 % auf 20,1 Mio. Euro. Der Brutto-Schadenaufwand stieg um 7,0 % auf 8,1 Mio. Euro.

Kraftfahrt gesamt Bedingt durch den anhaltenden intensiven Wettbewerb ist erneut ein leichter Bestandsrückgang zu verzeichnen. Entsprechend sank auch die Beitragseinnahme um 2,7 %. Bei einer geringeren Abwicklung hat sich der Schadenaufwand um 2,2 % erhöht.

Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung Sowohl die Bestandsentwicklung (–0,8 %) als auch die Beitragseinnahme (–2,3 %) sind rückläufig. Trotz eines leicht gestiegenen Schadenaufwandes und einer Zuführung zur Schwankungsrückstellung konnte erneut ein positives Ergebnis erzielt werden.

Fahrzeugvollversicherung Zwar konnte – entgegen der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung – hier ein leichtes Bestandswachstum von rd. 0,5 % erreicht werden, trotzdem ist die Beitragseinnahme um 2,1 % geringer ausgefallen. Auch die erneut deutliche Entnahme aus der Schwankungsrückstellung konnte den technischen Verlust nicht verhindern.

Fahrzeugteilversicherung Hier hat sich neben dem seit Jahren rückläufigen Bestand (–2,6 %) auch der Beitrag nochmals deutlich um 7,7 % vermindert. Trotz eines rückläufigen Schadenaufwandes von 11,8 % und einer Entnahme aus der Schwankungsrückstellung musste ein geringfügiger technischer Verlust festgestellt werden.

Schutzbriefversicherung Zum Jahresende konnte eine Anbündelungsquote von 51,9 % erreicht werden. Sowohl der Bestand (+1,0 %) als auch die Beitragseinnahme (+0,2 %) sind leicht gestiegen.

Industrie-Feuerversicherung Bedingt durch den Zeichnungsverbund Industrie ist die Vertragsstückzahl auf 1.269 gestiegen, während die Beitragseinnahme aufgrund von Verlagerungen auf die EC/EC-BU-Versicherung um 22,4 % auf 2,9 Mio. Euro sank. Der Brutto-Schadenaufwand sank aufgrund der positiven Entwicklung im Großschadenbereich um 56,7 % auf 2,0 Mio. Euro.

Landwirtschaftliche Feuerversicherung Bei einem Bestandsrückgang von 3,4 % sank die Beitragseinnahme auf 2,9 Mio. Euro. Der Brutto-Schadenaufwand sank um 75,0 % auf 0,4 Mio. Euro.

Sonstige Feuerversicherung Die Bestandsentwicklung in der sonstigen Feuerversicherung war wiederum geprägt durch Sondereffekte aus dem ehemaligen Monopolgeschäft der Braunschweigischen Landesbrandversicherungsanstalt. Der Vertragsbestand reduzierte sich aufgrund des Sondereffektes um 5,7 % auf 26.893 Verträge. Die gebuchten Beiträge verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 4,0 % auf 7,7 Mio. Euro. Der Brutto-Schadenaufwand sank bedingt durch eine geringe Großschadenlast um 82,6 % auf 0,8 Mio. Euro.

Verbundene Hausratversicherung Die Beitragseinnahme stieg um 1,6 % auf 11,0 Mio. Euro, während der Vertragsbestand um 1,1 % auf 104.781 Verträge sank. Der Brutto-Schadenaufwand stieg um 7,0 % auf 4,6 Mio. Euro.

Verbundene Wohngebäudeversicherung Die Vertragsstückzahl sank um 1,4 % auf 116.255 Stück, während die Beitragseinnahme um 0,4 % auf 37,3 Mio. Euro gesteigert werden konnte. Der Brutto-Schadenaufwand stieg um 16,8 % auf 33,0 Mio. Euro. Im Hinblick auf die seit Jahren zunehmende Belastung der VGV-Ergebnisse – speziell durch Leitungswasserschäden – wird der Bestand seit 01.07.2005 im Rahmen eines umfassenden Profitabilitätsprogramms systematisch saniert. Für die Zukunft wird deshalb von einer Entlastung des Schadenaufwandes für Leitungswasserschäden ausgegangen.

Sonstige Sachversicherungsbranche

Einbruchdiebstahlversicherung Die Vertragsstückzahl ist um 1,5 % gesunken, die Beitragseinnahme ist um 5,1 % auf 2,0 Mio. Euro gesunken. Der Brutto-Schadenaufwand stieg um 30,7 % auf 1,4 Mio. Euro.

Leitungswasserversicherung Der Vertragsbestand erhöhte sich um 0,3 % auf 10.661 Verträge. Die Beitragseinnahme sank um 1,6 % auf 2,3 Mio. Euro. Der Brutto-Schadenaufwand stieg um 0,8 % auf 2,6 Mio. Euro.

Glasversicherung Die Beitragseinnahme ist bei rückläufigem Versicherungsbestand um 3,6 % auf 3,3 Mio. Euro gesunken. Der Brutto-Schadenaufwand erhöhte sich um 0,6 % auf 1,7 Mio. Euro.

Sturmversicherung Bei einer Steigerung der Vertragsanzahl um 1,5 % stieg die Beitragseinnahme um 1,2 % auf 2,7 Mio. Euro. Der Brutto-Schadenaufwand war durch das Sturmereignis Xynthia (28.02.–01.03.2010) geprägt und stieg um 230,8 % auf 0,9 Mio. Euro.

Elektronikversicherung Die gebuchte Beitragseinnahme von 1,1 Mio. Euro liegt 7,4 % über der des Vorjahres. Der Brutto-Schadenaufwand stieg um 12,5 % auf 132 TEuro.

Bauleistungsversicherung Die Beitragseinnahme stieg um 15,4 % auf 227 TEuro bei einem Brutto-Schadenaufwand von 232 TEuro.

Entwicklung der Versicherungsbranche des in Rückdeckung übernommenen Geschäfts

	Beitrags- einnahme	+/-	Schaden- quote	Ergebnis f. e. R	Vorjahr Er- gebnis f. e. R
	TEUR	%	%	TEUR	TEUR
Allgemeine Unfall	8	1973,18	0,00	7	0
Allgemeine Haftpflicht	79	12,68	-19,57	23	-1
Kraftfahrt	0	0,00	0,00	0	0
Verbundene Hausrat	174	4,22	34,74	40	36
Verbundene Wohngebäude	2.711	26,94	64,65	-163	-77
Rechtsschutz	4.128	52,77	63,22	-174	-34
Leben	206	-12,81	34,05	42	46
Sonstige	3.480	2,48	57,78	99	416
Gesamt Geschäftsjahr	10.785	23,87	60,08	-125	387
Gesamt Vorjahr	8.707	12,82	54,96	387	

EC-Versicherung Die Beitragseinnahme stieg um 52,5 % auf 2,6 Mio. Euro. Der Brutto-Schadenaufwand betrug 2,5 Mio. Euro.

Betriebsunterbrechungsversicherung Die Beitragseinnahme ist bedingt durch die Sondereffekte aus dem Zeichnungsverbund Industrie auf 0,7 Mio. Euro gesunken. Der Brutto-Schadenaufwand des Geschäftsjahres ist um 83,6 % auf 0,8 Mio. Euro gesunken.

Reisegepäckversicherung Bei einem Beitragsrückgang um 22,4 % auf 22,6 TEuro beträgt der Brutto-Schadenaufwand 3 TEuro.

Mietverlustversicherung Die Beitragseinnahme sank auf 13 TEuro. Der Brutto-Schadenaufwand des Geschäftsjahres beträgt 3 TEuro.

Schuttbriefversicherung Zum Jahresende konnte eine Anbündelungsquote von 51,9 % erreicht werden. Sowohl der Bestand (+ 1,0 %) als auch die Beitragseinnahme (+ 0,2 %) sind leicht gestiegen.

In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft

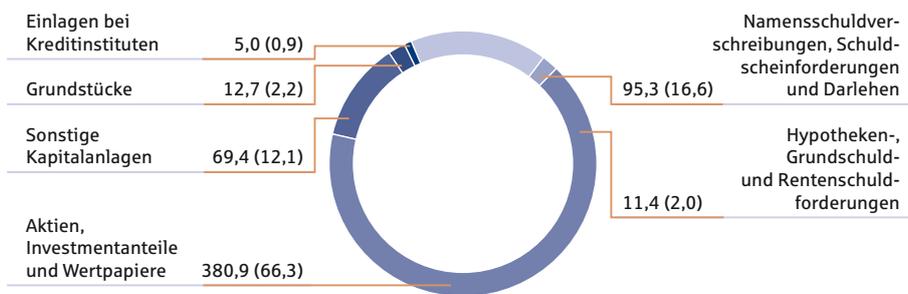
Die Beitragseinnahme des in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäftes hat sich aufgrund der Erhöhung von Retrozessionsquoten um 23,9 % auf 10,8 Mio. Euro erhöht. Durch höhere Schadenaufwendungen von 6,3 Mio. Euro (Vorjahr 4,8 Mio. Euro) entstand aber anstelle des technischen Überschusses des Vorjahres (387 TEuro) ein technischer Verlust von 125 TEuro.

Verlauf und Ergebnisse des in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäftes hängen von den Geschäftsverläufen bei den verschiedenen Erstversicherern ab.

Kapitalanlagen

Der Buchwert der Kapitalanlagen ist von 552,9 Mio. Euro per 31.12.2009 um 4,0 % auf 574,8 Mio. Euro per 31.12.2010 angestiegen. Der Kurswert sämtlicher Kapitalanlagen hat im Jahresverlauf 2010 von 628,0 Mio. Euro um 3,2 % auf 648,1 Mio. Euro zugenommen. Die Kapitalanlagereserven betragen 72,1 Mio. Euro bzw. 12,5 % des Gesamtbuchwertes der Kapitalanlagen.

Zusammensetzung der Kapitalanlagen in Mio Euro (%-Anteil)



Bei der Zusammensetzung der Kapitalanlagen haben Investmentanteile mit 60,5 % den größten Anteil. Im Vorjahr waren dies 56,9 %. Die Investmentanteile der Öffentlichen sind über eine Master-KAG (OESB-Fonds) systematisch und diversifiziert insbesondere in internationale Aktien-, Zins-, Kredit- und Währungsrisiken investiert. Anfang März 2010 wurde der Fonds aufgrund der guten Risikotragfähigkeit um weitere 10 Mio. Euro aufgestockt. Per Jahresultimo 2010 betragen Buchwert und Marktwert des Masterfonds 347,5 Mio. Euro (Vorjahr 314,4 Mio. Euro). Gegenüber dem Vorjahr erfuhr der Marktwert des Fonds, nach Ausschüttung ordentlicher Fondserträge von 11,0 Mio. Euro, eine Wertsteigerung um 23,2 Mio. Euro. Der Anteil der Inhaberschuldverschreibungen zu Buchwerten beträgt 4,8 % nach 5,9 % im Vorjahr. Der Anteil an Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen hat auf 16,6 % abgenommen (Vorjahr 18,1 %). Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen liegen mit 11,9 % des Gesamtbuchwertes leicht unter Vorjahresniveau.

Der OESB Masterfonds verzeichnet im Gesamtjahr 2010 dank umfangreicher Konjunkturmaßnahmen, guter Unternehmensdaten und eines starken Optimismus der Finanzmarktakteure eine sehr gute Performance von

10,6 % (Vorjahr 18,4 %). Im Verhältnis zur Benchmark konnte beispielweise das europäische Rentenmandat Querum eine exzellente Outperformance von 240 bp erzielen. Die Rentensegmente erfuhren eine Wertsteigerung zwischen 3,8 % und 8,1 %. Der globale Aktienfonds erreichte eine absolute Performance von 18,1 %. Investmentanteile in EM-Aktien, EM- und HY-Renten erzielten Kursgewinne von 12,1 % bis 25,4 %.

Im Rentendirektbestand der Öffentlichen Sachversicherung werden traditionell keine Risikoinvestments getätigt. Aufgrund der unternehmensinternen Anforderungen an die Bonität von mindestens AA- und an gesonderte Deckungsmassen befanden sich zu keinem Zeitpunkt ausfallgefährdeten Wertpapiere im Direktbestand.

Im Ergebnis liegen die Erträge aus Kapitalanlagen in 2010 bei 46,1 Mio. Euro, die Aufwendungen (inkl. Abschreibungen) betragen insgesamt 6,4 Mio. Euro. Dabei wurde allein durch die Zuschreibungspflicht im OESB Masterfonds ein positiver Ergebnisbeitrag von 23,2 Mio. Euro generiert. Das Nettoergebnis der Kapitalanlage liegt somit bei 39,7 Mio. Euro, was einer Nettoertragsrendite von 7,0 % entspricht. Die durchschnittliche Nettoverzinsung der letzten acht Jahre beträgt 5,3 %.

Entwicklung der Kapitalanlagen in Mio Euro



Die Öffentliche Sachversicherung verfügt über ein mehrdimensionales Risikosteuerungssystem der Kapitalanlagen, das in das unternehmensweite Risikomanagementsystem eingebunden ist. Dabei steht beim rechnungslegungsorientierten Risikocontrolling die bilanzielle Risikotragfähigkeit im Fokus, beim betriebswirtschaftlichen Risikocontrolling (ALM-Kontext) das ökonomische Eigenkapital (Nettovermögen) und beim aufsichtsrechtlichen Risikocontrolling die Solvabilität und das Sicherungsvermögen. Diese risikoadjustierte Portfoliosteuerung hat sich wie in den Vorjahren bewährt. Detaillierte Ausführungen hierzu finden sich bei den „Risiken der zukünftigen Entwicklung“.

Insgesamt befinden sich alle Dimensionen der Kapitalanlagerisikosteuerung im „grünen Bereich“. Risikoergebnisse und verfügbare Sicherheitskapitalien stehen solide in Einklang.

Die Entwicklung der Kapitalanlagen ist im Einzelnen auf Seite 97 dargestellt.

Entwicklung der Sicherheitsrücklage in Mio Euro

2006	218,2
2007	221,3
2008	225,2
2009	228,0
2010	236,5

Liquiditätslage

Die Steuerung durch das Liquiditätsmanagement in Verbindung mit dem Kapitalanlagemanagement gewährleistet auch bei großen Schadensfällen jederzeit die Liquidität.

Überschuss

Das Geschäftsjahr 2010 brachte einen Überschuss nach Steuern von 22,0 Mio. Euro.

Hiervon wurden 7,1 Mio. Euro der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt.

Der Vorstand wird mit Zustimmung des Aufsichtsrates der Kapitalträgersammlung vorschlagen, nach Einstellung von rund 8,5 Mio. Euro in die Sicherheitsrücklage vom Bilanzgewinn von 10,0 Mio. Euro 2,8 Mio. Euro im Verhältnis der Kapitalanteile an die Kapitalträger auszuschütten.

Damit erhöhte sich die Sicherheitsrücklage auf 236,5 Mio. Euro, das sind 135,9 % der verdienten Beiträge für eigene Rechnung. Die Eigenmittel im Verhältnis zur Solvabilitätsspanne führen zu einer Bedeckung in Höhe von rund 636,4 %. Damit hat das Unternehmen eine hervorragende Position im Branchenvergleich.

Beitragsrückerstattung

Die Ausschüttungssätze der satzungsgemäßen Beitragsrückerstattung betragen in:

	2010 wurden	2009 werden ausgeschüttet
Allgemeine Unfallversicherung	10 %	10 %
Allgemeine Haftpflichtversicherung	10 %	10 %
Verbundene Hausratversicherung	10 %	5 %

Kraftfahrtversicherung Pkw-Verträge erhalten unter bestimmten Voraussetzungen in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung Nachlässe für Wohneigentum und Fahrzeugalter.

Die Beitragsrückerstattung wird für Verträge, die sich am 31.12.2010 im Bestand befanden, mit den ab Hauptfälligkeit in 2011 angeforderten Versicherungsbeiträgen verrechnet. Für das Neugeschäft werden die gleichen Sätze als Beitragsnachlass gewährt.

Gesamtbewertung

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Öffentlichen Sachversicherung ist insgesamt als gut zu bewerten. Die ungünstige Kostensituation sowie die leicht rückläufigen Beiträge werden durch die gute Schaden- und Kapitalanlageentwicklung überkompensiert.

Vorfälle von besonderer Bedeutung haben sich nach Ende des Geschäftsjahres nicht ereignet.

PROGNOSE

Die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig rechnet in den Geschäftsjahren 2011 und 2012 mit einem Beitragswachstum auf Marktniveau (der Markt rechnet lt. GDV in der Schaden-/Unfallversicherung mit einem Wachstum um 1 %) bei stabilen Schadenaufwendungen.

Die Öffentliche hat auf die verschärfte Konkurrenzsituation am Kraftfahrtmarkt mit einer neuen, sehr wettbewerbsfähigen Markt- und Produktstrategie reagiert. Es zeichnet sich bereits ab, dass sich hierdurch eine positive Entwicklung in Kraftfahrt ab 2011 anhand steigender Vertragszahlen ergeben wird.

In 2011 und 2012 wird, auch infolge der geplanten Kostensenkungen, jeweils ein mindestens ausgeglichenes versicherungstechnisches Ergebnis vor Schwankungsrückstellung und Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung erwartet.

Die Öffentliche Sachversicherung hat auch 2010 die Sicherheitsrücklage weiter gestärkt und ist auf dieser starken Basis in der Lage, einen beachtlichen Teil des Kapitalanlagebestandes systematisch, hoch diversifiziert und langfristig an den internationalen Kapitalmärkten anzulegen. Die Nettoerndite der Kapitalanlagen in den Folgejahren wird dementsprechend wieder auf einem sehr wettbewerbsfähigen Niveau prognostiziert.

Auf diesen Grundlagen werden für 2011 und 2012 wieder Ergebnisse erwartet, die ansehnliche Überschussbeteiligungen der Versicherungsnehmer und angemessene Eigenkapitalzuführungen möglich machen.

RISIKEN DER ZUKÜNFTIGEN ENTWICKLUNG

Die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig verfügt über ein funktionsfähiges Frühwarnsystem, das aus dezentraler Risiko- und Ergebnisverantwortung besteht und das im umfassenden Risikomanagementsystem eingebettet ist. Jedes identifizierte Risiko ist eindeutig einem Risikoverantwortlichen zugeordnet. Jeder Risikoverantwortliche ist für die Beobachtung der ihm zugeordneten Risikofelder zuständig. Zweimal jährlich erfolgt eine Abfrage der unabhängigen Risikocontrollingfunktion an die Risikoverantwortlichen, die die Risiken der von ihnen verantworteten Risikofelder melden und ggf. Maßnahmen zur Reduzierung der Risiken veranlassen.

Bei Risiken, die einen potenziellen Bruttohöchstschaden von 250 TEuro oder mehr aufweisen, erfolgt eine weitergehende Betrachtung des Einzelrisikos.

Das Risikofrüherkennungssystem wird regelmäßig von der Internen Revision geprüft.

Das Thema Risikomanagement und die damit verbundenen aufsichtsrechtlichen Regelungen im Rahmen von Solvency II gewinnen in der Versicherungswirtschaft immer mehr an Bedeutung. Solvency II konkretisiert sich bereits heute in den Mindestanforderungen an das Risikomanagement für Versicherer (MaRisk VA). Insbesondere mit dem mit Wirkung zum ersten Quartal 2010 regelmäßig erstellten quartalsweisen Risikobericht über die Risikosituation inkl. Limitauslastung und der Überprüfung der Wirkung einzelner neuer Produkte auf das Gesamtrisikoprofil durch die unabhängige Risiko-

controllingfunktion als Teil eines MaRisk-VA-konformen „Neue-Produkte-Prozesses“ wurden in 2010 wesentliche Fortschritte zur weiteren Erfüllung der MaRisk VA-Anforderungen erzielt. Für 2011 sind neben der weiteren Umsetzung der MaRisk-VA-Anforderungen auch kontinuierlich die detaillierte weitere Verfolgung der sich abzeichnenden Solvency-II-Anforderungen und der daraus erwachsenden möglichen notwendigen Umsetzungsschritte für die Öffentliche Versicherung Braunschweig angestrebt.

Versicherungstechnische Risiken

Versicherungstechnische Risiken ergeben sich durch die Möglichkeit, dass die für das Versicherungsgeschäft wesentlichen Zahlungsströme von ihrem Erwartungswert abweichen und damit die Versicherungsleistung die eingenommenen Beitragseinnahmen übersteigt.

Die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig begegnet den versicherungstechnischen Risiken, indem sie ein ausgewogenes Versicherungsportfolio mit dem Schwerpunkt im Privatkundengeschäft anstrebt. Dazu dienen vor allem eine ausgewogene Annahmepolitik sowie ein umfassendes Bestandscontrolling.

Schwerpunkte im Bestand der Öffentlichen Sachversicherung bilden die Kraftfahrt- und die Wohngebäudeversicherung. Aufgrund der hohen Versicherungsdichte im Geschäftsgebiet haben die entstehenden Kumule hohe Bedeutung.

Insgesamt werden die potenziellen negativen Auswirkungen von versicherungstechnischen Risiken vor allem im Bereich Kasko-, Sturm-/Elementar- und Feuer-Industrieversicherung durch angemessene

Rückversicherungslösungen begrenzt. Im Übrigen sind die Risiken durch unterschiedliche Rückversicherungslösungen – unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit – risikoorientiert und wirtschaftlich sinnvoll abgesichert.

Wesentliche Risiken, die aus der Unsicherheit über die Auskömmlichkeit der HGB-Schadenrückstellungen resultieren, werden durch laufende aktuarielle Schadenreserveuntersuchungen einschließlich Schadenanalysen bewertet und bestehen zurzeit nicht.

Die Entwicklung der versicherungstechnischen Risiken wurde quantitativ durch das Limitsystem überwacht.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen (Kreditrisiken)

Forderungsausfälle können insbesondere aus der Zahlungsunfähigkeit von Versicherungsnehmern, Vermittlern oder Rückversicherern entstehen. In der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig sind keine wesentlichen Risiken aus dem Ausfall von Forderungen erkennbar.

Risiken aus Kapitalanlagen (Marktrisiken)

Als Folge der Finanzmarktkrise 2007 bis 2009 waren ein verschärftes Niedrigzinsumfeld und die Sorge um die Solvenz der europäischen Peripheriestaaten die risikorelevanten Rahmenbedingungen des Jahres 2010. Die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig konnte durch ihre bestehende Rentenanlage mit Papieren allerhöchster Bonität sowie der strategischen Anlage in Rendite-Risikoinvestments auch in dieser Phase eine gute Ertragsentwicklung vollziehen. Insbesondere ab Ende des III. Quartals führten positive Konjunkturlageentwicklungen auf beiden Seiten des Atlantiks zu insge-

samt freundlichen Kapitalmärkten. Die weltweiten Aktien konnten in 2010 durchschnittlich um über 10 % (lokal) zulegen, vollzogen aber eine stark volatile Entwicklung. Auch die globalen Rentenmärkten beendeten das Jahr nach wechselhaftem Verlauf leicht im Plus. Die Risikoaufschläge des Investment-Grade haben sich auf Jahressicht etwas erhöht, lagen aber deutlich unterhalb der Niveaus der Vorjahre.

Die Kapitalanlagepolitik der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig beruht auf der Erkenntnis, dass ein Konzept der risikoorientierten Portfoliosteuerung mit integrierter Steuerung der Aktiv-Passiv-Position ein essentieller Erfolgsfaktor im Kapitalanlagemanagement ist. Darüber hinaus ist ein Großteil des Anlageerfolges das Ergebnis einer strategischen Asset Allocation. Ziel dabei ist es, eine Nettoendite zu erwirtschaften, die über der geschäftsplanmäßigen Verzinsung der Verpflichtungen liegt.

Neben der risikoarmen Rentendirektanlage erfordert dies Investitionen in internationale Aktien-, Zins-, Kredit- und Währungsrisiken sowie die Beimischung alternativer Investments. Diese (Marktpreis-) Risiken werden mehrdimensional über ein Ampelsystem gesteuert. Neben der bilanziellen und der Risikosteuerung im ALM-Kontext wird auch die Bedeckung des Sicherungsvermögens vor und nach Risiko gemessen, geplant, gesteuert und kontrolliert. Aufgrund des laufenden mehrdimensionalen Risikocontrollings (regelmäßige Limitprüfungen, zzgl. aktuellen Informationen aus täglichen/wöchentlichen monatlich-ausführlichen Risikoberichten der Kapitalanlage), werden notwendige Steuerungsmaßnahmen sehr zeitnah erkannt und der Geschäftsleitung kommuniziert.

Operationelle Risiken

Die Bewertung der operationellen Risiken auf Basis des aktuellen Standardmodells aus Solvency II wird regelmäßig durchgeführt und im Limitsystem abgebildet. Exponierte Einzelrisiken mit einem hohen Schaden-erwartungswert werden bei Überschreiten eines definierten Schwellenwertes nach einem festgelegten Verfahren dem aus Solvency II folgenden Wert der operationellen Risiken hinzugerechnet. Derzeit werden keine exponierten Einzelrisiken gesehen.

Die ständig zunehmende Technikabhängigkeit führt zu Kapazitätsrisiken und Risiken durch den Ausfall von Systemen. Aufgrund entsprechender Vorsichtsmaßnahmen und existierender Notfallpläne werden jedoch wesentliche negative Einflüsse auf die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig nicht erwartet.

Auf weitere Risiken aus der Veränderung äußerer Rahmenbedingungen – z. B. an wirtschaftlichen, rechtlichen, steuerlichen und/oder sozialen Einflüssen – wird durch ständige Beobachtung des relevanten Umfeldes und durch aktive Einbindung in Verbandstätigkeiten (Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft – GDV/Verband öffentlicher Versicherer – VöV) zeitnah reagiert. Auch hier sind Risiken mit

wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig mit realistischer Eintrittswahrscheinlichkeit nicht erkennbar. Risiken aufgrund der ständigen Veränderungen fiskalpolitischer Rahmenbedingungen sind jedoch nicht gänzlich vermeidbar. Die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig sieht sich nicht als potenzielles Ziel eines Terroranschlages, allgemeine Sicherheitsvorkehrungen (z. B. Gebäudeversicherung, Notfallplan für Brand) wurden jedoch getroffen.

Zur Vorbeugung vor Risiken aus dolosen Handlungen besteht ein umfassendes Internes Kontrollsystem (IKS), dessen Wirksamkeit turnusmäßig von der Internen Revision geprüft wird. Zusätzlich würde im Falle doloser Handlungen der finanzielle Schaden durch eine Vertrauensschadenversicherung stark vermindert.

Zur Risikosteuerung von Projektrisiken existiert zentral eine detaillierte prospektiv ausgerichtete unternehmensweite Großprojektsteuerung. Die Großprojektsteuerung bildet zum einen den aktuellen Status der Großprojekte ab, zum anderen werden die Planung von Kapazitäten und Priorisierungen für das nächste Geschäftsjahr unterstützt.

Sonstige Risiken

Die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig hängt als Regionalversicherer nicht unerheblich von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in ihrem Geschäftsgebiet ab. Hierbei kommt der wirtschaftlichen Lage der in der Region dominierenden Großbetriebe besondere Bedeutung zu. Aus dieser Situation ergeben sich aber derzeit keine wesentlichen Risiken.

Die Tätigkeiten der im Geschäftsgebiet der Öffentlichen bedeutsamen Wettbewerber werden kontinuierlich beobachtet und analysiert.

Strategische Risiken sind derzeit nicht erkennbar. Die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig reagiert mit dem Programm „Öffentliche 21“ auf das sich ändernde Marktumfeld und die sich abzeichnende Industrialisierung in der Versicherungsbranche.

Des Weiteren ist als regional stark verwurzelt Unternehmen die Beobachtung und das Management von Reputationsrisiken besonders wichtig. Als wesentliche Steuerungsmaßnahme existiert ein effektives Krisenmanagementkonzept.

Limitauslastung

Mit Beginn des Geschäftsjahres 2010 wurde das bisherige Risikosteuerungssystem durch ein umfassenderes Limitsystem ersetzt. Eskalations- und Berichtswesen beziehen sich auf die Auslastungen der Risiken in Relation zu den Limiten.

Neben der bilanziellen und der ALM-Risikosteuerung wird auch die Solvabilität (zu Buch- und Zeitwerten) gemessen und kontrolliert.

Die bilanzielle Risikoexponierung in den Kapitalanlagen der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig beträgt per 31.12.2010 stichtagsbezogen 57,2 Mio. Euro. Das versicherungstechnische Risiko hat einen Value at Risk (99 %; 1 Jahr) von 38,2 Mio. Euro. Die operationellen Risiken betragen 3,0 Mio. Euro. Berücksichtigt man die QIS-Korrelationsmatrix mit einem konservativen Aufschlag von 0,25, liegt die bilanzielle Risikoexponierung der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig zum Ende des Geschäftsjahres 2010 bei insgesamt 98,4 Mio. Euro. Das bilanzielle Gesamtlimit liegt bei 301,5 Mio. Euro, was einer Risikoauslastung von 33 % entspricht. Bei der Risikosteuerung im ALM-Kontext steht einer Risikoexponierung von 99,4 Mio. Euro eine Risikotragfähigkeit von 305,6 Mio. Euro gegenüber, was einer Auslastung von 33 % entspricht. Im aufsichtsrechtlichen Kontext ist die Bedeckung der Solvabilität leicht zurückgegangen.

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2010

Aktiva	2010 EUR	2010 EUR	2010 EUR	2010 EUR	2009 EUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
				55,00	55,00
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte			12.684.369,00		13.858.947,00
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	27.635.000,00				27.635.000,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.000.000,00				2.600.000,00
3. Beteiligungen	38.660.794,62				36.667.062,11
			68.295.794,62		66.902.062,11
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	353.466.222,87				320.313.377,80
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	27.389.335,00				32.383.785,00
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	11.440.161,50				12.889.893,11
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	56.000.000,00				61.000.000,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	39.345.980,99				39.345.980,99
c) übrige Ausleihungen	1.130.299,95				1.179.617,08
			96.476.280,94		101.525.598,07
5. Einlagen bei Kreditinstituten	5.000.000,00				5.000.000,00
			493.772.000,31		472.112.653,98
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft			65.507,82		69.783,88
				574.817.671,75	552.943.446,97
C. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer	5.637.759,61				4.895.841,48
2. Versicherungsvermittler	323.680,47				395.954,78
			5.961.440,08		5.291.796,26
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft:			10.260.747,18		2.340.756,85
davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: EUR 3.858.675,90 (Vorjahr EUR 1.452.865,56)					
III. Sonstige Forderungen			17.322.110,80		29.512.645,25
davon an verbundene Unternehmen: EUR 5.398.374,91 (Vorjahr EUR 4.741.788,68)				33.544.298,06	37.145.198,36
davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: EUR 0,00 (Vorjahr EUR 0,00)					
D. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			1.211.744,61		1.226.111,21
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			1.067.413,50		1.028.366,94
III. Andere Vermögensgegenstände			9.170,10		16.116,91
				2.288.328,21	2.270.595,06
E. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			3.241.592,87		3.700.424,80
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			1.359.755,67		1.462.226,22
				4.601.348,54	5.162.651,02
				615.251.701,56	597.521.946,41

Für die Versicherungszweige Allgemeine Unfallversicherung und Kraftfahrt-Unfallversicherung wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B. II. 1. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung der §§ 341 f und 341 g HGB sowie der aufgrund des § 65 Absatz 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist.

Passiva	2010 EUR	2010 EUR	2010 EUR	2009 EUR
A. Eigenkapital				
I. Trägerkapital		16.400.000,00		16.400.000,00
II. Gewinnrücklagen				
1. Sicherheitsrücklage				
Stand 01.01. (davon aus Abzinsung von Rückstellungen nach BilMoG: EUR 10.112,87)	227.966.698,00			225.222.361,32
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	8.479.147,55			2.734.223,81
		236.445.845,55		227.956.585,13
III. Bilanzgewinn		10.000.000,00		6.300.000,00
			262.845.845,55	250.656.585,13
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	15.437.089,98			15.015.770,16
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	655.215,04			661.339,12
		14.781.874,94		14.354.431,04
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	261.791.816,38			274.415.011,55
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	107.852.012,46			122.814.350,73
		153.939.803,92		151.600.660,82
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	13.787.659,14			15.233.473,55
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	11.740,84			5.532,56
		13.775.918,30		15.227.940,99
IV. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		42.268.062,72		44.990.454,58
V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	4.182.322,79			3.121.328,99
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	49.391,68			47.981,22
		4.132.931,11		3.073.347,77
			228.898.590,99	229.246.835,20
C. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		79.946.909,00		66.261.536,00
II. Steuerrückstellungen		3.750.000,00		4.161.196,00
III. Sonstige Rückstellungen		8.139.766,00		7.486.778,29
			91.836.675,00	77.909.510,29
D. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft				
			17.073.269,06	17.512.140,42
E. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	3.953.820,37			1.351.278,42
2. Versicherungsvermittlern	1.763.062,40			1.859.518,04
		5.716.882,77		3.210.796,46
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft davon gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: EUR 0,00 (Vorjahr EUR 0,00)		3.474.830,71		1.183.767,11
III. Sonstige Verbindlichkeiten		5.282.840,96		17.643.948,79
davon:			14.474.554,44	22.038.512,36
gegenüber verbundenen Unternehmen: EUR 2.779.071,13 (Vorjahr EUR 4.432.186,98)				
gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: EUR 0,00 (Vorjahr EUR 0,00)				
aus Steuern: EUR 1.521.541,32 (Vorjahr EUR 12.011.202,47)				
im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 27.311,29 (Vorjahr EUR 25.089,10)				
F. Rechnungsabgrenzungsposten			122.766,52	158.363,01
			615.251.701,56	597.521.946,41

Für die Versicherungszweige Allgemeine Haftpflichtversicherung und Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B. II. 1. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung der §§ 341 f und 341 g HGB berechnet worden ist.

Braunschweig, 9. März 2011
Der verantwortliche Aktuar
Gutacker

Gewinn- und Verlustrechnung 1. Januar bis 31. Dezember 2010

Gesamtes Versicherungsgeschäft	2010 EUR	2010 EUR	2010 EUR	2010 EUR	2009 EUR
I. Versicherungstechnische Rechnung					
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung					
a) Gebuchte Bruttobeiträge	215.848.580,00				218.104.484,90
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	41.386.429,90	174.462.150,10			48.492.259,14
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-421.319,82				-1.044.254,55
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	6.124,08	-427.443,90			-32.192,92
				174.034.706,20	168.600.164,13
2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung				-175.228,68	-159.986,98
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung				308.039,09	306.411,52
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung					
a) Zahlungen für Versicherungsfälle					
aa) Bruttobetrag	146.152.009,45				142.076.631,64
bb) Anteil der Rückversicherer	25.395.254,20	120.756.755,25			18.260.165,42
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle					
aa) Bruttobetrag	-12.623.195,17				-7.677.853,43
bb) Anteil der Rückversicherer	-14.962.338,27	2.339.143,10			707.049,60
				123.095.898,35	115.431.563,19
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Nettorückstellungen					
a) Sonstige versicherungstechnische Nettorückstellungen				1.042.123,40	775.380,48
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung				7.505.411,46	10.451.511,35
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung					
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		75.096.007,00			71.654.371,72
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		20.920.444,56			26.841.998,22
				54.175.562,44	44.812.373,50
8. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung				1.660.205,64	1.488.720,80
9. Zwischensumme				-13.311.684,68	-4.212.960,65
10. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen				2.722.391,86	2.456.172,43
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung				-10.589.292,82	-1.756.788,22
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung					
1. Erträge aus Kapitalanlagen					
a) Erträge aus Beteiligungen					
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 0,00 (Vorjahr EUR 240.414,60)		1.131.449,37			1.136.392,89
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen					
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten	2.106.451,88				2.104.867,69
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	17.056.410,32	19.162.862,20			18.636.807,16
c) Erträge aus Zuschreibungen		24.775.726,74			1.069.062,50
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		0,00			217.375,48
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		1.003.075,96			671.508,71
			46.073.114,27		23.836.014,43
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen					
a) Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	2.073.876,00				1.517.075,53
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	1.179.152,00				7.948.032,79
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	25.100,00				0,00
d) Aufwendungen aus Verlustübernahme	3.096.546,79				1.283.329,34
			6.374.674,79		10.748.437,66
			39.698.439,48		13.087.576,77
3. Technischer Zinsertrag			-428.248,00		-627.620,00
				39.270.191,48	12.459.956,77
4. Sonstige Erträge		15.217.977,10			4.737.843,59
5. Sonstige Aufwendungen		11.636.262,32			8.095.892,46
				3.581.714,78	-3.358.048,87
6. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				32.262.613,44	7.345.119,68
7. Außerordentliche Aufwendungen				15.458.706,000	0,00
8. Steuern vom Einkommen und Ertrag			1.721.131,58		1.410.084,89
9. Sonstige Steuern			103.628,31		100.810,98
				1.824.759,89	1.510.895,87
10. Jahresüberschuss				14.979.147,55	5.834.223,81
11. Gewinnvortrag				3.500.000,00	3.200.000,00
12. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
a) in die Sicherheitsrücklage				8.479.147,55	2.734.223,81
13. Bilanzgewinn				10.000.000,00	6.300.000,00

ANGABEN ZUR BILANZIERUNG UND BEWERTUNG

Aktiva

Grundstücke und Gebäude wurden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um die steuerlich zulässigen Abschreibungen gemäß § 7 EStG, aktiviert. Bei der Herstellung des Gebäudes Braunschweig, Theodor-Heuss-Straße 10, wurde eine Sonderabschreibung von 50 % gemäß ZRFG vorgenommen.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert bilanziert.

Die **Aktien** eines strategischen Investments sowie die Anteile an einem Spezialfonds wurden gemäß § 341b HGB bilanziert.

Der NORD/LB-AM-OES – Fonds stellt ein strategisches Investment dar. Er dient dauerhaft dem Geschäftsbetrieb und ist daher dem Anlagevermögen zugeordnet. Infolge einer Zuschreibung in Höhe von ca. 23,2 Mio Euro betragen Buch- und Marktwert zum 31.12.2010 347.505.454,46 Euro. Für 2010 erfolgte eine Ausschüttung in Höhe von 10.950.481,32 Euro.

Die restlichen im Bestand befindlichen Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Abschreibungen gemäß § 253 HGB wurden vorgenommen.

Zuschreibungen wurden gemäß § 280 Abs. 1 HGB vorgenommen.

Hypothekenforderungen und sonstige Ausleihungen wurden in Höhe des noch ausstehenden Forderungsbetrages ausgewiesen.

Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sind mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Agio- und Disagioträge wurden durch Rechnungsabgrenzung auf die Laufzeit verteilt.

Festgelder, Termingelder, Tagesgelder und Spareinlagen bei Kreditinstituten wurden ebenso wie Forderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft mit Nominalbeträgen angesetzt. Das Gleiche gilt für die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, für Kassenbestände, Bundesbank- und Postbankguthaben, laufende Guthaben bei Kreditinstituten sowie Zins- und Mietforderungen. Zum Teil wurden Pauschalwertberichtigungen abgesetzt.

Betriebs- und Geschäftsausstattungen wurden zu Anschaffungskosten, vermindert um die steuerlich zulässigen Abschreibungen, aktiviert.

Geringwertige Wirtschaftsgüter im Sinne des § 6 Abs. 2a EStG wurden je Wirtschaftsjahr in einen Sammelposten (Pool) aufgenommen, der ab dem Jahr der Anschaffung oder Herstellung gleichmäßig mit jeweils 1/5 abgeschrieben wird.

Vorräte wurden zu Einstandspreisen bewertet.

Nicht erwähnte Posten der Aktiva wurden zu Nominalwerten, gegebenenfalls vermindert um die steuerlich zulässigen Abschreibungen oder Pauschalwertberichtigungen, bilanziert.

Passiva

Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft sind nach Maßgabe des Schreibens des Bundesministers der Finanzen vom 30.4.1974 – IV B 5 – S 2750 – 15/74 – errechnet, wobei das 1/360-System angewandt wurde.

Beitragsüberträge für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft wurden entsprechend den Aufgaben des Vorversicherers übernommen.

Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurden im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft für jeden gemeldeten Schaden einzeln gebildet und bei neueren Erkenntnissen verändert. Die Erfassung der Spätschäden erfolgte in pauschaler Form. Die Anteile des Rückversicherers wurden aus dessen Berechnung übernommen.

Für das in Rückdeckung übernommene Geschäft wurden die Rückstellungen entsprechend den Aufgaben des Vorversicherers bilanziert. Wegen zu späten Vorliegens endgültiger Abrechnungen wurde teilweise der Wertansatz geschätzt.

Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen wurden gemäß § 341h HGB in Verbindung mit § 29 RechVersV gebildet.

Die **Stornorückstellung** für zu erwartende Beitraagsausfälle ist aufgrund von Erfahrungswerten der Vergangenheit berechnet.

Für **drohende Verluste** wird in einer Sparte in Höhe der erwarteten Verluste eine Rückstellung gebildet.

Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sowie aus dem Rückversicherungsgeschäft wurden mit Rückzahlungsbeträgen angesetzt.

Pensionsrückstellungen wurden nach den „Richttafeln 2005G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck auf Basis der Vorschriften des BilMoG bewertet. Der Unterschiedsbetrag zwischen der Rückstellung von Pensionsverpflichtungen nach altem und neuem Recht (BilMoG) wurde direkt und in voller Höhe (15.322.676,00) zugeführt und als außerordentlicher Aufwand erfasst.

Die Bewertung erfolgte nach der versicherungsmathematischen Projected-Unit-Credit-Methode unter Zugrundelegung eines Rechnungszinssatzes von 5,15 %, zu erwartender Gehaltssteigerungen von 2 % sowie Rentenanpassungen von 0,5 bis 3 %.

Altersteilzeit- und Jubiläumsrückstellungen wurden nach den „Richttafeln 2005G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck bewertet. Die Bewertung erfolgte nach der versicherungsmathematischen Projected-Unit-Credit-Methode unter Zugrundelegung eines Rechnungszinssatzes von 5,15 %, zu erwartender Gehaltssteigerungen von 2 % sowie Rentenanpassungen von 0,5 bis 3 %.

Der Wertansatz der übrigen Rückstellungen orientiert sich am voraussichtlichen Bedarf.

Nicht erwähnte Posten der Passiva wurden zu Nominalwerten angesetzt.

ANGABEN ZUR BILANZ

A. Aktiva

Entwicklung der Aktivposten A., B. I. bis III. im Geschäftsjahr 2010

	Bilanz- werte 2009 TEUR	Zugänge TEUR	Umbu- chungen TEUR	Abgänge TEUR	Zuschrei- bungen TEUR	Abschrei- bungen TEUR	Bilanz- werte 2010 TEUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0	0	0	0
2. Summe A.	0	0	0	0	0	0	0
B. I. 1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten	13.859	0	0	0	0	1.175	12.684
2. Summe B. I.	13.859	0	0	0	0	1.175	12.684
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	27.635	0	0	0	0	0	27.635
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.600	104.000	0	104.600	0	0	2.000
3. Beteiligungen	36.667	421	0	50	1.623	0	38.661
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0	0	0	0	0	0
5. Summe B. II.	66.902	104.421	0	104.650	1.623	0	68.296
B. III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	320.313	10.000	0	0	23.153	0	353.466
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	32.384	5.035	0	10.025	0	5	27.389
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	12.890	0	0	1.450	0	0	11.440
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	61.000	20.000	0	25.000	0	0	56.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	39.346	15.000	0	15.000	0	0	39.346
c) übrige Ausleihungen	1.180	0	0	49	0	0	1.131
5. Einlagen bei Kreditinstituten	5.000	222.000	0	222.000	0	0	5.000
6. Summe B. III.	472.113	272.035	0	273.524	23.153	5	493.772
Insgesamt	552.874	376.456	0	378.174	24.776	1.180	574.752

Der Gesamtbuchwert zum überwiegenden Teil von den Unternehmen der Öffentlichen Versicherung genutzter Immobilien beträgt 12.684.369,00 Euro.

Beteiligungen mit mehr als 20% Anteil der Öffentlichen Sachversicherung

	Anteil		Ergebnis EUR	Eigenkapital EUR	Buchwert EUR
B. II. 1. Anteile an verbundenen Unternehmen					
Braunschweig-Beteiligungs GmbH, Braunschweig	100%	in 2010:	215.108,98	8.597.000,00	8.600.000,00
Braunschweig-Informationstechnologie GmbH, Braunschweig	100%	in 2010:	-3.096.546,79	3.159.941,83	3.000.000,00
Braunschweig-Grundstücksvertriebs GmbH, Braunschweig	100%	in 2010:	-1.085,92	25.352,09	25.000,00
Öffentliche Facility Management GmbH, Braunschweig	100%	in 2010:	787.966,98	25.000,00	28.000,00
Öffentliche Facility Management Sach GmbH & Co. KG, Braunschweig	100%	in 2010:	281.233,25	15.647.402,25	15.982.000,00
B. II. 3. Beteiligungen					
Braunschweig-Grundstücksentwicklungs GmbH, Braunschweig	50%	in 2009:	2.822,34	25.540,69	12.500,00
Braunschweig-Grundobjektgesellschaft Driebenberg mbH und Co. KG, Braunschweig	33%	in 2009:	-191.180,31	540.323,34	1,00

Bewertungsreserven der Kapitalanlagen

	Buchwert EUR	Agio / Disagio EUR	Zeitwert EUR	Saldierte Reserven EUR
I. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten	12.684.369		50.000.000	37.315.631
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	27.635.000		26.776.900	-858.100
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.000.000		2.000.000	0
3. Beteiligungen	38.660.795		38.455.256	-205.539
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0		0	0
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	353.466.223		382.976.235	29.510.012
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	27.389.335		28.738.423	1.349.088
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	11.440.162		12.217.397	777.235
4. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	56.000.000	932.071	59.233.801	2.301.730
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	39.345.981	293.215	41.458.174	1.818.978
c) übrige Ausleihungen	1.130.300		1.207.092	76.792
5. Einlagen bei Kreditinstituten	5.000.000		5.000.000	0
Summe	574.752.164	1.225.286	648.063.278	72.085.827

Erläuterung zu den Bewertungsverfahren der Kapitalanlagen

Investmentfonds Die Zeitwertermittlung erfolgt in Form von Fondsanteilspreisen, die durch die Investmentgesellschaften publiziert werden.

Nicht börsennotierte Papiere des Direktbestands Die Bewertung von Namenspapieren und Schuldscheindarlehen wird anhand der Zinskurve (Swap) unter Berücksichtigung eines individuellen Spreads vorgenommen. Die Spreadauswahl erfolgt unter Zuhilfenahme der Informationsquelle Bloomberg.

Börsennotierte Wertpapiere des Direktbestands Zur Bewertung werden Börsenkurse aus Bloomberg herangezogen.

Immobilien Zur Zeitwertermittlung der Immobilien werden aktuelle Verkehrswertgutachten herangezogen.

Beteiligungen; Anteile an verbundenen Unternehmen; Ausleihungen an Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis Die Zeitwertermittlung erfolgt primär nach der Ertragswertmethode. Vergleichend wird zum Teil die Substanzwertmethode gegenübergestellt. Bei Venture-Capital- und Private-Equity-Beteiligungen erfolgt aufgrund des J-Curve-Effekts eine Zeitwertermittlung nach der EVCA-Richtlinie oder es wird der Net-Asset-Value ermittelt.

Hypothekendarlehen; übrige Ausleihungen Die Bewertung erfolgt anhand der Zinskurve unter Berücksichtigung eines entsprechenden Spreads (Prepayment-Prämie, Bonitätsprämie). Die Hypothek wird in einen Bond und eine Option gesplittet, die Möglichkeit der vorzeitigen Kündigung wird innerhalb der Optionsbewertung erfasst.

Einlagen bei Kreditinstituten Bei Tages- und Termingeldern (Restlaufzeit i. d. R. kürzer sechs Monate) erfolgt als Zeitwert ein Nennwertansatz.

Rechnungsabgrenzungsposten Der sonstige Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 1.359.755,67 Euro enthält Agiobeträge in Höhe von 1.348.030,50 Euro.

B. Passiva

	Bruttorückstellung für Versicherungsfälle		Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		Versicherungstechnische Bruttorückstellungen	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Selbst abgeschlossenes Geschäft						
Unfallversicherung	8.976.625,00	9.175.462,00	0,00	0,00	11.309.327,05	11.300.718,50
Haftpflichtversicherung	14.303.144,00	14.214.859,00	1.859.454,00	1.413.359,00	21.451.591,95	21.412.081,98
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	197.895.248,47	208.750.243,16	21.706.712,00	19.527.902,00	231.366.586,40	241.042.138,79
Sonstige Kraftfahrtversicherung	5.725.460,22	6.023.498,29	55.479,00	5.563.540,00	8.082.890,05	13.895.257,09
Feuerversicherung	5.370.656,86	8.300.577,24	4.872.999,00	4.660.573,00	11.158.128,82	13.821.746,20
Verbundene Hausratversicherung	1.864.358,50	1.832.044,02	1.559.479,00	2.133.939,00	6.209.051,72	6.570.254,83
Verbundene Wohngebäudeversicherung	15.064.568,96	12.649.089,41	0,00	636.288,00	20.630.932,67	18.141.287,12
Sonstige Sachversicherung	5.970.908,19	8.037.682,24	5.535.032,00	4.765.963,00	12.660.409,83	13.946.289,30
Selbst abgeschlossenes Geschäft	255.170.970,20	268.983.455,36	35.589.155,00	38.701.564,00	322.868.918,49	340.129.773,81
Übernommenes Geschäft						
Unfallversicherung	3.884,65	4.275,09	0,00	0,00	5.570,25	6.412,77
Haftpflichtversicherung	335.887,30	350.404,30	552.008,44	526.559,03	928.961,52	896.041,60
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Feuerversicherung	845.400,00	951.500,00	2.645.421,00	2.554.524,00	3.509.111,60	3.526.968,62
Verbundene Hausratversicherung	34.000,00	33.600,00	0,00	0,00	35.657,84	35.257,84
Verbundene Wohngebäudeversicherung	771.800,00	528.200,00	1.060.849,00	877.408,00	1.837.103,67	1.411.520,43
Sonstige Sachversicherung	4.629.874,23	3.563.576,80	2.420.629,28	2.330.399,55	8.281.627,64	6.770.063,76
Übernommenes Geschäft	6.620.846,18	5.431.556,19	6.678.907,72	6.288.890,58	14.598.032,52	12.646.265,02
Gesamtes Versicherungsgeschäft	261.791.816,38	274.415.011,55	42.268.062,72	44.990.454,58	337.466.951,01	352.776.038,83

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

In den sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen der Verbundenen Wohngebäudeversicherung ist eine Rückstellung für drohende Verluste in Höhe von 2,34 Mio Euro enthalten.

Andere Rückstellungen Unsere Gesellschaft hat von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, die Vorjahreszahlen bei der Erstanwendung von BilMoG gem. Art. 67 Abs. 8 EGHGB nicht anzupassen.

Verbindlichkeiten Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren bestehen nicht. Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte gesichert sind, bestehen ebenfalls nicht.

Rechnungsabgrenzungsposten In diesem Posten sind abgegrenzte Disagiobeträge in Höhe von 122.744,19 Euro enthalten.

Haftungsverhältnisse Das Unternehmen ist Mitglied im Verband öffentlicher Versicherer mit einem satzungsgemäßen Anteil von 469.386,40 Euro an dem bisher nicht eingezahlten Stammkapital.

Zur Insolvenzversicherung der sich aus Altersteilzeitwertguthaben ergebenden Ansprüche der Mitarbeiter zweier anderer öffentlich-rechtlicher Versicherungsunternehmen verpflichtet sich die Öffentliche Sachversicherung im Fall der Insolvenz, die jeweiligen bis zur Eröffnung

des Insolvenzverfahrens entstandenen Ansprüche bis zu einer Gesamthöhe von 4 Mio Euro zu befriedigen.

Gegenüber Beteiligungsunternehmen bestehen Nachzahlungsverpflichtungen in Höhe von insgesamt ca. 1,0 Mio Euro.

Das Unternehmen ist ferner Mitglied im Verein „Verkehrspferhilfe e.V.“. Aufgrund dieser Mitgliedschaft besteht die Verpflichtung, dem Verein die für Durchführung des Vereinszwecks erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, und zwar entsprechend dem Anteil an den Beitragseinnahmen aller Mitgliedsunternehmen aus dem vorletzten Kalenderjahr.

Als Mitglied des „Solidaritätspools der Öffentlichen Versicherer“ hat das Unternehmen eine Deckungszusage gegeben, bestimmte Terrorismusgroßschäden solidarisch zu tragen. Die Haftung ist auf 4,16 Mio Euro beschränkt.

Als Mitglied der „Pharma-Rückversicherungs-Gemeinschaft“ hat das Unternehmen eine anteilige Bürgschaft für den Fall übernommen, dass eines der übrigen Poolmitglieder zahlungsunfähig wird.

Die Bürgschaft gegenüber dem Bund im Rahmen der Rettungsaktion zugunsten der Hypo-Real-Estate-Gruppe (HRE) ist ausgelaufen.

Weitere als die aus der Bilanz ersichtlichen Haftungsverhältnisse bestehen nicht.

Hinweise auf Inanspruchnahmen der Verpflichtungen liegen nicht vor. Aus gesamtwirtschaftlichen Gründen wird auch nicht damit gerechnet.

ANGABEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Anhang

	Gebuchte Bruttobeiträge		Verdiente Bruttobeiträge		Verdiente Nettobeiträge	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Selbst abgeschlossenes Geschäft						
Unfallversicherung	10.057.356,59	9.899.232,67	9.992.761,59	9.821.924,67	7.115.375,77	6.984.993,61
Haftpflichtversicherung	20.077.888,50	20.975.935,81	20.025.351,50	20.921.122,81	15.140.900,60	15.994.732,19
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	57.348.662,28	58.688.298,20	57.443.052,28	58.470.565,20	43.211.968,79	39.019.671,45
Sonstige Kraftfahrtversicherung	39.862.500,59	41.205.519,10	39.924.437,59	40.971.266,10	39.134.824,55	40.359.806,83
Feuerversicherung	13.492.844,25	14.762.890,70	13.499.029,25	14.709.777,70	6.207.466,88	5.362.445,20
Verbundene Hausratversicherung	11.009.705,99	10.839.646,47	10.947.086,99	10.842.521,47	10.615.920,15	10.508.235,78
Verbundene Wohngebäudeversicherung	37.326.514,75	37.162.345,01	37.226.722,75	36.895.764,01	31.388.431,87	31.184.274,03
Sonstige Sachversicherung	15.887.942,35	15.864.065,72	15.876.116,77	15.779.705,62	10.822.334,65	10.626.838,31
Selbst abgeschlossenes Geschäft	205.063.415,30	209.397.933,68	204.934.558,72	208.412.647,58	163.637.223,26	160.040.997,40
Übernommenes Geschäft						
Übernommenes Geschäft gesamt	10.785.164,70	8.706.551,22	10.492.701,46	8.647.582,77	10.397.482,94	8.559.166,73
Gesamtes Versicherungsgeschäft	215.848.580,00	218.104.484,90	215.427.260,18	217.060.230,35	174.034.706,20	168.600.164,13

	Bruttoschadenaufwand		Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		Bruttoaufwendungen für Beitragsrückerstattung	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Selbst abgeschlossenes Geschäft						
Unfallversicherung	3.165.374,00	3.623.412,06	4.793.983,00	4.725.056,00	1.000.000,00	0,00
Haftpflichtversicherung	8.072.203,66	7.544.957,61	8.707.485,00	8.580.816,00	550.000,00	1.002.758,48
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	30.028.921,95	29.666.185,56	13.386.782,90	10.050.647,43	5.345.259,52	8.447.754,18
Sonstige Kraftfahrtversicherung	35.054.917,17	33.934.528,48	11.620.887,00	15.160.315,00	0,00	0,00
Feuerversicherung	3.261.455,56	10.956.629,24	7.364.073,00	6.837.269,00	0,00	0,00
Verbundene Hausratversicherung	4.609.017,17	4.307.299,56	4.450.387,00	4.359.863,00	600.000,00	1.000.000,00
Verbundene Wohngebäudeversicherung	32.998.292,08	28.251.736,57	11.815.144,00	10.437.494,00	0,00	0,00
Sonstige Sachversicherung	10.034.339,91	11.360.990,52	9.382.374,65	8.829.653,33	0,00	0,00
Selbst abgeschlossenes Geschäft	127.224.521,50	129.645.739,60	71.521.116,55	68.981.113,76	7.495.259,52	10.450.512,66
Übernommenes Geschäft						
Übernommenes Geschäft gesamt	6.304.292,78	4.753.038,61	3.574.890,45	2.673.257,96	10.151,94	998,69
Gesamtes Versicherungsgeschäft	133.528.814,28	134.398.778,21	75.096.007,00	71.654.371,72	7.505.411,46	10.451.511,35
davon Abschlusskosten			34.136.568,55	31.941.642,57		

	Rückversicherungssaldo		Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung	
	2010 EUR	2009 EUR	2010 EUR	2009 EUR
Selbst abgeschlossenes Geschäft				
Unfallversicherung	-291.874,02	771.702,75	744.054,30	2.287.025,56
Haftpflichtversicherung	-825.091,49	-794.412,75	1.340.783,96	2.323.320,06
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	-4.795.695,00	-3.391.934,70	2.096.347,13	7.828.858,38
Sonstige Kraftfahrtversicherung	-740.304,74	144.892,10	-2.019.215,53	-3.444.980,64
Feuerversicherung	-3.201.206,26	19.210,87	-1.697.599,66	-3.170.543,45
Verbundene Hausratversicherung	118.833,16	-284.285,69	1.741.023,59	1.102.155,56
Verbundene Wohngebäudeversicherung	644.676,88	-277.915,57	-7.715.555,43	-4.176.264,59
Sonstige Sachversicherung	-708.754,52	1.403.372,55	-4.953.751,00	-4.892.861,46
Selbst abgeschlossenes Geschäft	-9.799.415,99	-2.409.370,44	-10.463.912,64	-2.143.290,58
Übernommenes Geschäft				
Übernommenes Geschäft gesamt	-98.994,97	-55.352,05	-125.380,18	386.502,36
Gesamtes Versicherungsgeschäft	-9.898.410,96	-2.464.722,49	-10.589.292,82	-1.756.788,22

Die Rückstellung für Versicherungsfälle am Ende des Vorjahres war so dotiert, dass in den meisten n erfreuliche Abwicklungserträge erzielt wurden.

Weitere steuerlich wirksame Maßnahmen zur Beeinflussung des Jahresergebnisses wurden nicht vorgenommen. Die Einkommens- und Ertragsteuern resultieren aus dem ordentlichen Ergebnis des Geschäftsjahres.

Der außerordentliche Aufwand in Höhe von 15.458.706,00 Euro betrifft ausschließlich die Effekte aus der Neuberechnung der Pensions-, Altersteilzeit- und Jubiläumsrückstellung nach dem Bilanzmodernisierungsgesetz. Außerordentliche Erträge liegen nicht vor.

Der technische Zinsertrag wird nach § 38 RechVersV ermittelt.

Im Berichtsjahr sind außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 277 Abs. 3 HGB in Höhe von 4.600,00 Euro angefallen.

Passive latente Steuern aus dem Handels- und steuerlich voneinander abweichenden Wertansatz von Immobilien infolge Übertragung in eine KG wurden mit aktiven latenten Steuern auf die abweichenden Wertansätze der Pensionsrückstellungen verrechnet. Über den Saldierungsbereich hinausgehende aktive Steuerlatenzen werden in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 S. 2 HGB nicht aktiviert.

Bestand an mindestens einjährigen Versicherungsverträgen	2010	2009
Selbst abgeschlossenes Geschäft		
Allgemeine Unfallversicherung	48.846	48.941
Kraftfahrt-Unfallversicherung	2.524	2.929
Unfallversicherung gesamt	51.370	51.870
Haftpflichtversicherung	161.188	162.414
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung	275.188	277.484
Sonstige Kraftfahrtversicherung	216.413	218.042
Feuerversicherung	34.755	36.032
Verbundene Hausratversicherung	104.781	105.952
Verbundene Wohngebäudeversicherung	116.255	117.947
Sonstige Sachversicherung	198.517	196.906
Gesamt	1.158.467	1.166.647

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen	2010 TEUR	2009 TEUR
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	21.836	19.703
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0	0
3. Löhne und Gehälter	28.118	27.784
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	4.947	4.637
5. Aufwendungen für Altersversorgung	2.395	2.783
6. Aufwendungen insgesamt	57.296	54.907

PERSONELLES

Während des Geschäftsjahres waren in den Kompositbereichen durchschnittlich 189 Mitarbeiter beschäftigt.

Weiterhin wurden im Innendienst durchschnittlich 285 Mitarbeiter sowie 51 Auszubildende gemeinsam mit der Öffentlichen Lebensversicherung beschäftigt.

Im Außendienst beschäftigte das Unternehmen gemeinsam mit der Öffentlichen Lebensversicherung 68 Mitarbeiter.

Die Gesamtbezüge des Vorstandes des Unternehmens beliefen sich auf 682.090,42 Euro, die ehemaliger Mitglieder des Vorstandes und ihrer Hinterbliebenen auf 359.510,57 Euro.

Für aktive Vorstandsmitglieder wurden Pensionsrückstellungen in Höhe von 1.644.852,00 Euro und für ehemalige Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebenen in Höhe von 3.079.549,00 EUR gebildet.

Hypothekenforderungen an Mitglieder des Aufsichtsrates beliefen sich am 31.12.2010 auf 51.455,03 Euro. Der durchschnittliche Zinssatz betrug 4,45 %.

Hypothekenforderungen an Mitglieder des Vorstandes beliefen sich am 31.12.2010 auf 0,00 Euro.

Vergütungen an die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden in Höhe von 111.516,52 Euro gezahlt.

Die Mitglieder des Vorstandes, des Aufsichtsrates, der Trägerversammlung sowie des Beirates sind auf den Seiten 28 bis 30 genannt.

SONSTIGE ANGABEN

Das Unternehmen wird seit dem Geschäftsjahr 2005 in den Konzernabschluss der „Norddeutschen Landesbank Girozentrale“, Hannover (NORD/LB) einbezogen und ist gemäß § 291 HGB von der Verpflichtung, einen Konzernabschluss und einen Konzernlagebericht aufzustellen, befreit.

Außerbilanzielle Geschäfte oder marktunübliche Geschäfte mit Related Parties wurden nicht getätigt.

Die Anschaffungskosten der Mitarbeiterzeitwertkonten betragen 441.485,41 Euro, der Zeitwert von 446.399,06 Euro entspricht dem Erfüllungsbetrag. Aufwendungen und Erträge in Höhe von 4.913,65 Euro wurden saldiert.

Für die Prüfung des Jahresabschlusses 2010 wurde ein Abschluss Honorar in Höhe von 157.500,00 Euro gezahlt.

Braunschweig, 10. März 2011

**Öffentliche Sachversicherung
Braunschweig**

Der Vorstand

Doering

Dr. Höddinghaus

Maywald

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig, Braunschweig, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen in der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirt-

schaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hannover, 18. März 2011

PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

André Bödeker
Wirtschaftsprüfer

Sören Kreißl
Wirtschaftsprüfer

In kontinuierlicher Arbeit hat der Aufsichtsrat die Geschäftsführung des Vorstandes während des Berichtsjahres entsprechend der ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben aufgrund regelmäßiger Berichterstattung überwacht. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. In seinen Sitzungen ist er umfassend über die Geschäftslage und die Geschäftsentwicklung der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig unterrichtet worden. Der Aufsichtsrat befasste sich dabei sowohl mit der Geschäftslage im Berichtsjahr, als auch mit der Planung für das Jahr 2011 und der Mehrjahresplanung für die Jahre 2012 bis 2015. Dabei wurde über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens quartalsweise schriftlich vom Vorstand berichtet. Gegenstand der Berichterstattung und Überwachung durch den Aufsichtsrat war insbesondere die Entwicklung der Risikoauslastung speziell vor dem Hintergrund der weiteren Auswirkungen der Finanzmarktkrise. Darüber hinaus hat sich der Aufsichtsrat insbesondere mit der Geschäftsstrategie und den veränderten aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme befasst.

Der Aufsichtsrat hat einen Arbeitsausschuss gebildet, der sich neben Personalfragen mit grundsätzlichen strategischen Themen, der Kapitalanlagestrategie und den Risikoberichten befasst.

Der Aufsichtsrat, vertreten durch den Aufsichtsratsvorsitzenden, hat den Prüfungsauftrag in analoger Anwendung von § 111 Abs. 2 Aktiengesetz an die PriceWaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, erteilt. Nach Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig hat der Abschlussprüfer den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrates haben rechtzeitig vor der Bilanzsitzung den Jahresabschluss nebst Lagebericht und den Bericht des Wirtschaftsprüfers erhalten. Die Abschlussprüfer nahmen an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrates teil, berichteten über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung und beantworteten die Fragen der Mitglieder. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung billigte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss, stellte ihn in der vorgelegten Form fest und legt der Trägerversammlung den festgestellten Jahresabschluss zur Bestätigung vor. Der Aufsichtsrat billigt den Vorschlag des Vorstandes zur Trägerkapitalverzinsung und legt ihn der Trägerversammlung zur Bestätigung vor. Der Aufsichtsrat empfiehlt der Trägerversammlung, dem Vorstand Entlastung zu erteilen.

Der Aufsichtsrat dankt den Vorstandsmitgliedern sowie allen Mitarbeitern der Öffentlichen Versicherung Braunschweig für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Braunschweig, 19. Mai 2011

Der Aufsichtsrat

Schulz
Vorsitzender

Die Trägerversammlung der Öffentlichen Sachversicherung Braunschweig ist umfassend über die Geschäftslage und die Geschäftsentwicklung des Unternehmens unterrichtet worden. Sie hat den vom Aufsichtsrat festgestellten Jahresabschluss 2010 daraufhin bestätigt und dem Vorstand sowie dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt.

Die Gewinnverwendung wurde gemäß dem Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat wie folgt beschlossen:

Von dem nach Einstellung von 8.479.147,55 Euro in die Sicherheitsrücklage verbleibenden Bilanzgewinn von 10.000.000,00 Euro werden 2.800.000,00 Euro im Verhältnis der Kapitalanteile an die Kapitalträger ausgeschüttet und 7.200.000,00 Euro auf neue Rechnung vorgetragen.

Die Trägerversammlung dankt dem Vorstand und dem Aufsichtsrat sowie allen Mitarbeitern der Öffentlichen Versicherung Braunschweig für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Braunschweig, 25. Mai 2011

Die Trägerversammlung

Böckmann
Vorsitzender

Versicherungszweige und -arten

Die Öffentliche Sachversicherung Braunschweig betrieb im Berichtsjahr folgende Versicherungszweige:

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft

- Allgemeine Unfallversicherung
 - Einzelvoll-Unfallversicherung
 - Einzelteil-Unfallversicherung
 - Gruppenunfallversicherung
- Allgemeine Haftpflichtversicherung
 - Privathaftpflichtversicherung
 - Betriebs- und Berufshaftpflichtversicherung
 - Gewässerschaden-Haftpflichtversicherung
 - Sonstige allgemeine Haftpflichtversicherung
- Kraftfahrtversicherung
 - Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung
 - Fahrzeugversicherung
 - Kraftfahrt-Unfallversicherung
- Feuerversicherung
 - Feuerindustrierversicherung
 - Landwirtschaftliche Feuerversicherung
 - Sonstige Feuerversicherung
- Einbruchdiebstahlversicherung
- Leitungswasserversicherung
- Glasversicherung
- Sturmversicherung
- Verbundene Hausratversicherung
- Verbundene Wohngebäudeversicherung
- Elektronikversicherung
- Extended Coverage (EC)-Versicherung
- Reisegepäckversicherung
- Feuerbetriebsunterbrechungsversicherung
- Mietverlustversicherung
- Bauleistungsversicherung
- Reiseserviceversicherung
- Schutzbrief

In Rückdeckung übernommenes

Versicherungsgeschäft

- Lebensversicherung
- Allgemeine Unfallversicherung
- Allgemeine Haftpflichtversicherung
- Kraftfahrtversicherung
- Luftfahrtversicherung
- Feuerversicherung
- Einbruchdiebstahlversicherung
- Leitungswasserversicherung
- Glasversicherung
- Sturmversicherung
- Verbundene Hausratversicherung
- Verbundene Wohngebäudeversicherung
- Hagelversicherung
- Maschinenversicherung
- Einheitsversicherung
- Kühlgüterversicherung
- Extended Coverage (EC)-Versicherung
- Atomanlagensachversicherung
- Rechtsschutzversicherung

Zugehörigkeit zu Verbänden und ähnlichen Einrichtungen

- Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V., Berlin
- Verband öffentlicher Versicherer, Berlin und Düsseldorf
- Deutsche Kernreaktor-Versicherungsgemeinschaft, Köln
- Deutscher Luftpool, München
- Pharma-Rückversicherungs-Gemeinschaft, München
- Rothenburger Vereinigung, Köln
- Wiesbadener Vereinigung, Köln

Herausgeber

Öffentliche Versicherung
Braunschweig
Theodor-Heuss-Straße 10
38122 Braunschweig
Telefon 05 31/20 20
Telefax 05 31/20 21 500
www.oeffentliche.de
service@oeffentliche.de

Konzept und Gestaltung

wirDesign GmbH
Braunschweig, Berlin

Fotografie

Thomas Gasparini
Peine

Druck

Ruth Printmedien GmbH
Braunschweig

Print  kompensiert
Id-Nr. 119880
www.bvdm-online.de

Zur besseren Lesbarkeit haben wir ausschließlich die männliche Schreibform der Personen verwendet.



ÖFFENTLICHE

Theodor-Heuss-Straße 10
38122 Braunschweig
Telefon 05 31/20 20
Telefax 05 31/20 21 500
www.oeffentliche.de
service@oeffentliche.de

